

18. Jahrgang

Nr. 3

September 2007

# Sozialimpulse

Rundbrief

Dreigliederung  
des sozialen  
Organismus

■ Bildung in Bewegung:  
PISA und Bologna

■ Kritische Bilanz:  
Europa wohin?

■ Betrachtungen  
und Berichte

■ Initiativen  
und Termine

Herausgegeben von der  
Initiative Netzwerk Dreigliederung

# Inhalt

<b>Notiert - Aus dem Zeitgeschehen</b> _____	3
<b>Bildung in Bewegung: Die Konsequenzen von PISA und Bologna für die kulturelle Lage Europas</b> (Referate von Udo Herrmannstorfer, Michael Ross, Harald Spehl und Christoph Strawe, Zusammenfassungen von C. Strawe) _____	5
Der Kampf um die Aufgabe der Bildung - Menschenbildung oder Produktion von Humankapital? _____	5
Freies Bildungswesen oder Bildung als sozio-ökonomisches Lenkungsinstrument? (PISA u.a.) _____	8
Bildung, Forschung und Ökonomie _____	14
Die Lissabon-Strategie der EU und ihre Auswirkungen auf das Bildungswesen (Bologna-Prozess, Bachelor/Master etc.) _____	17
Finanzierungsformen und ihre Rückwirkungen auf die Bildungsinhalte _____	20
Konsequenzen für Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft _____	22

## Betrachtungen und Berichte

Die neue Bewegung der Weltretter (Wilhelm Neurohr) _____	24
Pensionskassen-Renten (Michael Rist) _____	25
Europa - wohin? (Wilhelm Neurohr u.a.) _____	26
Zur Grundeinkommensdebatte (Anton Kimpfner) _____	30
Indizierungsantrag abgelehnt (Detlev Hardorp) _____	30
Streit im Turm, Attac-Sommerakademie, Bahnprivatisierung, Biokraftstoffe _____	32

## Termine und Initiativen

2. Sozialforum Cottbus, Weltsozialforum _____	34
Beuys und die heutige Zukunft _____	34
Veranstaltungen (Forum 3 Stuttgart, Wien) _____	34
Bantam-Mais - ideenreich gegen Gentechnik _____	35
Tagung „Was ist an der Zeit?“ _____	36
Publikationen zu Demokratie und Wahlrecht _____	36
Grundeinkommenskongress Basel _____	36
Studiengang Sozialentwicklung 2. Durchgang _____	37
Seminar in Frankfurt _____	39
Treffen Initiative Netzwerk Dreigliederung _____	40

# Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: Netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1863-0480. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Lektoratsberatung: Prof. Dr. Hellmut Fischmeister, Graz. Gestaltung: Marion Ehram. Logo: Paul Pollock. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-). Zahlungen bitte durch Geldschein oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE 31). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

# Editorial

Schwerpunktthema dieses Heftes ist die Auseinandersetzung mit den neuen Entwicklungen in der europäischen Hochschul- und Bildungslandschaft. Die Stichworte dafür sind der Bologna-Prozess und die PISA-Studie. Es handelt sich um Prozesse, die große Auswirkungen auf die Kulturentwicklung Europas haben werden.

Von diesen Auswirkungen sind vor allem auch alle betroffen, die sich für ein freies Hochschul- und Bildungswesen einsetzen, mit gleichem Zugang für alle Menschen und deshalb solidarisch finanziert. Das geht bis in die Frage, ob etwa die Waldorflehrerausbildung auf den Bachelor- und Master-Abschluss umgestellt werden muss oder soll und wie dies geschehen kann, ohne dass die Substanz der Ausbildung Schaden leidet. Mit den vorgelegten Beiträgen möchten wir vor allem die Grundlage für ein Urteil über die genannten Trends und darüber, wie mit ihnen umzugehen sei, verbreitern.

In diesem Zusammenhang ist aber auch deutlich, dass mehr als bisher ins Bewusstsein gerückt werden muss, dass das Ringen um ein freies Bildungswesen eine Aufgabe der ganzen Zivilgesellschaft ist. Unter anderem durch PISA und den Bologna-Prozess wird das Bildungswesen zunehmend ökonomischen Prinzipien unterstellt. Nach wie vor bleibt aber auch staatlich-bürokratische Bevormundung von Schulen und Hochschulen als Problem bestehen. Wie kann das Bildungswesen befreit und neugestaltet werden? Welche Rolle spielt das Ringen um freie Bildung im Kampf für eine gesamtgesellschaftliche Alternative zum Bestehenden? Welche Aufgaben stellen sich hier der Zivilgesellschaft? Darüber müssen wir mit vielen Menschen ins Gespräch kommen. Vielleicht kann das 2. Sozialforum in Deutschland vom 18. - 21. Oktober in Cottbus dafür eine nächste Gelegenheit bieten.

An dieser Stelle noch eine wichtige Mitteilung in eigener Sache: Das gemeinsame Büro der Initiative Netzwerk Dreigliederung und des Instituts für soziale Gegenwartsfragen zieht um - und zwar vom Gebäude des Stuttgarter Waldorflehrerseminars in der Haußmannstraße 44a in das in der Libanonstr. 3, 70188 Stuttgart. Im Moment wird renoviert und der genaue Zeitpunkt des Umzugs steht noch nicht fest. Doch ist damit zu rechnen, dass Sie uns ab November unter der neuen Adresse erreichen. Ich hoffe, dass es keine allzugroßen Probleme mit der Umstellung der Telefonie und ähnlichen Themen gibt. Ich bitte schon jetzt um Verständnis dafür, falls durch den Umzug während der nächsten Wochen der einen oder anderen Bitte oder Bestellung nicht ganz so rasch nachgekommen werden kann wie sonst.

Ihr



## Notiert: Aus dem Zeitgeschehen\*

Die EU verständigt sich auf einen Grundlagenvertrag, mit dem bis 2009 die wesentlichen Inhalte des in Frankreich und den Niederlanden durchgefallenen „Verfassungsvertrages“ doch noch durchgesetzt werden sollen +++ Schatzkanzler Gordon Brown löst Tony Blair als britischen Premier ab. Blair soll als Unterhändler in Nahost tätig werden +++ Die Große Koalition beschließt, die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer zu fördern +++ Die offizielle Zahl der Erwerbslosen in Deutschland beträgt noch rund 3,7 Millionen +++ Die Tarifverhandlungen bei der Deutschen Bahn werden ergebnislos vertagt +++ In Paris beginnt die Konferenz über die sudanesischen Krisenregion Darfur +++ Arbeitskampf in der deutschen Baubranche +++ Bürgerkrieg im Gaza-Streifen zwischen Hamas und Fatah +++ Shimon Peres wird neuer israelischer Staatspräsident +++ Tod des ehemaligen UNO-Generalsekretärs Kurt Waldheim +++ Tod des Philosophen Richard Rorty +++ Fusionsparteitag zwischen der Linkspartei und der WASG zur Partei „Die Linke“ +++ Der Bundestag ändert das Ausländerrecht, langjährig geduldete Ausländer erhalten unter bestimmten, von Kritikern allerdings als zu restriktiv bewerteten Bedingungen ein dauerhaftes Bleiberecht +++ Die Debatte um einen Mindestlohn in Deutschland geht weiter +++ Die Internationale Arbeitsorganisation ILO schließt ein Bündnis mit fünf großen NGOs zur Bekämpfung der Kinderarbeit +++ Der Tarifkonflikt bei der Telekom wird beigelegt +++ Die Zahl der Flüchtlinge weltweit ist 2006 auf fast 10 Millionen gestiegen +++ Die EU will die palästinensische Notstandsregierung unter Präsident Abbas von der Fatah gegen die Hamas unterstützen +++ In Kassel wird zum 12. Mal die Kunstausstellung Dokumenta eröffnet +++ Der britischen Polizei gelingt die Vereitelung eines Terroranschlages +++ Warnstreiks der Lokführer bei der Deutschen Bahn +++ Blutige Kämpfe in Pakistan, Islamisten besetzen die Rote Moschee und nehmen Koranschüler als Geiseln. Das Gebäude wird schließlich von der Armee gestürmt, zahlreiche Tote sind zu beklagen +++ Die Bundesagentur für Arbeit rechnet mit einem Überschuss von 5 Mrd. Euro +++ Die deutschen Bundestagsabgeordneten müssen künftig ihre Nebeneinkünfte detailliert offenlegen, nachdem das Bundesverfassungsgericht eine Klage gegen diese Regelung zurückgewiesen hat +++ Das Bundeskabinett verabschiedet den Haushalt für 2008, die Neuverschuldung soll auf ca. 13 Mrd. Euro sinken, Finanzminister Steinbrück kündigt an, spätestens im Jahr 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können +++ Gespräche zwischen US-Präsident Bush und dem russischen Präsidenten Putin +++ Die CDU legt ein neues Grundgesetzprogramm vor +++ Der steuerliche Abzug von Spenden in Deutschland wird von bisher 5 und 10 auf einheitliche 20 Prozent der Einkünfte einer Privatperson oder von bisher 2 auf 4 Promille der Umsätze und Löhne einer Firma angehoben. Der Höchstbetrag, der bei Stiftungsgründungen und Zustiftungen von der Steuer abgesetzt werden kann, wird auf 1 Mio. Euro

erhöht +++ Tarifvertrag zwischen der Deutschen Bahn und den Bahngewerkschaften GDBA und Transnet. Die Lokführer bestehen weiterhin auf einem eigenen Tarifvertrag +++ Bundesinnenminister Schäuble stößt mit seinem Vorschlag, eine Regelung zur gezielten Tötung von Terroristen zu schaffen, auf breiten Widerstand +++ Pannen in den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel: die Kieler Landesregierung kündigt die Prüfung der Zuverlässigkeit des AKW-Betriebs durch den Energiekonzern Vattenfall an, die Polizei durchsucht das AKW Krümmel. Beide Kraftwerke werden schließlich ganz abgeschaltet +++ Der deutsche Aktienindex Dax erreicht ein Rekordhoch +++ Im Irak kommt eine deutsche Geisel frei +++ Das Bundeskabinett beschließt einen nationalen Plan zur besseren Integration der 15 Millionen Menschen aus Zuwandererfamilien +++ Die Tour de France steht in diesem Jahr im Zeichen immer neuer Enthüllungen über Doping +++ Russland setzt die Beteiligung am KSE-Abrüstungsvertrag aus Protest gegen die von den USA geplante Raketenabwehr in Europa aus +++ In Libyen werden die Todesurteile gegen fünf bulgarische Krankenschwestern und einen Arzt in lebenslange Haft umgewandelt. Sie können bald darauf zum Haftvollzug nach Bulgarien ausreisen, wo sie begnadigt werden. Ihnen war die absichtliche Tötung von 400 Kindern durch Infizierung mit Aids vorgeworfen worden; der Vorwurf war von unabhängigen Ärzten und schließlich vom Sohn des Staatsoberhauptes Ghaddafi für falsch erklärt worden +++ Bund, Bahn und das Land Baden-Württemberg einigen sich auf die Finanzierung des 4,8 Milliarden-Projekts „Stuttgart 21“; bei dem der Bahnhof tiefergelegt und eine Schnelltrasse nach Ulm gebaut werden soll +++ Israel lässt 255 palästinensische Gefangene frei, die überwiegend der Fatah angehören +++ Der bayerische Innenminister Beckstein wird von der CSU-Fraktion als Nachfolgekandidat für Edmund Stoiber nominiert +++ Russland weist britische Diplomaten aus +++ Nordkorea bietet die Stilllegung aller Atomanlagen gegen Aufhebung aller Sanktionen und umfassende Wirtschaftshilfe an +++ Der Preis für Rohöl klettert auf eine neue Rekordmarke +++ Die US-Armee startet im Irak eine neue Militäroffensive +++ In der Türkei erringt die Regierungspartei AKP unter Ministerpräsident Erdogan einen klaren Sieg. Grund für die vorgezogene Neuwahl war der Konflikt um die Neubesetzung des Präsidentenamtes. Die EU begrüßt das Ergebnis +++ Das Bundeskabinett stimmt der geplanten Privatisierung der Deutschen Bahn zu, der Widerstand dagegen ist aber bis in die Reihen der SPD nach wie groß. Die Bundesländer verlangen Nachbesserungen +++ Das Bundesverfassungsgericht verhandelt über das umstrittene Thema der Online-Durchsuchung von Computern durch einen sogenannten Bundestrojaner +++ In Griechenland kommt es zu verheerenden Waldbränden, die eine Fläche von der Größe des Saarlandes vernichten und zahlreiche Todesopfer fordern. Ähnlich betroffen sind auch die Kanarischen Inseln, Bulgarien und Italien +++ Nach dem Tod einer deutschen Geisel verstärkt sich die Diskussion über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, die Regierungskoalition will am Einsatz festhalten +++ In Indien wird mit der bisherigen Gouverneurin von Rajasthan, Pratibha Patil, erstmals eine Frau Staatspräsidentin +++ Der UN-Sicherheitsrat stimmt

\* 10. Juni bis 7. September 2007

für den Einsatz einer Friedenstruppe in Darfur +++ Die USA wollen in den nächsten 10 Jahren Waffen im Wert von mehr als 60 Mrd. Dollar in den Nahen Osten liefern +++ Niederlage der Regierungspartei von Ministerpräsident Shinzo Abe bei der Oberhauswahl in Japan +++ Anstieg der Lebensmittelpreise in Deutschland +++ Tod des schwedischen Filmregisseurs Ingmar Bergman und des italienischen Regisseurs Michelangelo Antonioni +++ Schiffsunglück vor Sierra Leone +++ Einsturz einer Autobahnbrücke über den Mississippi in Minneapolis +++ Die EU-Kommission leitet ein Kartellverfahren gegen E.ON und Gaz de France ein +++ Die Europäische Zentralbank (EZB) und andere Notenbanken greifen in die Krise an den Kreditmärkten ein, die sich in Folge der Krise am US-Immobilienmarkt entwickelt hat. Mit mehr als 100 Milliarden Euro sollen Liquiditätsengpässe der Banken überbrückt werden. Die Finanzkrise führt auch zu einem Kursverfall an den Börsen +++ Einigung auf vorgezogene Parlamentswahlen in Polen +++ Hochwasseralarm in Teilen der Schweiz +++ Das Bundeskabinett beschließt den Ausstieg aus der Steinkohlesubventionierung bis zum Jahr 1918 +++ In China beginnt die letzte Phase der Vorbereitungen für die Olympischen Spiele 2008 +++ Schweres Erdbeben in Peru +++ Bei einer Anschlagserie im Irak werden 400 Menschen getötet +++ In Deutschland leben inzwischen 1,93 Millionen Kinder unter 15 in Armut. Das berichtet die „Frankfurter Rundschau“ unter Berufung auf eine Studie +++ Auch die Beamten sollen wie die Rentner ihre Altersbezüge künftig erst mit 67 erhalten +++ Das Wirtschaftswachstum in den Ländern der Euro-Zone ist von 0,7 Prozent im ersten Quartal 2007 auf 0,3 im zweiten Quartal gesunken +++ Der türkische Außenminister Abdul Gül kandidiert zum zweiten Mal für das Amt des Präsidenten und setzt sich schließlich durch. Das Militär hatte die Wahl Güls lange zu hintertreiben versucht +++ Die Hetzjagd auf indische Mitbürger bei einem Stadtfest im sächsischen Mügeln führt zu erneuten Forderungen nach einem Verbot der neonazistischen NPD +++ Die CIA räumt ein, dass es vor dem 11. September Warnungen vor den Anschlägen gegeben habe, auf die nicht angemessen reagiert worden sei +++ Der Hurrikan Dean fordert in Mittelamerika Todesopfer +++ Erstmals seit der deutschen Einheit gibt es einen Haushaltsüberschuss, der sich auf 1,2 Mrd. Euro beläuft +++ Bei den Parlamentswahlen in Kasachstan erhält die Regierungspartei von Präsident Nasarbajew alle 98 Sitze +++ Der Streit über die Klimaschutzpolitik zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium wird vor der Klausurtagung der Koalition in Meseberg ausgeräumt, der CO<sub>2</sub>-Ausstoß soll bis 2020 um bis zu 36 Prozent gegenüber 1990 verringert werden +++ Der SPD-Vorstand spricht sich für die Umwandlung der Bundeswehr in eine Freiwilligen-Armee aus +++ Die sächsische Landesbank wird an die LB Baden Württemberg verkauft, um eine Insolvenz abzuwenden. Die Sachsen-LB war in Folgewirkungen der US-Immobilienkrise hineingezogen worden +++ Neuer Anschlag auf die Bundeswehr in Kabul +++ Der Medizinische Dienst der Krankenkassen kritisiert in einem Prüfbericht Mängel der Pflege +++ Bundeskanzlerin Angela Merkel schlägt vor, beim Klimaschutz die Vereinbarungen der Schadstoffobergrenzen an der Bevölkerungszahl festzumachen. Dieser Vorschlag soll vor allem Ländern wie Indien und China entgegenkommen +++ Abzug der südkore-

anischen Soldaten aus Afghanistan, Freilassung südkoreanischer Geiseln durch die Taliban +++ Einigung über die Finanzierung der Kinderkrippenplätze zwischen Bund und Ländern; eine Einigung über Zahlungen an Eltern, die ihre Kleinkinder selbst betreuen wollen, wird nicht erzielt +++ Rücktritt des US-Justizminister Gonzales +++ Die Zeitschrift „Der Spiegel“ berichtet von chinesischen Hackerangriffen auf Regierungscomputer in Berlin. Bundeskanzlerin Angela Merkel schneidet dieses Thema auch bei ihrem China-Besuch an +++ Die diesjährige Loveparade findet im Ruhrgebiet in Essen statt +++ Der deutschen Polizei gelingt die Vereitelung von Terroranschlägen, zwei zum Islam konvertierte Deutsche und ein Türke werden als Verdächtige festgenommen, nach weiteren wird gefahndet. Die Innenminister von Bund und Ländern vereinbaren weitere Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus. So soll der Besuch von Terrorausbildungslagern künftig unter Strafe gestellt werden. Umstritten bleibt weiterhin das Thema Online-Durchsuchung von Computern +++ Der bayerische Umweltminister Werner Schnappauf, von der CSU, wird neuer Geschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) +++ Bei Selbstmord-Bombenanschlägen in Rawalpindi/Pakistan sterben über 30 Menschen +++ Zusammenschluss der Energiekonzerne Suez und Gaz de France zu Suez-GDF. Der französische Staat hält - entgegen früheren Versprechen des heutigen Präsidenten Sarkozy - nur 35 bis 40 Prozent an dem neuen, weltweit drittgrößten Energiegiganten +++ In Großbritannien wird die Forschung an Mischembryonen aus menschlichen und tierischem Erbgut erlaubt +++ Papst-Besuch in Österreich +++ Die Gewerkschaft ver.di handelt mit dem von der Deutschen Post dominierten Arbeitgeberverband Postdienst einen Mindestlohn für die Branche aus. Die Konkurrenten der Deutschen Post kündigen dagegen Widerstand an +++ Der Hurrikan Felix richtet in Nicaragua schwere Verwüstungen an +++ Bundesinnenminister Schäuble nimmt die angestrebte Lockerung des Waffenrechts zurück, nach der Sportschützen schon ab 18 statt 21 Jahren großkalibrige Waffen hätten erwerben können. Begründet hatte der Innenminister die Maßnahme mit einem Harmonisierungsbedarf in der EU +++ Die Bundesregierung will durch ein entsprechendes Programm jungen Menschen freiwillige Entwicklungshilfeeinsätze erleichtern +++ Überraschender Besuch von George W. Bush im Irak +++ Die britischen Truppen im Irak räumen das Zentrum von Basra und übergeben ihren Stützpunkt der irakischen Armee +++ Bombenanschläge in der südindischen Stadt Hyderabad +++

## Stand des Kostenausgleichs

Bis zum 14. September waren an Kostenausgleichsbeiträgen (Rundbrief und allgemeiner Kostenausgleich) rund 30.500 Euro von geplanten 36.000 Euro eingegangen. Es bleiben also noch 5.500 Euro zu finanzieren - was doch noch ein recht erheblicher Batzen ist. Um so dankbarer sind wir für alle zusätzlichen Beiträge. Und allen, die bereits beigetragen haben, sagen wir ein herzliches Dankeschön!

# Bildung in Bewegung

## Die Konsequenzen von PISA und Bologna für die kulturelle Entwicklung Europas

Die folgenden Beiträge entstammen einem Seminar zum Thema, das vom 29. Juni bis 1. Juli im Anthroposophischen Zentrum Kassel stattfand. Die dort gehaltenen Vorträge von Udo Herrmannstorfer, Harald Spehl und Michael Ross sind von Christoph Strawe, ebenso wie sein eigener Beitrag, zusammengefasst worden. Zum Beitrag von Michael Ross stand dabei zusätzlich noch ein Thesenpapier des Referenten zur Verfügung. Den einleitende Beitrag hat Udo Herrmannstorfer auf der Grundlage der Zusammenfassung selbst überarbeitet.

### Der Kampf um die Aufgabe der Bildung - Menschenbildung oder Produktion von Humankapital?

*Udo Herrmannstorfer*

Bei den geforderten Konsequenzen aus den PISA-Analysen und den Zielen des sogenannten Bologna-Prozesses handelt es sich um weit mehr als eine Neugliederung des jetzigen Bildungssystems. Vielmehr ist vom Paradigmenwechsel die Rede, die Bildung an den zu erwerbenden Kompetenzen auszurichten, statt an zu vermittelnden Lehrinhalten.

Warum vollzieht sich das alles in dieser Geschwindigkeit (Bolognabeschluss 1999, gerade zur Jahrtausendwende) und in überraschender Übereinstimmung, obwohl die europäische Bildungslandschaft föderal differenziert ist,

obwohl also Bildung gemäß dem Subsidiaritätsprinzip formal in der EU immer noch die Angelegenheit der Nationalstaaten ist und in einigen Staaten wie der BRD sogar wiederum in die Kompetenz von Bundesländern fällt? Gewiss drückt sich darin auch aus, dass vieles am bestehenden Bildungswesen brüchig geworden ist. Aber das allein genügt nicht zur Erklärung. Wir müssen ebenso fragen, welche Intentionen mit den gegenwärtigen Veränderungen verfolgt werden.

Solche Entwicklungen einfach im Vertrauen darauf hinzunehmen, dass die Politiker von ihrer hohen EU-Ebene aus schon das Richtige sehen, wäre weder zeitgemäß noch im Einklang mit unserer Erfahrung. Vielmehr ist dieser Paradigmenwechsel kritisch zu hinterfragen, wie weit er wirklich der gegenwärtig notwendigen Entwicklung der Menschen entspricht und damit fortschrittlich ist. Viele zivilisatorische Erscheinungen sind so, dass man sich nicht einfach unbefangen auf sie einlassen und in sie einleben kann. Vielmehr bedarf es bewusster Durchdringung der Situation und daraus abzuleitender bewusster sozialer Praxis.

Das hängt mit der gegenwärtigen Bewusstseinsituation der Menschheit zusammen: Wenn wir die Kulturepochen im Hinblick auf ihre Stellung in der Entfaltung der Menschennatur ansehen, so finden wir in den älteren Kulturzuständen, dass der Mensch noch gruppenhaft eingebunden ist in geistige und soziale Zusammenhänge, um schließlich aus diesen herauszuwachsen und seine Freiheit und Selbständigkeit zu erlangen. Indem wir uns aus der Ordnung der Welt zur Selbständigkeit herauslösen, gehen wir zu ihr auf Distanz: wir stehen nicht mehr „darinnen“ und leben die Welt mit, sondern stehen den Dingen beobachtend gegenüber, die uns damit nur noch ihre Oberfläche zuwenden. Die Dichotomie von Selbstbewusstsein und Gegenstandsbewusstsein wird charakteristisch für das moderne Bewusstsein, das sich im Sinne von Max Stirners „Mir geht nichts über mich“ als für sich seiend, als „Ich“ erlebt.

Der dergestalt errungene Bewusstseinsfortschritt hat - zunächst jedenfalls - einen hohen Preis, über den sich das Bewusstsein im Jubel der Aufklärungseuphorie zunächst täuschen mag: Indem der Mensch den Raum des Einsseins mit der Welt verlassen hat, hat sich die Türe hinter ihm geschlossen und kein Weg scheint ins Innere zurückzuführen. Kants These von der Unerkennbarkeit der Dinge an sich hält diesen Zustand fest. Wir scheinen uns selbst dazu verurteilt zu haben, in einem materiellen Oberflächenbewusstsein der Welt befangen zu bleiben, während unser auf die Punktualität des Selbstbewusstseins zusammengezogenes Inneres vom Verdorren bedroht scheint, wenn wir nicht im Ich selbst die Kraft finden, die uns auf neue Weise mit der Welt verbindet. - Und zwar in ihrer geistigen wie auch ihrer sozialen Dimension, ist doch das Erringen des Für-Sich-Seins mit einem Verglimmen der instinktiven Gemeinschaftsbildkräfte der Vergangenheit und einer massiven Verstärkung der Antisozialität verbunden. So wie uns vom Kosmos nur die Oberfläche bleibt, so verbindet uns mit den andern Menschen in der Gesellschaft zunächst immer mehr nur noch das Band der selbstbezogenen Nützlichkeit, festgehalten von Adam Smith in seiner Theorie vom Selbstinteresse des homo oeconomicus. Da die geistigen Aspekte des Welt- und

Menschenverständnisses hinter den Grenzen des Erkennens versinken, eignen sie sich auch immer weniger als Grundlage gesellschaftlicher Gestaltung. Sie werden zur subjektiven Privatangelegenheit. Ihre Verbannung aus der Bildung scheint daher nur konsequent als erster Schritt und setzt sich in anderen sozialen Lebensfeldern fort. So droht denn auch die vollständige Entkoppelung der sozialer Entwicklung von spiritueller Erkenntnis.

Trotzdem: aus der errungenen individuellen Eigenständigkeit heraus gibt es keinen Weg zurück. Doch in der damit zunächst auftretenden Isolation stehen zu bleiben wäre vernichtend. In uns selbst müssen wir dasjenige finden, was uns auf bewusste Weise wieder mit der Welt verbindet. Zunächst erscheint die Grenze unübersteiglich, bis wir bemerken - R. Steiner schildert das in den Anthroposophischen Leitsätzen -, dass in der Art des Herankommens an die Grenze uns zugleich die Kräfte gewachsen sind, um sie zu überwinden, die Wissenschaft zur Geisteswissenschaft zu erweitern. Diese so existentielle Frage war Ausgangspunkt eines Vortrages, den Rudolf Steiner 1911 in Bologna vor einem Philosophenkongress hielt.

## Menschenbildung und Moderne

In den Mysterien war „Schulung“ wenigen vorbehalten. Mit der Umschmelzung des Mysterienwissens in Philosophie tritt die Frage in den Vordergrund, was ein denkendes Bewusstsein von der Mysterienweisheit fassen kann und wie jeder Mensch sein Denken entwickeln kann. Was muss jeder Mensch auf dem Wege zum Erwachsenen-Sein in sich selbst ausbilden, damit die damit errungene individuelle Selbstständigkeit nicht ins Verderben führt? Diese Frage ist Kern der modernen Bildungsfrage! Sie drängt sich immer stärker auf, je weiter wir in der individuellen Bewusstseinsentwicklung voranschreiten.

Bildung und Pädagogik werden auf diese Weise zu hervorragenden Themen der Neuzeit. Der große Pädagoge Johann Amos Comenius (1592 - 1670) formuliert, dass, als gleiche Geschöpfe Gottes, alle Menschen das Recht und die Pflicht zum Lernen haben. War in frühen Zeiten das Schreiben Mysteriensache, so wird es jetzt Jedermannssache und das gilt auch für andere vormals exklusive Fähigkeiten. Das wurde auch notwendig: Die Lebensschule, die bis ins Mittelalter für die meisten Menschen genügte, reicht allein nicht mehr aus, den einzelnen Menschen über das Gattungs- und Gruppenmäßige zu erheben. Schule heißt dann, dem Menschen bei seiner Individualitätswerdung eine aktiv begleitende Stütze zu sein. Pädagogik muss sich erkenntnistreu an der Entwicklung des Menschen orientieren, wenn sie diese Aufgabe erfüllen will. Die Tatsache aber, dass der Individualisierungsprozess nicht abgeschlossen ist, verleitet im selben Moment auch dazu, mit der Bildung Absichten, Zwecke zu verbinden.

Deshalb gibt es von Anfang an einen regelrechten gesellschaftlichen Kampf um die Beherrschung des Bildungswesens als Zugang zur Lenkung heranwachsender Menschen. Ein früherer Aspekt dieses Kampfes war und ist die Zurückdrängung des Einflusses der kirchlichen Konfessionen auf das Erziehungswesen.

Sie war z.B. eine der wesentlichen Ursachen, die zum Sonderbundskrieg 1847 in der Schweiz führten, der einen Tiefpunkt der Entwicklung der Eidgenossenschaft markierte. In Frankreich erreicht sie ihren Höhepunkt erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts und endet 1905 mit dem „Loi Combes“ (Gesetz zur Trennung von Religion und Staat).\*

Menschenbildung oder Nützlichkeitsorientierung: die weitere Entwicklung des Bildungswesens in Europa schwankte zwischen diesen beiden Polen. Amos Comenius, Lehrer und letzter Bischof der böhmischen Brüdergemeinde, erkennt als einer der ersten - nach dem 30jährigen Krieg - die Notwendigkeit der systematischen Ordnung des Wissens und dessen Verwendung für die Bildung. Ihm geht es um den zu bildenden Menschen und er entwickelt wichtige pädagogische Grundsätze zur Verständlichkeit der Wissensvermittlung: Vom Naheliegenden zum Fernen, vom Überblick in die Einzelheiten, Anschaulichkeit, Allgemeinbildung - „Omnes omnia omnino“: „Alle alles ganz zu lehren“ - und zwangsfreier Unterricht: „Alles fließe aus eigenem Antrieb, Gewalt sei fern den Dingen“, lautet sein Motto.\*\*

Bei Comenius aber zeigt sich bereits der Einfluss der Blickwende im Verhältnis Mensch und Welt, wie er z.B. von Baco von Verulam (Francis Bacon, 1561 - 1626) ausgeht, der die Naturwissenschaft statt auf philosophisch-theologische Erörterungen auf reinen Empirismus baute und ihre Aufgabe ausschließlich in der praktischen Nutzenanwendung sah. Es ist die äußere Anschauung der Natur, die Comenius in unzähligen Bildern darstellt und zur Grundlage seines europaweit verbreiteten Lehrbilderbuches „Orbis sensualium pictus“ macht. Damit aber wird die neue Sichtweise Bacons, die den Menschen nicht mehr der geistigen Welt zuordnet, sondern ihn der äußeren beobachtend gegenüberstellt, zum Ausgangspunkt der neuzeitlichen Pädagogik. (Auf den geistigen Zusammenhang von Baco von Verulam und Amos Comenius bereits zur Zeit der Hochblüte Bagdads als Kulturmittelpunkt des Arabismus weist Rudolf Steiner hin.) Diese Anschauung wurde vorbereitet im Arabismus, der zum Auslöser der meisten europäischen Universitätsgründungen wurde und in der heraufziehenden Naturwissenschaft glänzende Ergebnisse in der zivilisatorischen Anwendung zeitigt. - Die damit verbundene Reduktion des Erkenntnisbegriffs auf das Wissen des sinnlich gegebenen Materiellen der Welt wurde aber auch für den Bildungsbegriff folgenreich: Wissenserwerb und Wissensvermittlung rückten immer mehr in den Vordergrund der Bildung und stellten durch die Wissensexpllosion das Bildungswesen vor fast unlösbare Aufgaben.

Dem gegenüber machten sich in Europa nun andere Geister bemerkbar, denen angeeignetes Wissen nicht als zentrales Bildungskriterium ausreichte. Johann Heinrich Pestalozzi (1746 - 1827), Friedrich Schiller (1759 - 1805) und Wilhelm von Humboldt (1767 - 1835) zum Beispiel schauen auf den ganzen Menschen in seiner Entfaltung und fragen, wie diese Entfaltung pädagogisch bewirkt werden kann. „Man muss erst

\* Im Juli 1902 wurden alle nicht staatlich genehmigten, etwa 3000 kirchlichen Schulen geschlossen, 1903 alle Ordensgemeinschaften aufgelöst.

\*\* Orbis sensualium pictus

Mensch werden, bevor man ein nützliches Glied der Gesellschaft werden kann“ - in diesem Sinne entwickelt Pestalozzi seine pädagogisch-erzieherische Wirksamkeit: Menschlichkeit als Voraussetzung der Nützlichkeit. Schiller hat in seinen ästhetischen Briefen nicht nur den real gewordenen Menschen vor sich, sondern blickt gleichzeitig auf den in jedem Menschen anwesenden idealischen, noch werdenden Teil, den es zu entwickeln gilt. Und für Wilhelm von Humboldt, der in Preußen die Gelegenheit erhielt, das Schul- und Universitätswesen neu zu gestalten, war die allseitige Bildung des Menschen selbstverständliche Voraussetzung seines Wirkens: „Der wahre Zweck des Menschen [...] ist die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen.“ Indem Bildung diesem wahren Zweck dient, kann sie nicht um anderer, äußerer Zwecke willen da sein. In seinen „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“ entwickelt er die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür, dass sich Bildung frei entfalten kann. Zu dem Schutz der Bildung vor konfessioneller Lenkung durch den Staat tritt nun der Schutz vor dem Staat. Diese pädagogischen Ansätze meinen ja nicht, dass Bildung nicht fähig machen soll zur Auseinandersetzung mit der äußeren Welt und zum Eingreifen in sie. Aber diese Auseinandersetzung darf nicht allein der Spezialisierung dienen, sondern muss in die Entfaltung der Universalität des Menschen eingebettet sein. Humboldts Gegnerschaft gegen die Realschule - ihre Abschlüsse wurden in Preußen dann ab 1832 als Berechtigung zu mittleren Laufbahnen anerkannt - erklärt sich nicht aus einer Abscheu gegen die Behandlung realer Gegenstände in der Schule, sondern aus der Furcht davor, dass diese einen nur von Nützlichkeitsaspekten geprägten Charakter annehmen würde.

Die Realschulen wurden bereits im 18. Jahrhundert durch August Hermann Francke veranlagt, der aus den Anfängen eines Waisenhauses heraus die Halleschen Stiftungen als Beispiel christlich inspirierter Gesellschaftsformen aufbaute. Aus dem Erleben der sozialen Not der Bevölkerung heraus schlug er praxisorientierte Schulen, eben „Real“-schulen, vor, die nach seinem Tode durch seinen Schüler J. Hecker eingerichtet und später in ganz Preußen eingeführt wurden.

\* „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“, 1792

Während Humboldt darum kämpfte, das Bildungswesen ganz auf seine eigene Verwaltung zu stellen und dem Staatszugriff weitgehend zu entziehen, bemerkten die Staaten immer mehr, welches überragende Lenkungsinstrument sich im Bildungswesen bot. Und sie nutzten es, indem fast überall der Staat auch die inhaltliche und strukturelle Verantwortung übernahm. In der erwähnten föderalen Struktur des bisherigen europäischen Bildungswesens drückt sich bis heute nicht etwa Humboldtsche Gesinnung aus, sondern umgekehrt das Festhalten am vermeintlichen Recht der Gesellschaft, die Bildung für die zu ihr gehörenden Menschen zu bestimmen.

Bildung des umfassenden individuellen Menschenwesens oder Bildung als Erwerb von Anwendungswissen - zwischen diesen beiden Polen entfaltet sich das moderne Bildungswesen. Der humanistische Ansatz geriet in eine fortschreitende Krise, weil ihm durch die Akzeptanz der Reduktion von Wissenschaft auf die materiellen Vorgänge der Welt ein tragfähiges Menschenbild verloren gegangen ist. Die Tatsache, dass „humanistisch“ gebildete Menschen auch an allen zerstörerischen Impulsen, selbst im Dritten Reich, aktiv mitmachten und mitmachen, spricht dafür Bände. Es liegt eine Tragik darinnen, dass der umfassendste Ansatz zur Weiterentwicklung der an der Entwicklung des Menschen orientierten Pädagogik, wie er in der von Rudolf Steiner inaugurierten Waldorfpädagogik vorliegt, gerade vom bestehenden Bildungssystem mit ablehnender Distanz behandelt wird.

Es war daher abzusehen, dass dieses auf den tönernen Füßen eines unzulänglichen Menschenbildes ruhende Bildungssystem beim ersten großen Ansturm seiner Hinterfragung zusammenbrechen würde. Der Anstoß dazu verbindet sich mit den beiden Namen PISA und Bologna-Abkommen und erfolgt in dem Moment, wo sich nach längerer Leidenszeit ein gemeinsames Ziel findet, das allen EU-Partnern wichtig und drängend genug ist: die Förderung und Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums. Da die EU weder von Naturschätzen lebt noch über Reservearmeen anspruchloser Arbeitskräfte verfügt, sondern allein vom kulturell-wissenschaftlich-technischen Know-How, kann im globalen konkurrierenden Umfeld allein Bildung diese Entwicklung bewirken. Bildung wird zum humanen Kapital, zum wichtigsten Investitionsfaktor in Europa: Das Ziel der Bildung

## OECD

Abkürzung für Organization for Economic Co-operation and Development, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Organisation der westlichen Industrieländer mit beratender Funktion zur Koordinierung der Wirtschafts-, Währungs- und Außenwirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten sowie für Aufgaben in Bereichen wie Umwelt, Energie, Verkehr, Finanzmärkte, Entwicklungshilfe, Arbeit und Soziales; gegründet am 14. 12. 1960 durch das Pariser Übereinkommen (in Kraft seit 30. 9. 1961); Sitz: Paris. Der OECD gehören die EU- und EFTA-Länder an sowie Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, die Türkei, die USA sowie Mexiko (seit 1994), Süd-Korea (seit 1997), die Tschechische Republik (seit 1995), Ungarn und Polen (seit 1996), Slowakei (seit 2000). Die OECD hat keine supranationale Rechtsetzungsbefugnis, sondern erarbeitet Analysen, Empfehlungen und ständige Informationen. Im gegenseitigen Einvernehmen können auch bindende Beschlüsse gefasst werden. Leitendes Organ ist der Rat (mit Vertretern aller Mitgliedsländer); Fachausschüsse leisten die praktische Arbeit, die vom Exekutivausschuss (14 Mitglieder) koordiniert wird; an der Spitze des Internationalen Sekretariats steht der Generalsekretär (für 5 Jahre ernannt). Die OECD ist die Nachfolgeorganisation der OEEC (Abkürzung für Organization for European Economic Cooperation, Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit), der am 16. 4. 1948 von zunächst 16 europäischen Staaten gegründeten Gemeinschaftsorganisation zum Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft im Rahmen des Marshallplans sowie zur Ausweitung und Liberalisierung des europäischen Handels- und Zahlungsverkehrs (die Bundesrepublik Deutschland wurde 1949 Mitglied). Quelle: Meyers Lexikon online

wird nun auf die im ökonomischen Leben benötigten Anwendungskompetenzen fokussiert. Der angekündigte Paradigmenwechsel bedeutet in der Konsequenz die Unterordnung der Bildung unter die Ökonomie. Nicht Autonomie der Bildung um des individuellen Menschen willen, sondern Teilautonomie, Bildung als Mittel zum Zweck. Damit schwingt das Pendel nun auf die Seite gesellschaftlicher Einflussnahme, wie es New Public Management seit langem fordert: „Nur die operationale Durchführungsebene erlaubt freies Verhalten, das Was aber bestimmt die Gesellschaft“.

## Bildung als Standortfaktor

Diese ökonomische Neuausrichtung der Bildung, wie sie für den universitären Bereich in Bologna sichtbar wurde, zeigt sich auch bei der PISA-Studie. Ausgelöst wurde diese nicht etwa von besorgten Kultusministern, sondern von der Wirtschaftsorganisation OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), der 1969 gegründeten Nachfolgeorganisation der 1948 entstandenen OEEC. Diese wurde ursprünglich zur Verwaltung der von den USA gewährten Marshallplan-Mittel zum Aufbau Europas nach dem 2. Weltkrieg gegründet. Die OECD muss wiederum im Kreise aller derjenigen internationalen Organisationen gesehen werden, die einen Zusammenhang mit dem Ziel der Verwirklichung der 1944 in Bretton Woods angestrebten „Neuen Weltordnung“ bilden.

Im Rahmen dieser OECD-Fragestellung, was denn eine ökonomisch erfolgreich arbeitende Gesellschaft für ihre Zukunftsentwicklung brauche, wurden die PISA-Studien in Auftrag gegeben. Bildung wird bei der Suche nach den günstigsten Produktionsbedingungen zu einem entscheidenden Faktor der Standortentscheidung von Unternehmen und Menschen. Diese ökonomische Grundausrichtung zeigt sich schon im Aufbau der Studien: Es werden ausschließlich die „nützlichen“ Fächer untersucht und in den Tests dominieren die Kriterien der Anwendbarkeit des Wissens. Die Ergebnisse der Studien und ihr europäisches Ranking haben bereits heftige Bewegungen vor allem in der deutschen und schweizerischen Bildungslandschaft ausgelöst

PISA und Bologna-Reform bilden ein Ganzes unter dem expliziten Ziel der EU, „bis 2010 die dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsregion der Welt“ geworden zu sein. Damit wird der erwähnte Paradigmenwechsel vollzogen: Bildung ist nicht länger die primäre Frage nach der Entwicklung des Menschen sondern nach der Entwicklung der Ökonomie. Sie erhält als „Humankapital“ den Charakter eines Produktionsfaktors, dessen Investitionen sich durch seine Anwendung rentieren müssen.

Der Paradigmenwechsel kam überraschend und wurde fast diskussionslos in seinen Grundzügen beschlossen. In Deutschland und der Schweiz sind alle damit befassten Behörden intensiv dabei, diesen Wechsel bis ins Operative herunter zu organisieren und zu reglementieren. Nur die Tatsache, dass Staaten sich noch immer für berechtigt halten, über das Bildungswesen nach Maßgabe der gerade herrschenden politischen Kraftverhältnisse zu verfügen, macht es möglich, diesen Wechsel praktisch über Nacht zu verfügen.

Was längst überfällig ist, wäre eine breite und offene Diskussion über die Bildung in Bezug auf Mensch und Gesellschaft. Und natürlich die reale Möglichkeit, der allgemeinen Bildungskrise auch durch andere, umfassendere Konzepte zu begegnen. Was mit dem Wort der Harmonisierung so angenehm klingt, wird sonst nur zum Instrument geistiger Bevormundung.

Gewiss gibt es in dem ganzen Prozess der Neuordnung auch berechnete Aspekte. Dazu gehört sicher auch die Kritik an der substantiellen Schwäche der bisherigen humanistischen Bildung. Aber die Berechtigung der Kritik gewährleistet noch keineswegs die Richtigkeit der jetzt in Gang gesetzten Veränderung. Was „europäisch“ ist bestimmt sich nicht an den jeweiligen politischen Beschlüssen der EU-Kommission oder des Europäischen Rates. Diese haben sich vielmehr an den in Europa zuerst geschichtlich wirksam gewordenen Idealen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu messen. Dies gilt auch für die Kritiker der Neuordnung. Die nachträgliche Verklärung des jetzigen Zustandes des Bildungswesens ist nicht hilfreich, wenn man in den Fragestellungen des Bildungswesens nicht tiefer dringt.

Der dazu notwendige Schritt wurde 100 Jahre vor dem Abschluss des Bologna-Prozesses von Rudolf Steiner formuliert: Nur die Erweiterung des wissenschaftlichen Bewusstseins in das Gebiet des Seelisch-Geistigen kann den Widerspruch lösen, der sich sonst als Abgrund zwischen Welt und Mensch auftut. Die Pädagogik kann sich an dem einen oder anderen Rand niederlassen. Sie wird ihr Ziel nur dann nicht verfehlen, wenn es gelingt, die Brücke über diesen Abgrund zu schlagen.

## Freies Bildungswesen oder Bildung als sozio-ökonomisches Lenkungsinstrument?

### Bemerkungen zu PISA

*Michael Ross,  
Zusammenfassung C. Strawe*

Aufgabe dieser Betrachtung soll es sein, die Reduktion des Bildungsbegriffs auf funktional-pragmatische Aspekte in der Schulleistungsstudie PISA nachzuzeichnen und den Zusammenhang zwischen einem derart ökonomisierten Bildungsbegriff und dem sozio-ökonomischen Lenkungskonzept NPM aufzuzeigen. Dem soll ein Ausblick auf Grundgedanken eines freien Bildungswesens entgegengestellt werden.

### Das Ziel der PISA-Studie: Ökonomisierung des Bildungswesens

PISA (Programme for International Student Assessment/ Programm zur weltweiten Schülerbeurteilung) bricht zu Beginn des neuen Jahrtausends als das größte



Bildungs-Ereignis über Deutschland herein: das ‚Volk der Dichter und Denker‘ wird aus seinem bildungspolitischen Halbschlaf gerissen - fortan assoziiert man mit PISA nicht mehr den ‚schiefen Turm‘ in gleichnamiger italienischer Stadt, sondern die Schiefelage des deutschen Bildungswesens. PISA wird zum Inbegriff aller Bildungsprobleme. Eine Generation nachdem Mitte der 60'er Jahre die deutsche Bildungskatastrophe ausgerufen wurde, durchziehen die Schockwellen der Schulleistungsstudie aus dem Jahr 2000 Elternhäuser, Schulgebäude und Ministerien. Der Grund: PISA attestiert den deutschen Schülern in den Bereichen Lesen, mathematische Grundbildung und naturwissenschaftliche Grundbildung ein Leistungsniveau, das unterhalb des internationalen Durchschnitts liegt. Zudem ist die Leistungsstreuung in Deutschland besonders groß und der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Leistung überproportional stark.

Jede PISA-Studie umfasst die Bereiche Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften. Bei jedem Durchgang wird ein Bereich vertieft untersucht: 2000 die Lesekompetenz, 2003 Mathematik, 2006 Naturwissenschaften. Dieser Zyklus soll alle neun Jahre wiederholt werden.

Nach der Veröffentlichung der Ergebnisse der ersten PISA-Studie 2001 setzen hektische und radikale Reformmaßnahmen am Bildungssystem ein, die mit großem Nachdruck betrieben wurden. Dieser Druck entstammt nun nicht der wissenschaftlichen Bedeutung der Studie, sondern den Zentren politischer Macht: Auftraggeber von PISA sind die Regierungen der OECD-Staaten. Die OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development / Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) umfasst die Staaten der Ersten Welt, fast alle der 30 Mitgliedsstaaten sind Industrieländer. Aufgabe der OECD ist die Politikberatung; ihre Ziele gleichen denen anderer weltweit agierender Organisationen wie WTO, IWF, Weltbank. Es geht um die Durchsetzung der Grundsätze des Neoliberalismus im (bisher) öffentlichen Sektor. Die Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen sollen nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten umgeformt werden, überall sollen soviel als möglich Elemente marktlicher Steuerung zur Anwendung kommen.

Die „primäre Aufgabe“ von PISA ist es, so heißt es bei den Herausgebern der PISA-Studie, dem Deutschen PISA-Konsortium, „den Regierungen der teilnehmenden Länder auf periodischer Grundlage Prozess- und Ertragsindikatoren zur Verfügung zu stellen, die für politisch-administrative Entscheidungen zur Verbesserung der nationalen Bildungssysteme brauchbar sind.“ Im Grußwort zur PISA-Broschüre formuliert der OECD Generalsekretär deren funktionalistisches Bildungsverständnis: „Gute Bildung ist das wertvollste Kapital für die heutige und künftige Generationen. [...] Die OECD leistet mit der Schulleistungsstudie PISA [...] einen Beitrag zur Erreichung dieses Ziels.“

Der Erziehungswissenschaftler Ludwig A. Pongratz beurteilt die PISA-Studien als Instrument eines technokratischen Normierungs- und Disziplinierungsprozesses des Bildungswesens. „Es ist die globale strategische Situation, die mit Hilfe der PISA-Brille unseren Blick

## PISA,

Abkürzung für englisch Programme for International Student Assessment, PISA-Studie, international angelegte Vergleichsstudie der Leistungen 15-jähriger Schülerinnen und Schüler in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften. Das Frage-raster von PISA zielt dabei auf die mathematische und naturwissenschaftliche Grundbildung der Schüler, verstanden als Erkennen von Sachzusammenhängen und Aufzeigen von Problemlösungen, sowie auf ihre Lesekompetenz, d. h. die Fähigkeit, gelesene Texte inhaltlich zu erfassen, zu bewerten und (fächerübergreifend) in größere Zusammenhänge zu stellen; die Wiedergabe (Zitation) von reinem Faktenwissen tritt in den Hintergrund.

Ziel der im Auftrag der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) von den Teilnehmerstaaten gemeinsam entwickelten und durchgeführten Studie ist es, vergleichbare Daten über die Bildungssysteme der teilnehmenden Staaten zu gewinnen und statistisch belegte (verallgemeinerbare) Aussagen über den Zusammenhang von Leistungsvermögen und sozialem Hintergrund der Schüler in den Teilnehmerstaaten treffen zu können. - Deutschland ist an der PISA-Studie auf der Grundlage einer Vereinbarung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) mit der Kultusministerkonferenz (KMK) der deutschen Länder beteiligt; die Durchführung von „PISA 2003“ und „PISA 2006“ in Deutschland lag in der Hand eines nationalen PISA-Konsortiums. Um die Untersuchungsergebnisse der internationalen PISA-Studie innerhalb Deutschlands vergleichbar zu machen, wurde zeitgleich mit „PISA 2000“, „PISA 2003“ und „PISA 2006“ jeweils eine nationale PISA-Ergänzungsstudie (Abkürzung PISA-E) auf der Ebene der Bundesländer durchgeführt.

Der erste Erhebungszyklus (2000-06) der internationalen PISA-Studie umfasste drei Erhebungen mit jeweils unterschiedlicher Schwerpunktsetzung. 2009 soll ein zweiter Erhebungszyklus starten.

Quelle: Meyers Lexikon online, <http://lexikon.meyers.de/meyers/PISA>

kodiert. Denn der aktuelle Formierungsprozess des Bildungswesens läuft über implizite Standards, die jeder bereits akzeptiert haben muss, bevor er sich auf eine kontroverse Diskussion über PISA einlässt.“

Aus bildungsökonomischer Perspektive ist PISA ein Produkt transnationaler Bildungsdienstleister, das staatlichen Schulverwaltungen weltweit angeboten wird. Die internationale PISA-Leitung liegt bei fünf Institutionen, von denen vier privatwirtschaftliche educational assessment-Firmen aus Australien, den USA und den Niederlanden

\* Siehe Literaturangaben am Schluss.

## Pisa in der finnischen Erziehungslandschaft

Vortrag beim Kolloquium des Europäischen Forums für Freiheit im Bildungswesen (effe) in Helsinki 8.6.2006

Kurzreferat / Prof. Reijo Wilenius

Die Frage des Kolloquiums, ist die finnische Schule die beste in Europa, wie es nach den PISA-Studien scheint, bleibt offen, denn diese Studien evaluieren nur wenige Dimensionen der wirklichen Bildungsergebnisse.

Das finnische Schulwesen, wie auch allgemein das skandinavische, hat schon im 19. Jahrhundert einige gute Impulse bekommen, die heute noch unter der bildungspolitischen Oberfläche - auch hinter den PISA-Resultaten - nachwirken.

Erstens der Impuls, Das Bildungsniveau der ganzen Bevölkerung zu erhöhen, nicht nur einer Elite.

Davon hängt die Entwicklung der demokratischen Gesellschaft, der Wirtschaft und des allgemeinen Wohlstands, sogar die weitere kulturelle Existenz eines kleinen Volkes ab, betonte oft J. W. Snellman, der maßgebende finnische Bildungsphilosoph (1806-1881).

Darauf beruht auch das verhältnismäßig hohe Ansehen der Lehrerpersönlichkeit, weil sie noch heute als ein wichtiger Zukunftsfaktor des Volkes angesehen wird.

Zweitens die Autonomie der Schulen in der Entwicklung und Realisierung der Lehrpläne.

Sie ist auch eine Tradition aus dem 19. Jahrhundert, die besonders von dem Snellman-Schüler Z. Cleve, dem ersten Pädagogikprofessor, betont wurde.

Drittens die Selbständigkeit der Lehrerpersönlichkeit (die Methodenfreiheit) in der Beantwortung der immer einmaligen Erziehungssituationen.

Viertens - und das ist eine Wirkung der Reformpädagogik - die Entwicklungsphasen der Kindheit und der Jugend zu berücksichtigen. Beispiel sind der eigentliche Schulanfang erst mit 7 Jahren, der sogenannte weiche, kindhafte Anfang in den ersten Klassen und später die Unterstützung des eigenständigen, individuellen Lernens.

Kurz: Freiheit ist die beste Methode. Genaue Kontrolle der Schulen und Standardisierung der Lehrpläne ist eine ‚kontraproduktive‘ Reaktion auf schlechte oder mittelmäßige PISA-Resultate.

sind. Diese Firmen haben PISA entwickelt und bisher an 58 Staaten verkauft. Damit hat sich die Testindustrie den Bildungsmarkt erschlossen. Unter den Zielvorgaben der OECD leistet PISA damit einen Beitrag, Bildung einerseits noch stärker als ökonomischen Produktionsfaktor (Humankapital) einzusetzen und andererseits selbst der Kommerzialisierung auszusetzen. PISA ist daher in erster Linie ein Projekt mit ökonomischer Zielsetzung. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum seit Anfang der 90'er Jahre das Bildungswesen mit ökonomischen Kategorien durchsetzt wird. So wird von Bildungseinrichtungen wie Schulen und Hochschulen als Unternehmen gesprochen, der Schüler als Kunde umgedeutet und Bildung selbst als Produkt definiert - „outputorientierte Bildung“ ist einer der Ausdrücke der OECD-Philosophie.

Insofern können wir PISA als kulturindustrielles Phänomen verstehen: Kulturindustrie ist die industrialisierte Produktion von Kultur, von Kulturgütern. Bildung wird zur Ware. Die gleiche Stoßrichtung beobachten wir in anderen gesellschaftlichen Bereichen wie Medizin, Heilpädagogik, Altenpflege.

### Der Bildungsbegriff der PISA-Studien: „Halbbildung“ durch Bildungsstandards

Mit der bildungsindustriellen Zielsetzung einher geht das Wissenschaftsverständnis der PISA-Studien. PISA beruht auf einem naturwissenschaftlich-positivistischen Erkenntnisbegriff, der nur das unmittelbar Erfahrbare für wirklich nimmt und dem weder die geistige Tätigkeit des Menschen noch die soziale Interaktion von Bedeutung ist. Dies zeigt sich am deutlichsten darin, dass PISA versucht, durch standardisierte Tests das Menschliche zu vermessen.

Der positivistische Forschungsansatz ist nun besonders anfällig für Kulturindustrialisierung, weil 1. die Forschungsinstrumente technisiert werden (z.B. Standardisierung der Aufgaben mittels Multiple Choice und statistische Auswertung mittels Scanner und Computer), 2. die Forschungsfragen auf technisch beantwortbare Fragen beschränkt und so relevante Fragen ausgeschlossen werden, 3. quantitative Prüfungen qualitative Bildung nicht messen können, sondern nur quantitative Aspekte reproduzieren.

Schon in der Auswahl der getesteten Fächer zeigt sich ein positivistisch verkürztes Bildungsverständnis: Mathematik, Lesekompetenz und Naturwissenschaften in ihren Repräsentationen Zahl, Buchstabe und Gesetz sind die abstrakten Formen des Denkens, in ihnen ist der lebendige und wirksame Geist zur toten Form erstarrt. Zugleich sind es die pragmatischen Kompetenzen, die zur Bewältigung des Alltags benötigt werden und in der Bildungsindustrie das Produktivkapital ausmachen.

Der positivistische Wissenschaftsansatz führt daher zu einem funktionalistischen Bildungsbegriff, der die Basis für alle Aufgaben und Tests der PISA-Studien darstellt.

\* Vgl. Theodor W. Adorno, Theorie der Halbbildung (1959). In: ders.: Gesammelte Schriften Band 8. Soziologische Schriften I.

So definiert die OECD einen eigenen Bildungsbegriff („literacy“), der sich nicht an einer Zusammenschau nationaler Lehrpläne orientiert, sondern Fähigkeiten funktional auf ihre Nützlichkeit verkürzt: „das Wissen, die Fähigkeiten, die Kompetenzen, die relevant sind für persönliches, soziales und ökonomisches Wohlergehen“. (OECD PISA Assessment Framework) Dieser instrumentelle Bildungsbegriff wird zugleich als normatives Bildungsziel eingeführt.

Das Ziel der OECD, Bildung mittels der PISA-Studie sozial genormt und ökonomisch nützlich zu etablieren, kulminiert im Konstrukt der Bildungsstandards. In der vom BBM und der KMK 2003 vorgestellten Expertise „Zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards“ heißt es: „Die Bildungsstandards legen fest, welche Kompetenzen die Kinder oder Jugendlichen bis zu einer bestimmten Jahrgangsstufe mindestens erworben haben sollen. Die Kompetenzen werden so konkret beschrieben, dass sie in Aufgabenstellungen umgesetzt und prinzipiell mit Hilfe von Testverfahren erfasst werden können.“

Die Verkürzung dieses Bildungsbegriffs wird am Beispiel der mathematischen Kompetenzen deutlich, wenn wir den Ausführungen von Hartmut von Hentig folgen. Er unterscheidet zwischen zwei Funktionen der Mathematik: die erste hat es mit der Erkenntnis der Wahrheiten der mathematischen Gegenstände zu tun; die zweite mit der Anwendung dieser Wahrheiten. Die erste ist eine strenge Geisteswissenschaft, die zweite eine pragmatische Hilfswissenschaft. Wird also z.B. mathematische Bildung reduziert auf funktional-pragmatische Nützlichkeiten, dann kann man zwar von Kompetenz sprechen, aber wohl kaum noch von Bildung.

Mit dieser fundamentalen Beschneidung des Bildungsbegriffs in den PISA-Studien wird der Wahrheitsgehalt aus den Bildungsfächern und das Wahrheitsstreben aus den sich bildenden Menschen eliminiert. Dadurch verkommt Bildung zur „Halbbildung“, da sie nur noch die ökonomisch nützlichen Inhalte vermittelt; diese Art von „Bildung“ beschädigt die menschliche Freiheitsfähigkeit, indem sie diese von der Erkenntnis der Wahrheit abschneidet. Damit stellen Bildungsstandards aber die Lüge dar, die behauptet, dass Bildung sich in ihrer Anwendung erschöpft. Das Hauptproblem der Bildungsstandards ist darin zu sehen, dass in ihnen die Möglichkeit menschlicher Entwicklung nicht eingeräumt ist. Der sich den Bildungsstandards unterwerfende Mensch gerät unter ihre Knechtschaft.

Der Mathematikdidaktiker Wolfram Meyerhöfer hat in mehreren Studien die Voraussetzungen und Konsequenzen der PISA-Studie fundiert herausgearbeitet. Er kommt dabei zu dem Schluss: „Mit PISA & Co ist bezüglich der Kulturindustrialisierung von Wissenschaft eine für Deutschland neue Qualität eingetreten, die in ihrem Durchschlag auf das Bildungswesen und - vermittelt über die damit einhergehende Beschädigung der europäischen Bildungstradition - auf die ganze Gesellschaft kaum überschätzt werden kann.“

Die öffentliche Wahrnehmung der PISA-Ergebnisse ist besonders stark geprägt durch die Länderrangreihen. Durch sie entsteht der Eindruck einer Art Bildungsolympiade: Wer schneidet beim Wettbewerb der Staaten

um Bildungsprodukte am besten ab? Das ist ein kulturindustrielles Massenphänomen.

Die Länderrangreihen wie die Bildungsstufen beruhen auf einem Kompetenzstufenmodell. Dabei werden die statistischen Zahlenintervalle der PISA-Studien zu Kompetenzstufen uminterpretiert, dieser Interpretationsakt jedoch der Öffentlichkeit durch das PISA-Konsortium vorenthalten. Wie die Kompetenzstufen und auch die Testaufgaben zustande kommen, bleibt völlig intransparent. Dadurch wird das Verfahren - und seine Widersprüche zu einem modernen Bildungsbegriff - gegen Kritik immunisiert.

Gewiss enthält die PISA-Studie, wenn man sie richtig interpretiert, auch viele interessante und hilfreiche Erkenntnisse. So sind die aufgewiesenen Stärken des Schulwesens in Finnland und anderen skandinavischen Ländern durchaus real. Allerdings gibt es viel Verwirrung um die tatsächlichen Gründe und die zu ziehenden Konsequenzen (vgl. den Beitrag von Reijo Wilenius im Kasten auf S. 10).

Der Positivismus und Utilitarismus des Wissensbegriffs und die soziale Verformung des Bildungswesens zu einem Sektor von Kulturindustrie drohen zu dem zu führen, was Max Horkheimer und Theodor W. Adorno im Vorwort zur Neuauflage ihrer „Dialektik der Aufklärung“ die „Identität von Intelligenz und Geistfeindschaft“ genannt haben. Sind doch Bildungsstandards das Resultat der weltweit in PISA wirksamen Intelligenz und führen sie zu einer Halbbildung, die geistfeindlich ist.

## Zur Problematik der Bildungstests

„Tests im Bildungswesen sind standardisierte Instrumente zum Vermessen von Schülereigenschaften.“ (Meyerhöfer) Das individuell Schöpferische und Prozessuale von Bildung geht verloren. Die Verbindung von Bildungsstandards und Test macht Schule zum „Ort der Herstellung eines Testbaren“ (Meyerhöfer), das zwar Bildung genannt wird, aber bereits ein Reduktionsprodukt wahrer Bildung darstellt. Nicht Autonomie und Authentizität in der Aneignung von Bildung ist das Ziel der Bildungsstandards, sondern Herausbildung eines Messbaren, damit Heteronomen und Nichtauthentischen.

Tests stellen zudem eine Art Technisierung von Herrschaft dar: Belohnung und Bestrafung von „Leistung“ kann direkt an das Testresultat gebunden werden. Sie werden zu Disziplinierungsinstrumenten: Die Vergabe von Zukunftschancen wird sich durch sie ebenso ändern wie die Praxis von Schulleitung und Administration. Eine wirkliche Verbindung des Ich mit dem Bildungsinhalt und dessen produktive Aneignung wird nicht ermöglicht, was die Autonomie nicht nur der Getesteten, sondern auch der Tester beschädigt. Die Tests trainieren ein reines Nützlichkeitsverhalten: es gilt, das Kreuz an der richtigen Stelle zu machen, dann ist alles gut.

## Weitere methodische Mängel

Es gibt zahlreiche einzelne Mängel des Projekts. So werden z.B. die entsprechenden PISA-Aufgaben ihrem

Anspruch, mathematische Leistungsfähigkeit zu messen, nicht wirklich gerecht. Denn sie sehen davon ab, dass verschiedene Lösungswege möglich sind und die von den Testern gewünschte Lösung nicht in jedem Fall die richtige Lösung ist. Dadurch kann nicht eindeutig gesagt werden, welche Fähigkeiten die Aufgabe eigentlich misst.

Zudem werden - nicht nur bei der Mathematik - nebenbei Komponenten von „Testfähigkeit“ mitgemessen, also nicht nur die Lösungskompetenz. Die Kernkompetenz von Testfähigkeit bezieht sich primär darauf, sich auf das zu konzentrieren, was die Tester angekreuzt sehen oder was sie lesen wollen - und nicht einzig auf die realen inhaltlichen Probleme der Aufgabenstellung. Es vollzieht sich eine Abkehr von der Sache (z.B. Mathematik) zugunsten der korrekten Fachsprachlichkeit. Die angebliche Schülernähe der Aufgaben ist durchaus bezweifelbar.

Außerdem weist die Studie erhebliche statistische Mängel auf: Eine echte Vergleichbarkeit zwischen den Ländern ist nämlich aufgrund unterschiedlicher Einschulungsmodalitäten nicht gegeben, eine repräsentative Stichprobenerhebung daher nicht im beanspruchten Sinne möglich. Zudem sind die Stichproben verzerrt: PISA testete 15jährige. In diesem Alter sind in vielen Ländern besonders schwache Schüler schon nicht mehr in der Schule, sondern auf der Sonderschule (z.B. Legastheniker), in anderen dagegen versucht man sie zu integrieren, was natürlich die Ergebnisse verzerren muss. Kurz: Stichprobenerhebung und Testdurchführung sind unkontrollierbar und politisch manipulierbar.

Eine Studie der FU Berlin kommt zum Ergebnis, die statistische Auswertung der PISA-Studien sei so mangelhaft, dass die Relevanz der statistischen Ergebnisse an sich in Frage zu stellen sei.

## New Public Management

Um PISA in seiner symptomatischen Bedeutung erkennen zu können, müssen wir uns mit dem konzeptionellen Hintergrund des New Public Management (NPM) auseinandersetzen, das sich spätestens seit Beginn der 90er Jahre überall ausgebreitet hat. Rein äußerlich betrachtet handelt es sich um aus der Betriebswirtschaftslehre stammende Deutungs- und Handlungsmuster für eine effiziente Verwaltungsführung im staatlichen Bereich. Die neuen Rezepte für das Management des Staates bzw. des öffentlichen Sektor werden also aus dem ökonomischen Bereich importiert.

Dem liegen von innen betrachtet bestimmte Glaubensüberzeugungen zu Grunde, die in das allgemeine Bewusstsein eingespeist werden. Zu ihnen gehört vorrangig die Auffassung die öffentliche Finanzierung von Aufgaben (Bildung Gesundheit usw.) verlaufe in staatlicher Verwaltung generell ineffizient und uneffektiv. Auch besteht der Glaube an die universelle Verwendbarkeit des Kundenbegriffs: Bürger mit ihren Rechten und Pflichten gegenüber dem staatlichen Gemeinwesen werden zu Kunden umfunktioniert. Dies alles führt zur Ökonomisierung öffentlicher Güter beziehungsweise sozialer Qualität. Im Alltagsbewusstsein wird als neue Heilslehre

in einer Art moralischem Kreuzzug der neue Glaube etabliert, alles werde besser, wenn erst einmal im Staat die Prinzipien von Nutzenmaximierung und Kostensenkung durch Wettbewerb und Kundenorientierung Einzug gehalten haben. Die Inhalte hingegen sollen politisch definiert und normativ verbindlich gemacht werden.

In Bezug auf den ganzen Bereich der sozialen Dienstleistungen führt dies einerseits zu einer rein utilitaristischen, output-orientierten, Marktgesetzen und Nutzenoptimierung verpflichteten Organisationsform, während die Inhalte - pflichtethisch formuliert - zum Input werden, der in politische Gesetze, Richtlinien und Verordnungen umgemünzt und als Verhaltensnorm den in diesem Dienstleistungsbereich Tätigen vorgeschrieben wird.

Während nun den operativ Tätigen bei der Organisation durchaus Eigengestaltungsräume zugebilligt werden - aus Flexibilitäts- und Effizienzgründen - wird ihnen eine Bestimmung der Inhalte ihres Tuns verweigert: halbierte Autonomie, Teilautonomie lautet die Ansage. Im Rahmen des Steuerungsbegriffs des NPM gibt es eine Teilung zwischen operativer und strategischer Führung bis auf die Ebene der einzelnen Einrichtung. Führungsinstanzen legen Ziele und Strategien fest und setzen Standards. Operativ Tätige führen die Arbeit aus und setzen die Standards selbsttätig um, sind also nur im Wie, nicht im Was ihres Tuns frei. „Operationelle Freiheit“ ist der beschönigende Ausdruck dafür im NPM.

Dieser Tendenz, die im sozialen Leben durch das NPM vorangetrieben wird, entspricht auf der Bildungsebene der Bildungsbegriff von PISA, der ebenfalls eine Art Halbierung darstellt: Bildung wird auf funktionale Kompetenz reduziert: wie wende ich Wissen an? Die andere Hälfte, das Ringen um ein lebendiges Wissen der Welt, um Wahrheitserkenntnis in der selbst erarbeiteten Teilhabe an der Wirklichkeit, wird ausgeblendet: der Teilautonomie entspricht die Halb-Bildung in exakt diesem Sinne. So wie der PISA-Bildungsbegriff den Schüler von der Teilhabe am Wahren abschneidet, so schneidet der Steuerungsbegriff des NPM die im Bildungsprozess Stehenden (Lehrer) von der Freiheit der strategischen Zielsetzung (Richtungsgebung) ab.

## Bildungsautonomie statt Teilautonomie

Ein freies Bildungswesen dagegen muss das Streben nach Teilhabe an der Wirklichkeit durch produktive Wahrheitserkenntnis ebenso zu seinem Fundament machen, wie es die Lehrer an der strategischen Zielsetzung der Schule teilhaben lassen muss. Das letztere nennen wir Selbstverwaltung. Selbstverwaltung im Sinne institutioneller Eigenverantwortung statt Teilautonomie muss die Forderung an die Organisationsform eines modernen Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftslebens sein.

Für Deutschland hat Henning Kullack-Ublick für die Aktion mündige Schule Schleswig-Holstein mit den „Drei Säulen für gute Schulen“ (Siehe S. 13) die richtigen Konsequenzen gezogen: Nicht Bildungsstandards und weitere Reglementierung, sondern pädagogische Freiheit und Selbstverwaltung sind die richtige Antwort auf PISA!

# Drei Säulen für gute Schulen

## Ausgangslage

Anfang Dezember 2003 einigten sich die Kultusminister aller deutschen Bundesländer auf die Einführung der ersten bundesweit gültigen Bildungsstandards - eine Strukturreform, die die Schulpolitik und die Schulverwaltungen der sechzehn Länder für die nächsten Jahre beschäftigen wird.

Dabei ist es durchaus symptomatisch für das im internationalen Vergleich ohnehin schon völlig überregulierte deutsche Schulwesen, dass auf den ‚PISA-Schock‘ ausgerechnet mit der Einführung zentraler Standards reagiert wird ... Wie anders sehen dagegen die Schulen in Skandinavien, in den Niederlanden oder in Kanada aus, jenen Ländern also, die bei der PISA-Studie ganz vorne lagen!

Der politische Diskurs in Deutschland bedarf einer kritischen und ideenreichen Begleitung, wenn er nicht in einem weiteren bürokratischen Desaster enden soll. Wie kann das geschehen? - Die öffentliche Diskussion wird von drei unterschiedlichen Voraussetzungen geprägt: - von der Erkenntnis des Scheiterns der zentralistischen Organisation des Schulwesens, was zu der Forderung nach mehr Autonomie der Schulen und mehr Wettbewerb führt; - von einem aus der Warenproduktion auf die Schule übertragenen Ökonomiebegriff, der zu der Forderung nach der „Output-orientierten“ Schule führt; - von dem Misstrauen in die Selbstorganisation des Bildungswesens, was in der Einrichtung der „Nationalen Bildungsstandards“ und deren Zusammenführung von staatlichem Zentralismus und industrieller Standardisierung zum Ausdruck kommt.

Was uns fehlt, ist nicht noch mehr Zentralismus, sondern Schulen, in denen die Kinder und die Lehrer gerne lernen und arbeiten! Wir brauchen einen Bildungsbegriff, der die ‚Schule der Zukunft‘ als einen pädagogischen Ort beschützt, in dem - jenseits vordergründiger und einseitiger Zweckbestimmungen - die Entwicklung individueller und sozialer Fähigkeiten der Kinder auf ihrem Weg zu erwachsenen, mündigen und verantwortungsbewussten Menschen im Vordergrund steht! - Dies bedenkend liegt es nahe, auch jene Schulen partnerschaftlich in die Debatte einzubeziehen, die seit Jahrzehnten praktische Erfahrungen mit dem Aufbau und der Organisation eines freien Schulwesens gesammelt haben. Mit ihnen gemeinsam ließen sich auch die allenthalben erhobenen Forderungen nach ‚Wettbewerb‘, ‚Standards‘ und ‚Evaluation‘ in einen neuen Zusammenhang stellen - den der pädagogischen Freiheit.

## Drei Säulen

Anknüpfend an das bereits Dargestellte können drei Säulen beschrieben werden, deren Verwirklichung als Voraussetzung für eine substantielle Erneuerung des deutschen Schulwesens zu sehen ist:

**Qualitätsentwicklung der Schulen:** Statt zentral vorgegebener Standards und deren Überprüfung durch zentrale Einrichtungen wird ein System schulübergreifender Qualitätsentwicklung eingerichtet, das sich aus drei Elementen zusammensetzt: - Lizenzierung der Schulen auf der Grundlage eines selbst erarbeiteten pädagogischen Konzepts. - Regelmäßige Qualitätsüberprüfung (Evaluation) der lizenzierten Schulen nach einem anerkannten Verfahren eigener Wahl. - Durchführung von Lizenzierung und Evaluation durch unabhängige, aber sorgfältig akkreditierte Einrichtungen (ähnlich wie im Hochschulbereich). Qualität lässt sich nicht ›von oben‹ verordnen, sondern sie muss in jeder einzelnen Schule, von unten her und im freien Konsens durch Lehrer/innen und Eltern entwickelt werden. Ausgangspunkt für die Entwicklung der eigenen Qualitätsmaßstäbe können die bisher für die jeweilige Schule geltenden Lehrpläne, Studententafeln und ähnliches sein. Jede Schule trägt selbst die Verantwortung für deren Weiterentwicklung.

**Die Finanzierung der Schulen:** Die Mittelzuweisung wird durch ein nachfrageorientiertes Finanzierungssystem der Schulen (Schülerkopfbetrag, Bildungsgutschein) ersetzt. An diesem System partizipieren alle genehmigten Schulen - unabhängig von ihrem Träger. Die einzelne Schule muss im Interesse ihrer pädagogischen Freiheit über ihre Mittel für Personal- und Sachausgaben frei verfügen können. Die staatliche und kommunale Finanzierung des Schulwesens bleibt unverzichtbar. Durch dieses Konzept wird die Wahlfreiheit der Eltern gestärkt und gleichzeitig der Wettbewerb der Schulen um Schüler gefördert. Pädagogischer Wettbewerb steht derzeit hoch im Kurs, die Wahlfreiheit der Eltern noch nicht.

**Der rechtliche Status der Schulen:** Alle Schulen, deren Kollegien dies wollen, müssen rechtsfähig werden, also die Lehrplangestaltung autonom in ihren Gremien beschließen, Verträge abschließen, selbstständig über ihr Budget verfügen und alle personellen Entscheidungen selbst treffen können. Dieses Konzept kommt der aktuellen Forderung nach mehr Selbstständigkeit und der Kommunalisierung der Schulen entgegen. In Betracht kommen auch die Körperschaft öffentlichen Rechts oder die Stiftung (wie bei Hochschulen), kirchliche Träger oder der gemeinnützige Verein von Eltern und Lehrern. Andere Rechtsformen sind damit nicht ausgeschlossen, sie werden aber für ein gemeinwohlorientiertes Schulwesen kaum typisch werden.

Die hier kurz skizzierten ‚drei Säulen für gute Schulen‘ gehen davon aus, dass das öffentliche Leben nicht das exklusive Hoheitsgebiet des Staates ist, sondern in mindestens gleichem Maße auch in der Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger liegt, die bereit sind, öffentliche Aufgaben initiativ zu gestalten. Die Rechtsaufsicht des Staates verpflichtet ihn, die Schulen aller Trägerschaften gleichberechtigt an der öffentlichen Aufgabe ‚Bildung‘ teilhaben zu lassen und nicht - wie heute noch üblich - den nicht-staatlichen Schulen finanzielle Bürden aufzuladen, die ihren Betrieb nur durch unverhältnismäßig große Opfer der Beteiligten ermöglicht. Ein solches Umdenken im Hinblick auf ein freies Schulwesen kann zu einem beschleunigten Qualitätsschub im Bildungswesen führen und mittelfristig auch zu einem wesentlich verantwortlicheren und produktiveren Einsatz von Geldmitteln. Gebraucht werden Mut und die Entschlusskraft, mit praktischen Visionen und nicht nur reagierend an die Erneuerung unseres Schulwesens heranzugehen. Die Philosophin Hannah Arendt sagte: „In der Erziehung entscheidet sich, ob wir die Welt genug lieben, um die Verantwortung für sie zu übernehmen.“ Wir meinen, es ist an der Zeit, genau dies zu tun!

Quelle: [www.freie-schule.de](http://www.freie-schule.de)

## Benutzte Literatur

- Pongratz, Ludwig A.: Freiwillige Selbstkontrolle. Schule zwischen Disziplinar- und Kontrollgesellschaft. In: Ricken, Rieger-Ladich (Hrsg.): Michel Foucault: Pädagogische Lektüren. Wiesbaden 2004
- Hartmut von Hentig: Die Schule zwischen Pflicht und Kür, Die Zeit, 32/1996
- Thomas Jahnke: Zur Ideologie von PISA & Co.; in: Thomas Jahnke, Wolfram Meyerhöfer (Hg.): Pisa & Co. - Kritik eines Programms, Berlin 2006
- Wolfram Meyerhöfer: PISA & Co. als kulturindustrielle Phänomene; in: Thomas Jahnke, Wolfram Meyerhöfer (Hg.): Pisa & Co. - Kritik eines Programms, Berlin 2006
- Wolfram Meyerhöfer: Testen, Lernen und Gesellschaft. Zwischen Autonomie und Heteronomie; in: Thomas Jahnke, Wolfram Meyerhöfer (Hg.): Pisa & Co. - Kritik eines Programms, Berlin 2006
- Max Horkheimer, Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt a.M. 1969
- Otto Speck: Die Ökonomisierung sozialer Qualität, München 1999
- Udo Herrmannstorfer: Wege zur Qualität; in: Franz Peterander, Otto Speck (Hg.): Qualitätsmanagement in sozialen Einrichtungen, München 1999
- Christoph Maeder: Der moralische Kreuzweg des „New Public Management“ in der Schweiz; in: sozialersinn - Zeitschrift für hermeneutische Sozialforschung 1/2001

# Bildung, Forschung und Ökonomie

Autoreferat C. Strawe

Die konventionelle Sicht auf den Zusammenhang von Bildung, Forschung und Ökonomie wurde bereits charakterisiert: Bildung ist die Grundlage von Forschung und Ideen, diese die Basis für einen florierenden Standort mit vielen neuen Arbeitsplätzen. Ein Teilaspekt des Themas ist die Bildungsökonomie, das heißt vor allem die Finanzierung von Bildung. Für die genannten Themen fühlen sich heute vor allem staatliche und wirtschaftliche Akteure zuständig. Das Bildungs- und Universitätswesen selbst erscheint oft mehr als Objekt denn als sich selbstbestimmendes und über seine Geschichte entscheidendes soziales Subjekt.

Trotz aller rasanten Entwicklungen der letzten Jahrzehnte - bei genauerem Hinsehen sind viele Probleme, die von der 68er Studentenbewegung aufgegriffen wurden, ungelöst geblieben. Erschreckend wenig im Universitätswesen hat sich zum Guten verändert. „Fachdiotentum“ und Instrumentalisierung der Wissenschaften für Macht- und Profitzwecke sind keineswegs überwunden, emanzipatorische Wissenschaftsgesinnung keineswegs überall verbreitet.

Wenig besser steht es um die Fortschritte auf dem Weg zu einem freien Schulwesen, das für alle Menschen in gleicher Weise zugänglich ist. Um so wichtiger wird für diejenigen, die sich für die Freiheit im Bildungswesen engagieren, die Frage, mit wem man sich dabei verbünden kann und wogegen man kämpfen muss. Welche Wirkungen haben die WTO-Abkommen für den Bildungsbereich? Ist staatliche Anerkennung und Finanzierung für ein freies Geistesleben geradezu korrumpierend oder muss sie nicht vielmehr gerade angestrebt bzw. erweitert werden? Über diese und ähnliche Fragen gibt es eine durchaus kontroverse Diskussion.

## Beziehungen von Geistesleben, Wirtschaftsleben und Staat

Die Moderne ist geprägt vom Mündigkeitsimpuls des Einzelnen, als dessen Folge die Notwendigkeit einer dreigliedrigen Neuordnung der Gesellschaft sich ergibt. Bildung und Forschung können nur als freie sinngebend wirken: Sonst entsteht - so hat es Brecht im „Leben des Galilei“ ausgedrückt - ein „Geschlecht erfinderischer Zwerge, die für alles gemietet werden können“. Der moderne demokratische Staat ist nicht der Vormund, wohl aber der Beschützer der Freiheit des Geisteslebens. Er hat die Menschenrechte zu garantieren und für Sicherheit und Rechtsfrieden zu sorgen. Er begrenzt die ökonomische Sphäre, die sich als arbeitsteilige Fremdversorgungswirtschaft entwickelt - auf eine Technik gestützt, in der die Wissenschaft, wie Marx einmal sagt, zur unmittelbaren Produktivkraft geworden ist. Die Finanzierung von Bildung und Forschung darf Freiheit - und gleiche Bildungschancen - nicht behindern, sondern muss sie gewährleisten - was zu Finanzierungsformen führen kann, wie sie weiter unten im Beitrag von Udo Herrmannstorfer beschrieben werden.

Die von der Dynamik der modernen Entwicklung geforderte Befreiung des Geisteslebens ist noch immer unvollendet. Schritte in diese Richtung wurden in der Neuzeit zunächst durch die Befreiung von Bildung und Forschung vom Einfluss der Kirche getan: die Wissenschaft sollte nicht länger Magd der Theologie sein. Sie geriet dabei aber in neue Abhängigkeit von der Oberhoheit des Staates. Für die Fürsten war die Förderung von Forschung vor allem Mittel zum Zweck, militärische Überlegenheit, politische Macht und wirtschaftlichen Reichtum zu mehren. Die Wissenschaft wurde so zur Magd des Staates. So konnte der Naturforscher Emil Du Bois-Reymond (1818 - 1896) einmal den Lehrkörper der Berliner Universität als Schutztruppe der Hohenzollern bezeichnen. Zwar wirkte in Preußen zunächst Wilhelm von Humboldt als Kultusminister mit einem radikal freiheitlichen Ansatz der allseitigen Bildung der Persönlichkeit und des selbstbestimmten Studiums in einer Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden.\* Doch seinem Wirken waren bald Grenzen gesetzt. Studiert man die Lehrzielkataloge des späteren preußischen Kultusministers Altenstein, so trifft darauf in vielfacher Hinsicht das Stichwort „Schule als Untertanenfabrik“ zu. Die Unfreiheit des Bildungswesens trug dann wesentlich zur deutschen Katastrophe des 20. Jahrhunderts bei.

## Bildungs- und Forschungsfinanzierung

Schon der Sputnik-Schock der 50er Jahre hatte Forderungen nach mehr Geld für Bildung und Forschung in den westlichen Ländern hervorgerufen. In Deutschland war Mitte der 60er Jahre der „Bildungsnotstand“ in aller Munde. Georg Picht (1913-1982) prophezeite einen Mangel an qualifiziertem Nachwuchs und forderte mehr Abiturienten und bessere Unis. Man befürchtete das Zurückfallen des eigenen Landes hinter anderen Nationalstaaten. 1965 wurde als beratendes Experten-

\* Humboldt unterscheidet die Akademien als Stätten reiner Forschung von den Universitäten als Orte der Forschung und Lehre. Daneben stehen für ihn die „leblosen Institute“: Archive, Museen, Bibliotheken und so weiter.

gremium und Pendant zum 1957 gegründeten Wissenschaftsrat der Deutsche Bildungsrat gegründet. Allgemein wurde eine Bildungsreform gefordert. Die Debatte führte zu einer Konjunktur der Bildungsökonomie, aber auch zur Kritik der Reduktion des Bildungsproblems auf seine ökonomische Seite. Die Sprache veränderte sich: die Rede von der Mobilisierung der Bildungsreserven und der Ausschöpfung von Qualifikationspotenzialen - auch im Hinblick auf die Systemkonkurrenz mit dem Sozialismus - bürgerte sich ein.

Allerdings wurde von linker und liberaler Seite Bildungsreform auch aus anderen, emanzipatorischen Gründen gefordert. Ralf Dahrendorf, Hildegard Hamm-Brücher und andere definierten Bildung als allgemeines Bürgerrecht; zu seiner Verwirklichung forderten sie die Herstellung realer Chancengleichheit. Die aufkommende Studentenbewegung machte sich für eine demokratische Hochschulreform stark. Die soziallibere Regierung unter Willy Brandt - angetreten, das moderne Deutschland zu schaffen, wie es in der SPD-Wahlwerbung 1969 hieß - griff diese Themen auf. In der Zeit der sozialliberalen Regierung entstanden Gesamtschulansätze und neue Unis, die Studientzahlen schnellten nach oben - heute sind es knapp 2 Millionen Studierende. Ein Hochschulrahmengesetz wurde geschaffen. Vielfach waren diese Bemühungen getragen von einem ungebrochenen Glauben an die volksbeglückende Funktion des Staates.

Das damalige Ziel gleicher Bildungschancen ist bis heute nicht eingelöst. Die Ergebnisse der PISA-Studien zeigen das ebenso wie der jüngste Report des UNO-Sonderberichterstatter Vernor Muñoz, der das deutsche Schulsystem kritisiert, weil es besonderes mit seiner Dreistufigkeit von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien sozial selektiv wirke und Chancengleichheit verhindere. Die damalige Debatte ist also im Grund bis heute nicht abgeschlossen.

In den Jahren seit 1990 haben sich die Akzente in der Bildungsdebatte verschoben. Die Systemkonkurrenz ist kein Thema mehr, dafür um so mehr die globale Konkurrenz. Bildung ist zum „Standortfaktor“ geworden und wird vielfach nur noch als solcher wahrgenommen und diskutiert. Am 5. November 1997 intonierte der damalige Bundespräsident Roman Herzog das Thema in einer vielbeachteten Rede zur Situation des Bildungswesens in Deutschland auf dem Berliner Bildungsforum im Schauspielhaus am Gendarmenmarkt. Bildung sei das „Megathema“ für die Zukunft und gerade für ein rohstoffarmes Land wichtigster Standortfaktor. Im Kern ging es dabei um ein besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis. Zwar hören sich Herzogs Forderungen nach der Entlassung der Hochschulen aus „der bürokratischen Fremdsteuerung“ und der Entlassung des Bildungssystems in die Freiheit gut an. Der zugrunde gelegte Freiheitsbegriff ist aber weniger an menschlicher Emanzipation als an der Freiheit der Märkte orientiert. So wird die von Herzog geforderte Abschaffung des 13. Schuljahres nicht als pädagogische Frage, sondern ausschließlich als eine solche nach der Ökonomie der Zeit diskutiert, Hoch- und Fachschulen sollen „fit“ gemacht werden für den globalen Wettbewerb.

Trotz dieser Hinorientierung auf das Thema durch die Politik zeigte sich, dass Deutschland 2001 auf Platz

15 bei den Bildungsausgaben zurückgefallen war - und auch heute sind die Ausgaben für Kindergärten, Schulen, Hochschulen und berufliche Ausbildung nach Auffassung vieler mit 6,5 Prozent des BPI im Jahr 2005 (115,6 Mrd. Euro) immer noch zu niedrig.

Auch die Entwicklung des Forschungsstandorts Deutschland - 2006 Thema eines großen Forschungsberichts der Bundesregierung - gibt Anlass zur Klage: Noch im Jahr 2001 lag China mit Deutschland bei den jährlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung gleichauf, heute liegt China weltweit auf dem 2. Platz. Für 2006 prognostizierte die OECD die Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Landes auf mehr als 136 Mrd. USD. Am meisten investieren mit mehr als 330 Mrd. USD immer noch die USA, während Deutschland mit gut 63 Mrd. auf dem vierten Platz liegt. Angela Merkel gab denn auch das Ziel vor, den Anteil der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 2,5% auf 3% zu steigern.

## Tendenzen in der Forschungsfinanzierung

Bei der Forschungsfinanzierung spielen die sogenannten Drittmittel - heute etwa 20% - eine bedeutende Rolle. Das sind die Anteile an der Finanzierung, die nicht aus dem vom Landes-Ministerium bereitgestellten Etat stammen. Sie kommen nicht nur aus der Privatwirtschaft, sondern auch aus der öffentlichen Förderung bestimmter Forschungsprojekte über die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) oder das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Drittmittel sind naturgemäß ein Einfallstor für Einflussnahmen von Geldgebern und mindestens tendenziell eine Gefahr für die Forschungsfreiheit.

1992 hat Udo Herrmannstorfer in einem in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beitrag über die Tendenz gesprochen, bisher an den Universitäten verortete und damit noch relativ freie Grundlagenforschung der Ökonomie einzuverleiben, d.h. sie in die Unternehmen hineinzuziehen oder - soweit sie weiterhin an öffentlichen Einrichtungen betrieben wird - den Unternehmen und ihren Interessen unterzuordnen.\* Die bisher freie Forschung komme damit mehr und mehr unter Ergebnisdruck. Aus freier Finanzierung wird Investition, die dann auch den return on investment fordert. Die mangelnde Trennung zwischen Geistes- und Wirtschaftsleben und die immer schnellere Umsetzung technischer Ergebnisse, vom Konkurrenzmechanismus erzwungen, führe zur Einebnung der qualitativen Unterschiede von Grundlagenforschung, angewandter Forschung und technischer Anwendung und mache eine ruhige Folgenabschätzung technischer Entwicklungen immer mehr unmöglich.

Die von Udo Herrmannstorfer 1992 aufgewiesenen Trends haben sich seither deutlich verstärkt - auch durch die in die Bio- und Nano-Technologie gesetzten ökonomischen Erwartungen. Zusätzlich wurden sie durch Entwicklungen etwa im Rahmen der Welthan-

\* Die Stellung von Forschung und Entwicklung zwischen Geistes- und Wirtschaftsleben und ihre ökologischen Konsequenzen. Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, 4/1992. Heute gibt es auch Mischformen im Rahmen sogenannter Private Public Partnership Projekte.

delsorganisation forciert. Betrachtet man die Trends der Forschungsfinanzierung, so zeigt sich eine Verschiebung hin zur Wirtschaft als Financier.\*

So ergibt sich ein wachsender ökonomischer Druck auf das Bildungs- und Wissenschaftswesen. Die Wissenschaft wird, nachdem sie die Magd der Theologie und die des Staates war, zur Magd der Ökonomie. In Deutschland wie auch in einigen anderen Ländern verbindet sich diese neue Fremdbestimmung zusätzlich mit einem zähen Festhalten an Kernelementen der alten Bevormundung durch staatliche Bürokratie.

## USA als Vorbild?

Als Vorbild in Wissenschaft und Forschung gelten vielfach die USA. Dabei wird aber vergessen, dass die Systeme dort und in Europa so ohne weiteres nicht vergleichbar sind. In den USA ist in der Tat dasjenige weniger ausgeprägt, was Konrad Schily den „staatlich bewirtschafteten Geist“ genannt hat. Dafür ist aber auch die Ungleichheit der Chancen auf eine gute Hochschulbildung größer als in Europa.

Die USA haben eine Tradition des privaten Hochschulwesens: dazu gehören Namen wie Harvard, Yale und Princeton. Unter ihnen gibt es typische „Research Universities“. Ein besonderes Merkmal ist das Akkreditierungsverfahren, eine freiwillige Selbstbewertung der jeweiligen Hochschule verbunden mit einer Bewertung durch qualitativ ebenbürtige Hochschuleinrichtungen. Auch ist die Stiftungskultur und die Spenderrolle der Ehemaligen, der Alumni, stark ausgeprägt. Harvard beispielsweise verfügt über ein Stiftungsvermögen von 29,2 Milliarden US-Dollar und ist damit die reichste Universität der Welt. Dieser Reichtum ist größtenteils Spekulation zu verdanken - die allerdings auch einmal schiefgehen kann wie in jüngster Zeit geschehen.

Was die Finanzierung angeht, so spielen außerdem Studiengebühren eine große Rolle, deren Tendenz steigend ist. Selbst die staatliche Universität Berkeley z.B. nimmt jetzt 8.000 Dollar pro Jahr, die besten Privatuniversitäten bis zu 50.000 Dollar. Das wirkt selektiv besonders im Hinblick auf den farbigen Teil der Bevölkerung. Auch vielfältige Stipendien, Studienkredite und Jobmöglichkeiten ändern das nicht grundlegend.

In den USA selbst werden die Licht- und Schattenseiten dieses Systems manchmal realistischer gesehen als in Europa. Bemerkenswert ist hier z.B. das Buch von Roger Geiger über Wissen und Geld.\*\* Konstatiert wird dort, dass Marktkräfte die fundamentalen Aufgaben der Forschungsuniversitäten massiv beeinflussen. Dies habe einerseits Vorteile gebracht, jedoch auch Ungleichheit forciert und die Möglichkeit der Universitäten, über ihre eigenen Angelegenheiten zu bestimmen sowie die Wahrnehmung ihrer Aufgabe gegenüber der

\* Vgl. Bundesbericht Forschung 2006, Teil II, Abb. 10, S. 169 (FuE-Ausgaben Deutschlands nach finanzierenden und durchführenden Sektoren)

\*\* Roger Geiger: Knowledge and Money - Research Universities and the Paradox of the Marketplace, Stanford University Press 2004.

Öffentlichkeit gemindert. Die Forschung habe sich gegenüber der Lehre verselbständigt, die Verbindungen zwischen Universitäten und Industrie seien stärker geworden und hätten eine Kommerzialisierung des Wissens gefördert.

Es gibt eine wachsende Kritik an diesen Trends, die auch viele Forscher treffen, deren Arbeitssituation von den Launen des Marktes abhängig wird. Wissen privatkapitalistischer Verwertung zu überantworten führt durchaus nicht notwendig zu der davon auch erhofften Kreativität und Innovation. Unsichere Arbeitsbedingungen der Forscher führen zum Gegenteil von Produktivität. Der Fortschritt werde eher behindert, wenn Wissen nicht frei zur Verfügung stehe, und die notwendige Vernetzung der Wissenschaftler werde durch die Begrenzungen des Eigentums erschwert, so wird argumentiert. Es ist sicher kein Zufall, dass in den letzten Jahren der Begriff der „Wissensallmende“ eine Rolle zu spielen begann und Bücher erschienen mit Titeln wie „Der Reichtum der Netzwerke“, „Wiki-Ökonomie“ und „Der Erfolg von Open Source“\*\*\*

Der Sozialforscher Antti Hautamäki spricht - in einer Skizze aus diesem Jahr - von Mehrkanal-Innovations-Netzwerken („Multi-channel innovation networks“).\*\*\*\* Er hebt dabei die Notwendigkeit hervor, den Begriff des Wissens und der Forschung selbst kritisch zu reflektieren, wobei er explizites Wissen und sogenannte „tacit knowledge“ - stillschweigend mitgeführtes, praktisches Wissen, dessen wichtige Rolle oft der Aufmerksamkeit entgeht - unterscheidet. Seine Untersuchung zeigt, wie wichtig es ist, sich der Lebensbedingungen und Lebensformen bewusst zu werden, ohne die sich Innovation und Kreativität nicht richtig weiter entwickeln können.

## Gegen ökonomische und politische Fremdbestimmung

Wir sehen, dass sich im PISA- und im Bologna-Prozess ökonomische Interessen mit bürokratischen Bevormundungsproblemen verquicken. Angesichts der noch vorhandenen Schwäche der Bewegungen für ein selbstverwaltetes, wirklich autonomes Universitätswesen und Geistesleben ist die Versuchung naheliegend, sich - je nach Einschätzung, welcher Einfluss der schlimmere sei - in Zweckbündnisse mit ökonomischen oder staatlichen Akteuren und Kräften zu begeben. Das führt auch zu Gegensätzlichkeiten der Positionen unter den Bologna-Kritikern, die das gemeinsame zivilgesellschaftliche Engagement in Bildungsfragen eher erschweren. Konrad Paul Liessmann z.B. sieht in seiner hervorragenden Analyse den Gegner primär in der Ökonomie. Das führt ihn im Einzelfall zu problematischen Aussagen: Profildisziplin sei ein aus der Unternehmensideologie stammendes Phantasma, „Entstaatlichung“ sei gleichzusetzen mit dem

\*\*\* Yochai Benkler: The Wealth of Networks. How social production transforms market and freedom, Yale University Press 2006. Don Tapscott: Wikinomics, B&T 2007. Steven Weber: The Success of Open Source. Harvard University Press 2004. Ein Wiki ist ein Internetangebot, an dem jeder mitschreiben kann, Open Source ist eine Software, deren Quellcode offen liegt und an deren Verbesserung daher jeder mitwirken kann, der dazu die Fähigkeiten besitzt.

\*\*\*\* Multi-Channel innovation networks. Knowledge creation and innovation in networked global economy. Unveröffentlichtes Manuskript, © Antti Hautamäki 2007.



Zugriff des Marktes.\* Rainer Jesenberger auf der anderen Seite, in seiner ebenfalls glänzenden Analyse des Bologna-Prozesses, gelangt am Ende zu der Forderung nach der Gründung von Unternehmenshochschulen, weil er in der Ökonomie heute eher ein Verständnis für die notwendige Flexibilität und Initiativfreundlichkeit („Hochschule als Unternehmen“) zu erblicken meint, die für freie Forschung und Lehre wesentlich ist.\*\* Am ehesten trägt noch die Beilsteiner Erklärung „Hochschulen sind keine Marktunternehmen“ der doppelten Bedrohung der Universitäten Rechnung. Zwar legt sie den Schwerpunkt auf die Kritik der ökonomischen Fremdbestimmung, fordert jedoch zugleich, „die Hochschulen von politisch-staatlicher Bevormundung zu befreien und ihnen die volle Autonomie und Selbstverwaltung bei der Wahrnehmung ihrer öffentlichen Aufgabe zu geben“\*\*\*

## Die Lissabon-Strategie der EU und ihre Auswirkungen auf das Bildungswesen (Bologna-Prozess, Bachelor/Master etc.)

Harald Spehl  
Zusammenfassung C. Strawe

Ein Aspekt der erwähnten Debatte um den Bildungsnotstand in Deutschland war die Klage über eine zu geringe Zahl von Studierenden. So kam es dann in den 70er Jahren einerseits zu einer Universitätsgründungswelle; andererseits zu einer gewaltigen Expansion aller Universitäten, die bald aus allen Nähten platzten. So begann etwa die neu begründete Universität Trier mit 800 Studierenden. Heute sind es 14.000, von der Ausstattung her ist die Uni aber nur auf 8.000 Studienplätze ausgelegt. Ballungen gibt es bei den Juristen, Wirtschaftswissenschaftlern und Geographen. Nun stehen die Hoch- und Fachhochschulen vor großen Veränderungen, die unter der Überschrift „Bologna-Prozess“ zusammengefasst werden. Dieser Prozess ist jedoch nicht aus den Hochschulen selbst erwachsen, sondern aus der EU-Politik - und er steht erkennbar im Zusammenhang mit der Lissabon-Strategie der EU, bei der das „Humankapital der wissensbasierten Gesellschaft“ eine entscheidende Rolle spielt. Diese Politik wiederum hat sich längst dem „Imperialismus der Ökonomie“ unterworfen, indem sie akzeptiert hat, dass nahezu alle gesellschaftlichen Lebensbereiche mit der an Grenzkosten, Grenznutzen usw. orientierten Denkweise der Ökonomie optimiert werden können.

\* Konrad Paul Liessmann: Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft. Wien 2006, S. 115, 122

\*\* Rainer Jesenberger, Universität wohin, a.a.O.

\*\*\* [http://beilsteinerkreis.hs-heilbronn.de/Beilsteiner\\_Erklärung\\_2006.pdf](http://beilsteinerkreis.hs-heilbronn.de/Beilsteiner_Erklärung_2006.pdf)

## Lissabon-Strategie

Am 23./24. März 2000 fand der schon erwähnte Sondergipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs in Lissabon statt, bei dem das strategische Ziel ausgegeben wurde, in 10 Jahren die dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsregion der Welt zu sein („Lissabon-Strategie“). Der Lissabon-Prozess basiert auf der sogenannten Offenen Methode der Koordination, ein Begriff, der bei diesem Gipfel zum ersten Mal fällt. Es handelt sich formal um eine freiwillige Kooperation, bei der die Wege der Zielerreichung den Staaten überlassen bleiben. Durch die ständige Überprüfung der Fortschritte der Länder in Verbindung mit der weitgehenden Ausschaltung ihrer Legislative - der doch die Umsetzung in nationales Recht obliegt - kann dieser Mechanismus erhebliche „harmonisierende“ bzw. uniformierende Wirkungen haben. Bei der Bildung, die gemäß den EU-Verträgen und im Sinne des Subsidiaritätsprinzips Sache der einzelnen Staaten ist, kommt es - wie schon durch die Einbeziehung von Bildungsfragen in Abkommen der Welthandelsorganisation WTO - zu einer Kompetenzüberschreitung und schleichenden Ermächtigung der EU gegenüber den Einzelstaaten.

Der im Rahmen des Überprüfungsmechanismus 2004 unter Federführung des ehemaligen niederländischen Premierministers Wim Kok erstellte Zwischenbericht kam zu dem Ergebnis, es drohe das Verfehlen der Lissabon-Ziele, unter anderem weil sich der Wachstumsabstand zu den USA nicht verkleinert, sondern vergrößert hatte. Der Rat bekräftigte dann 2005 noch einmal die Wachstumsziele und forderte verstärkte Anstrengungen, um sie zu erreichen.

Auf der Grundlage der sogenannten Sorbonne-Erklärung von 1998 verabschiedeten die europäischen Bildungsminister am 19.6.1999 in Bologna eine Erklärung, die die Schaffung eines einheitlichen Europäischen Hochschulraums zum Inhalt hat. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die globale Attraktivität des Europäischen Hochschulraums sollen durch erleichterte Mobilität und verbesserte, arbeitsmarktbezogene Qualifikation (employability) der HochschulabsolventInnen gesteigert werden.

Der Prozess soll bis 2010 abgeschlossen sein. Waren es in Bologna 29 Länder - also nicht nur EU-Länder - so haben sich inzwischen 46 Länder dem Bologna-Prozess angeschlossen. Vorausgegangen war im April 1997 eine Konferenz der europäischen Fachminister unter der Schirmherrschaft von Europarat und UNESCO in Lissabon, bei der die mittlerweile von 39 europäischen Ländern unterzeichnete und ratifizierte Konvention zur Anerkennung von Qualifikationen im Hochschullbereich beschlossen worden war.

Was sind nun die Ziele des Bologna-Prozesses im einzelnen?\*\*\*\*

1. Schaffung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse, auch durch die Einführung

\*\*\*\* Vgl. Wikipedia-Artikel Bologna-Prozess, <http://de.wikipedia.org/wiki/Bologna-Prozess>

## Universitas

„Zur Erinnerung: Die Innovationsschübe der Moderne, deren Zentren die Universitäten wurden, begannen in der Neuzeit mit einem Konzept von Wissenschaft, das diese aus allen politischen, religiösen, aber auch merkantilen Bindungen und Verpflichtungen befreien wollte. [...] der Gedanke, dass sich die Moderne einem Begriff des wissenschaftlichen Wissens verdankt, der erst in der Summe der Disziplinen und Richtungen seine entscheidende Gestalt erhält, vermag noch immer zu illustrieren, was Universität ihrem Begriff nach bedeutete: gerade nicht das beziehungslose Nebeneinander von Fakultäten und Fächern, Methoden und Projekten, sondern das durch ein gemeinsames Wissenskonzept gestiftete Miteinander derselben.“ (Konrad Paul Liessmann, Theorie der Unbildung, a.a.O., S. 114f.)

des Diplomzusatzes (Diploma Supplement). Diese Studiengängerläuterung stellt eine Übersicht über alle erbrachten Leistungen in einem Studiengang dar. Es werden sämtliche Veranstaltungen (Vorlesungen, Praktika, Seminare) mit Note aufgelistet. Man erhält das Dokument mit seinem Abschlusszeugnis.\* Angestrebt wird die gesamteuropäische und möglichst weltweite Anerkennung der Abschlüsse, also eine Kompatibilisierung.

2. Schaffung eines zweistufigen Systems von Studienabschlüssen (konsekutive Studiengänge, undergraduate/graduate, in Deutschland als Bakkalaureus/Bachelor und Magister/Master umgesetzt). Dritte Stufe wäre dann der Doktorgrad, im englischsprachigen Raum PhD genannt. Die bisherigen Abschlüsse wie Vordiplom, Diplom und Staatsexamen sollen im Lauf einer kurzen Übergangszeit vollständig durch Bachelor und Master abgelöst werden.

3. Einführung eines Leistungspunktesystems, des European Credit Transfer Systems (ECTS). Dabei wird angestrebt, dass die erworbenen Punkte, Credit Points genannt, überall im europäischen Hochschulraum und möglichst darüber hinaus weltweit gelten sollen.

4. Förderung der Mobilität. Mobilitätshindernisse sollen beseitigt werden; dies meint nicht nur räumliche Mobilität, sondern auch kulturelle Kompetenzen und Mobilität zwischen Hochschulen und Bildungsgängen.

5. Förderung der europäischen Zusammenarbeit bei der Qualitätsentwicklung. Das läuft vor allem darauf hinaus, die vergleichbare „Qualität“ der mit Credit Points ausgestatteten Studienmodule europaweit zu sichern. Das klingt gut, wird aber zu einem erheblichen Angleichungsdruck führen.

Weiterhin geht es um die Förderung der europäischen Dimension in der Hochschulausbildung (z.B. Angleichung der Curricula), die studentische Beteiligung bei Entscheidungen und Initiativen auf allen Ebenen, die

Förderung der Attraktivität des europäischen Hochschulraumes und die Verzahnung des europäischen Hochschulraumes mit dem europäischen Forschungsraum, insbesondere durch die Eingliederung von Doktoratsstudien in den Bologna-Prozess (vergl. oben Punkt 2)

Es handelt sich bei den Bologna-Beschlüssen nur um eine rechtlich unverbindliche Deklaration, also weder um eine bindende Richtlinie noch um eine Verordnung. Faktisch ist aber durch die Beschlüsse - auch durch die oft zähneknirschende Akzeptanz an den Hochschulen - eine zwingende Dynamik entstanden, der sich zu entziehen immer unmöglicher wird. Gegenwärtig leisten in Deutschland zwar die Ingenieure noch hinhaltenden Widerstand, mit der Begründung, der deutsche Diplom-Ingenieur-Titel sei ein weltweites Markenzeichen. In fast allen anderen Bereichen aber ist auch ohne Direktive oder Verordnung die Sache faktisch bereits durchgesetzt. Im Rhythmus von 2 Jahren stattfindende Treffen der Bildungsminister, die die jeweils nächsten zu erreichenden Ziele festlegen, sorgen jeweils für zusätzlichen Schwung, die nationalen Minister werden bei der Umsetzung von einer europäischen Arbeitsgruppe, der sogenannten Bologna Follow Up Group (BFUG) sowie nationalen Bologna-Gruppen unterstützt.

„Die nationale Bologna-Gruppe besteht in Deutschland aus Vertretern des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), der Kultusministerkonferenz (KMK), des freien Zusammenschlusses von StudentInnenschaften (fzs), der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und des Akkreditierungsrates. Gemeinsam erarbeitet sie Lösungen zur Umsetzung der Bologna-Ziele auf Bundesebene, berichtet an die BFUG und führt Seminare zu den verschiedenen Inhalten des Bologna-Prozesses durch.“\*\*

Es ergibt sich also ein doppelter uniformierender Druck der staatlichen Ebene und der von Großkonzernen gesteuerten Ökonomie auf die Hochschulen, deren Autonomie dabei vollends auf der Strecke zu bleiben droht. Das resultiert auch aus der Art, wie Elemente des amerikanischen Hochschulwesens z.B. in Deutschland höchst einseitig übernommen werden. In Amerika gilt z.B. die Akkreditierung zugleich als Anerkennung, während in Deutschland alles noch zusätzlich ministeriell genehmigt werden muss. Bei den Regelstudienzeiten wird vergessen, dass die Studierenden in den USA im Vergleich zur BRD meist hervorragend betreut werden (an guten Universitäten kommt ein Lehrender auf 7-8 Studierende, in Deutschland ist das Verhältnis 1 : 25. Und die neue leistungsbezogene Besoldung der Professoren wird bei uns durch die Absenkung des Grundgehalts finanziert. Ob man mit dieser Art des Leistungslohns tatsächlich bessere Leute anzieht, ist höchst zweifelhaft. Die Schaffung von Exzellenz-Universitäten - die in Deutschland wieder ein staatliches Siegel brauchen, sich also nicht schlicht im Wettbewerb als solche zeigen - führt zur permanenten Olympiade auch im Hochschulwesen.

\* [http://de.wikipedia.org/wiki/Diploma\\_Supplement](http://de.wikipedia.org/wiki/Diploma_Supplement)

\*\* Wikipedia-Artikel Bologna-Prozess, a.a.O.

## Studium

Wie steht es mit dem Studium bzw. den Studiengängen? - Wir haben gesehen, wie im Zentrum der Umformung der Bildungslandschaft Nützlichkeit und Verwertbarkeit stehen. Das System der Credit Points droht vor allem den inneren Duktus des Studierens radikal zu verändern. Zusammenhänge tauchen als solche im Studium nicht mehr auf, nicht einmal mehr im Sinne eines bei Prüfungen zu evaluierenden Gesamtwissens. Die Studierenden werden vielmehr zu Sammlern von Wissensbröckchen, den Credit Points, die alle Inhalte unter Absehung von ihrer Qualität quantitativ vergleichbar machen. Diese werden zu Vergessensprämien für dasjenige, was man nun in Zukunft nicht mehr braucht. Die „Employability“ (Arbeitsmarktfähigkeit) schiebt sich als Grundgedanke vor alle anderen Studienmotive.

Gerade die Anerkennung und damit Verwertbarkeit der Abschlüsse bleibt aber ein Problem. Es ist ein Witz: Während die deutschen Universitäten dabei sind, in tausenden Studiengängen das Vordiplom in den Bachelor und das Diplom in den Master umzuformen, wird das deutsche Diplom in den USA anerkannt, der neue deutsche Bachelor in England jedoch teilweise nicht - trotz Diploma Supplement, das sogar von einem Native Speaker übersetzt sein muss.

Der Bachelor soll nach den Bologna-Beschlüssen ein erster berufsqualifizierender Abschluss sein. Das war das deutsche Vordiplom jedoch nicht. Gerade die Wirtschaft hat es als Abgangszeugnis nie akzeptiert und kommt nun auch mit dem Bachelor nicht zurecht. „So den Bachelor haben Sie? Na wenn's nicht ansteckend ist...“ So spiegelt sich die Situation im Witz. Bei den bisher bereits umgemodelten Studiengängen erscheinen denn die Berufsbilder für den Bachelor häufig künstlich. Ein ausgebildeter Lehrer ist ein Master of Education, aber was ist ein Bachelor der Pädagogik? Macht man, wie in einigen Bundesländern offenbar beabsichtigt, den Bachelor zum Grundschullehrerdiplom, ist das eine Abwertung der so heiklen und verantwortungsvollen pädagogischen Arbeit gerade für die unteren Klassen. Wird er zum Erzieher oder zur Erzieherin, kommt man der bisherigen ErzieherInnenausbildung ins Gehege. Und wer will schon ein Lehrerstudium bis zum Bachelor treiben, um dann Hortner oder etwas ähnliches zu sein? Konrad Paul Liessmann nennt den Bachelor denn auch den „Studienabschluss für Studienabbrecher“.\*

Häufig werden Vordiplom und Diplom schlicht zu Modulen verarbeitet und neu verpackt, Worte wie Teamfähigkeit, Kritikfähigkeit u.ä. als Lernziele werden in die Module eingebaut. Dann ist aber in der Tat die Frage, warum wir das Diplom überhaupt aufgegeben haben. An vielen Fachbereichen kann man schon keinen Diplomstudiengang mehr beginnen, gleichzeitig weiß niemand im Augenblick, was der Bachelor tatsächlich bringen wird. Im Grunde wird hier mit einer ganzen Generation von Studierenden und auf ihrem Rücken ein gigantisches Sozialexperiment durchgeführt.

Ein Motiv für die Reformen ist auch die Klage über zu lange Studienzeiten. Heute beträgt die durch die

\* K.P. Liessmann: Theorie der Unbildung. A.a.O., S. 106.

Prüfungsordnungen und die Hochschulgesetzgebung vorgegebene Regelstudienzeit meist 9, in experimentellen Wissenschaften 10 Semester. Faktisch wird aber 5 bis 10 Jahre studiert. Beim Bachelor soll sie nun in der Regel 6, beim Master 2 bis 4 Semester betragen. Es ist zu erwarten, dass Rücksichten, die bisher noch - wenn auch in immer bescheidener werdendem Maße - produktive Umwege im Studium ermöglicht haben, künftig nicht mehr genommen werden.

Die Einheitlichkeit des Studiums wird zerbrochen in eine Zwei- oder, wenn man das Doktorat mit einbezieht, Dreispurigkeit. Beim Bachelor kommt es im Wesentlichen nur auf die Anwendbarkeit des Wissens an, in hohem Maße auch noch beim Master. Erst beim Doktorat spielt die Frage nach dem Warum, die Ausgangsfrage aller Wissenschaft, eine entscheidende Rolle.

Besonders die Problematik der gegenseitigen Anerkennung der Credit Points treibt den ganzen Prozess in die Richtung der Standardisierung und Normierung. Die Anerkennung wird angestrebt, ist aber noch strittig und keineswegs durchgesetzt. Ob die Universität Trier an der Universität Bratislava erworbene Credit Points anerkennt, ist davon abhängig, ob diese als gleichwertig betrachtet werden. Es ist zu befürchten, dass über die Gleichwertigkeitsproblematik eine Gleichartigkeitsproblematik entsteht. Wenn überall dasselbe studiert wird, besteht hinsichtlich der Anerkennung keine Frage mehr. Allerdings wird damit aber auch die angestrebte Mobilität konterkariert. Konrad Paul Liessmann schreibt dazu: „Jetzt muss man es über die europäischen Studienpläne nur noch schaffen, dass zuerst die Titel der Lehrveranstaltungen und der Module überall gleich klingen, später allerorten auf Englisch unterrichtet wird und dann auf die normative Kraft solcher Vorgaben hoffen, und schon hat man das europäische Hochschulwesen in einer Weise vereinheitlicht, die es erlaubt, tatsächlich überall das gleiche zu studieren - weshalb man dann auch getrost zu Hause bleiben kann.“\*\*

Rainer Jesenberger macht zu Recht darauf aufmerksam, dass das Qualitätskriterium der europäischen Hochschullandschaft bisher gerade die Pluralität gewesen ist.\*\*\* Dieser eigentliche Anreiz, an einer anderen Universität im Inland zu studieren oder ein Auslandsstudium zu absolvieren, entfällt zunehmend. ProfessorInnen werden zu Ausbildern und Stoffvermittlern, dadurch auch weitgehend ersetzbar durch Multimedia- und E-Learning-Einrichtungen. Die Stunde des universellen Fernstudiums schlägt. Eigentlich braucht man keine Universitäten des bisherigen Typs mehr, jedenfalls nicht im bisherigen Maße. K.P. Liessmann schreibt, „dass die Freiheit der Lehre zu den ersten Opfern des Bologna-Prozesses führen wird“\*\*\*\*

Alle neuen Studiengänge müssen - zumindest ist das in Deutschland so - durch unabhängige Agenturen zertifiziert bzw. akkreditiert werden, außerdem noch

\*\* Liessmann, a.a.O., S. 110.

\*\*\* Rainer Jesenberger: Universität wohin? Ende eines Mythos. Ende eines Mythos. Von der staatlichen Behinderung zur Handlungskompetenz. Mit einem Vorwort von Konrad Schily. Leipzig 2006.

\*\*\*\* Liessmann, a.a.O., S. 107, Kapitel „Die Leere des europäischen Hochschulraums“

von den jeweiligen Landeswissenschaftsministern genehmigt. Der Akkreditierungsprozess ruft einen ungeheuren zeitlichen und finanziellen Aufwand hervor, selbst wenn sich die Agenturen auf formale Fragen und die „Studierbarkeit“ des Studiengangs konzentrieren (ist es in der Regelstudienzeit machbar, ist die Ausstattung vorhanden, gibt es keine Überschneidungen usw.?). Detlef Müller-Böling vom CHE Centrum für Hochschulentwicklung schreibt in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 25. Juni 2007: „Um sich den Aufwand an Zeit und Geld zu vergegenwärtigen, den das für die Hochschulen bedeutet, muss man wissen: Es gibt gegenwärtig mehr als 5.600 Bachelor- und Master-Studiengänge, in die rund zwölf Prozent der Studierenden eingeschrieben sind. Blicke es im Laufe der weiteren Umstellung bei diesem Verhältnis, gäbe es schließlich bundesweit mehr als 45.000 Studiengänge, die alle im fünfjährigen Rhythmus akkreditiert werden müssten. Es werden am Ende sicher etwas weniger sein, vielleicht nur 30.000 - aber dennoch: Der bisherige Ansatz ist schon aus Kapazitätsgründen zum Scheitern verurteilt.“

Der Aufwand führt beim CHE, der Landesrektorenkonferenz in NRW und anderen Akteuren zu der Forderung, diese sogenannten Programmakkreditierung durch eine Systemakkreditierung zu ersetzen, bei der die Universitäten nur über ein eigenes Qualitätsmanagementsystem verfügen müssen und dann die Zertifizierung der Studiengänge selbst vornehmen könnten.

Eine wesentliche Frage ist die nach der Qualifizierung der Agenturen, die ihrerseits wieder akkreditiert werden müssen, was in Deutschland durch einen Akkreditierungsrat geschieht. Letztlich könnte es darauf hinauslaufen, dass es in Europa eine Stelle geben würde, die Agenturen akkreditiert und damit eine große Machtfülle anhäufen würde. Wie dies alles mit dem Gedanken der Freiheit von Forschung und Lehre und der Autonomie und Selbstverwaltung der Universitäten vereinbar ist, wird häufig nicht einmal mehr gefragt. So droht die Zerstörung der Vielfalt und damit die nachhaltige Beschädigung der europäischen Kultur.

## Finanzierungsformen und ihre Rückwirkungen auf die Bildungsinhalte

*Udo Herrmannstorfer  
Zusammenfassung C. Strawe*

In der Schweiz findet derzeit eine Neuausrichtung der Finanzierung heilpädagogischer und sozialtherapeutischer Einrichtungen statt. Diese wurde bisher zentral über die Sozialversicherung geleistet. Da diese jedoch in finanziellen Problemen steckt, wird die Finanzierung nunmehr den einzelnen Kantonen übertragen. Dass solche Veränderungen gewaltige Auswirkungen auf die Arbeit vor Ort haben, liegt auf der Hand. Dennoch zeigen Erfahrungen aus der Unterrichtstätigkeit im Heilpädagogik-Studium, dass nur ein verschwindend geringer Prozentsatz der Studierenden darüber im

Bilde ist. In den Einrichtungen ist es nicht viel anders. D.h. die Prozesse als solche werden an der Basis kaum wahrgenommen, nur ihre lähmenden Folgen müssen alle Tätigen tragen. Wenn man Glück hat, gibt es in den Verbänden ein paar Verantwortungsträger, die sich frühzeitig einmischen - mehr im Sinne traditioneller Lobbyarbeit - und vielleicht Schimmstes verhüten können.

Im Geistesleben, dem ja der Bildungs- und Hochschulbereich zuzuordnen ist, geht es um die Beziehung des Menschen zu sich selbst, seinem geistigen Potenzial bzw. Fähigkeitswesen. Das Geistesleben steht zugleich in Beziehungen zum Staat und der Ökonomie, die sich geschichtlich verändern. Zum Beispiel musste erst Verständnis dafür geweckt werden, dass die Schule des Lebens nicht mehr genügt und daher Extrazeit genommen werden muss für die Schule. Das war für die Bauern, denen die Kinder eben in dieser Zeit nicht auf dem Feld helfen konnten, zuerst gar nicht leicht zu verstehen. Immer mehr ist heute durch die Länge der Bildungszeiten die Lebensarbeitszeit zurückgedrängt worden. Bisher haben wir das als Fortschritt und nicht als Schaden an der Ökonomie betrachtet. Aber auch heute hängt die Bereitschaft zur Zurückdrängung der Arbeitszeit für Bildung und die Kraft dazu an dem Verständnis für die Rolle von Bildung für den Einzelnen und für die Gesellschaft. Fehlt dieses Verständnis, entsteht leicht das Gefühl der Kosten„belastung“ angesichts der erheblichen Mittel, die wir für Bildung aufwenden. Die wichtigste Maßnahme zur Bildungsfinanzierung ist also die Weckung des Bedürfnisses nach Bildung und des Verständnisses für sie.

Dass im Laufe der Entwicklung Veränderungen im Verhältnis von Geistesleben, Staat und Ökonomie auftreten, ist an sich kein Grund zur Sorge. Etwas anderes ist es jedoch, wenn diese Veränderungen in den Wechselbeziehungen der Bereiche einen Bereich in seiner Qualität beschädigen und seine Entwicklung hemmen. Das ist dann der Fall, wenn die Beziehung zur Ökonomie - die sich schon aus dem Finanzierungsbedarf von Bildung ergibt - dazu führt, dass Pflege und Förderung des menschlichen Fähigkeitswesens in der Bildung keinen Selbstzweck mehr darstellen, sondern einzig die ökonomische Verwertbarkeit der Fähigkeiten in Betracht gezogen wird. Für die Hochschule heißt das analog: Investieren, wo es sich lohnt, und alles andere abschneiden. Wenn sogenannte Orchideenfächer niemandem ökonomischen Nutzen bringen, dann kann man sie doch besser einsparen - oder?

### Bildung für alle

Bildung ist zur Aufgabe des demokratischen Staates geworden. Der Staat sorgt dafür, dass die Grundrechte - das Jedermannsrecht auf Bildung - zur Erscheinung kommen können und kommt damit seiner vornehmsten Aufgabe nach. Jedenfalls solange der Staat eine so große Macht konzentriert wie heute, gibt es aber auch die Verführung, Bildung für politische Zwecke zu instrumentalisieren. So entbrennt immer wieder der Kampf um die Lesebücher: Herrmann Löns oder Che Guevara, das ist eine Vorentscheidung im Kampf um die Köpfe der künftigen StaatsbürgerInnen. Der Staat beschränkt sich nicht darauf, den Zugang zur Bildung

zu garantieren, sondern tritt selbst als Bildungsbetreiber in Erscheinung. Als solcher neigt er aber dazu, das Bildungswesen aus vermeintlichen Gründen der Gleichheit zu vereinheitlichen, was allen Bekenntnissen zum Pluralismus der modernen, den Grundrechten verpflichteten Gesellschaft zum Trotz in eine Art Kollektivismus führt. Denn essenzielle Fragen, bei denen das individuelle Urteil gefragt ist, können nicht durch mehrheitliche Beschlussfassung für alle bindend beantwortet werden. Das wäre so, als würde man den Glauben per Beschluss festsetzen. Damit würde aber nur das alte „cuius-regio-Prinzip“ (der Landesherr bestimmt die Konfession für alle Landeskinder) wiederbelebt, mit der Modifikation, dass statt des Fürsten die Mehrheit den Vormund für alle anderen abgibt.

Ein Kernstück der staatlichen Gewährleistung des Rechts auf Bildung ist ihre öffentliche Finanzierung. Daraus wollen viele bis heute den im Privaten ja durchaus richtigen Grundsatz „Wer zahlt befiehlt!“ auch für das Schulwesen ableiten. Das scheint vielen zunächst plausibel: öffentliches Geld ist doch nicht privat - und stellt nicht, wer eine besondere Schule will, private Sonderansprüche? In Ländern wie der Schweiz ist es darum bis heute nicht oder nur in bescheidenstem Maße möglich, freie Schulen in die öffentliche Finanzierung einzubeziehen - von Ländern, die sogar die Gründung freier Schulen schwer bis unmöglich machen, ganz zu schweigen. So wird jedoch das Grundrecht auf die Wahl der Schule durch die Eltern aufgehoben

### Finanzierung der Bildungsnachfrager

Der richtige Weg bestünde darin, dass der Staat die Gelder für Bildung höchstens einsammelt, nicht aber selber ausgibt, und die Verwendung dem Einzelnen individuell überlässt. Ein Erziehungseinkommen, zweckmäßiger Weise in Form eines Bildungsgutscheins, setzt den Einzelnen in Stand, die von ihm für seine Kinder favorisierte Schulbildung zu bezahlen.

Man kommt auf diese Weise von einer Finanzierung des Bildungsangebots zu einer Finanzierung der Bildungsnachfrage. Eine solche Finanzierung bedarf freilich einer angemessenen Ausgestaltung. Bildung ist keine Ware oder Warensammlung, die man stückweise einkaufen kann. Angebot und Nachfrage bedeuten hier nur, dass Menschen sich frei finden können. Aus drei Gutscheinen wird noch kein Kindergarten. Und der Grundsatz „Wer zahlt befiehlt“ wird für die Bildung nicht dadurch richtiger, dass die Eltern und nicht mehr der Staat ihn aufstellen. In einer Schule treffen pädagogisches Wollen und Können der Lehrer und pädagogischer Bedarf der Eltern bzw. Kinder aufeinander. Daraus ergibt sich eine Begegnungsfrage, die nicht durch eine Befehlsfrage ersetzt werden kann.

Es geht nicht darum, wer an der Schule die Macht hat, sondern um die Überwinden des Machtprinzips in einem herrschaftsfreien kulturellen Raum Schule. Macht wird eben nicht dadurch besser, dass ich sie habe! Die Ordnung der Verhältnisse muss durch die Übereinkunft der Beteiligten erfolgen. Alles läuft auf Vertragsgestaltung hinaus. Gestaltung ist etwas anderes, ist mehr als quasi-automatische Regelung im Wettbewerb.

Bisher ruht die Finanzierung von Schule, von Bildung auf Schenkungsvorgängen - auch die Steuer ist ja eine Art Schenkung, wenn auch eine erzwungene. Schenkung bedeutet ein Aufheben der Gegenseitigkeit: der Schenkende gibt, ohne auf eine Gegenleistung zählen zu können und ohne über die Verwendung - über eine allgemeine Zweckbestimmung hinaus - bestimmen zu wollen oder zu können. Gerade damit aber schafft er Raum für den Beschenkten. Die ganze Kindheit ist ein solcher Raum, der durch die Eltern geschaffen wird. Diese Schenkungen sind zwar langfristig die produktivste Investition, die denkbar ist - ohne sie würde die Ökonomie nicht existieren können. Das sind sie aber gerade dadurch, dass ihnen unmittelbar der Charakter der Investition genommen ist. Dieser Schenkungscharakter der Bildungsfinanzierung geht nun heute immer mehr verloren. Spenden ist out: Investment ist auch hier angesagt. Man sieht nur noch, dass für eine Gegenwartsbetrachtung Bildung auf der Kostenseite der Wirtschaft angesiedelt ist und fragt deshalb, wie lange das dauern dürfe und solle. Der ökonomische Gegenseitigkeitsgedanke greift so auf die Bildung über, die Schenkung wird verlassen bzw. durch Kredit ersetzt: Bildungsfinanzierung als Vorleistung, auf deren individuelle Rückführung - als „return on investment“ - man Anspruch hat.

### Bildung ist keine Ware

Daraus ergibt sich der Versuch, Bildung - in Wahrheit ein Sphäre, wo es nicht um Produkte, sondern um pädagogische Beziehungsdienstleistungen, Arbeit am Menschen in der Begegnung geht - künstlich in einen Markt umzuformen, auf dem Produkte, definierte Leistungen, gehandelt werden bzw. ausgeschrieben werden können. Diese müssen dann natürlich auch vergleichbar sein, so dass die marktorientierte Denkweise nicht etwa ein freies Spiel ermöglicht, sondern die Standardisierung um der Vergleichbarkeit willen erzwingt. Auch treten an diesem Bildungsmarkt primär nicht die Eltern oder Kinder als „Kunden“ in Erscheinung: Kunde ist vielmehr der Staat selbst, wobei die Standardisierung die Gleichheit der Grundversorgung mit der Ware Bildung durch diesen Staat garantieren soll - auch eine Form der Nachfragefinanzierung! Heute droht bereits die Gefahr, dass die öffentliche Finanzierung auf diese Grundversorgung konzentriert wird und immer weitere Teile des Bildungswesens durch Schul- und Studiengebühren usw. kostenpflichtig gemacht werden. Natürlich gibt es Grenzen der öffentlichen Finanzierung. Sie werden aber heute weit eher zu eng als zu weit gezogen.

Der Marktgedanke steht an vielen Stellen quer zu einer sachgerechten Gestaltung der Bildungseinrichtungen. Bildung funktioniert nicht patchworkmäßig. Wo es keine wirklichen Beziehungen von Lehrenden und Lernenden mehr gibt, kommt es zum Qualitätsverlust. Die Idee des Bildungsgutscheins wird pervertiert, wo er zum Instrument der künstlichen Entstehung einer Bildungsindustrie gemacht werden soll. Die Wahl des Kindergartens ist eben kein Einkauf von einzelnen Betreuungsleistungen, ein Studium nicht eine Einkaufstour für Credit Points. Bildung muss durch Schenkung ermöglicht, nicht als Ware verkauft und gekauft werden.

## Kriterien für die Akkreditierung von Studiengängen

(Beschluss des Akkreditierungsrates vom 17.7.06)

### Kriterium 1: Systemsteuerung der Hochschule

Als Grundlage für eine qualitätsorientierte Entwicklung und Durchführung der Studiengänge hat die Hochschule ein eigenes Verständnis von Qualität in Studium und Lehre entwickelt und kann dies auch dokumentieren. Dieses Qualitätsverständnis leitet sich ab vom Selbstverständnis der Hochschule und dem daraus resultierenden besonderen Profil der Hochschule. Es schlägt sich nieder - in der Formulierung der Bildungsziele des Studiengangs - der zielführenden Konzeptionierung und konsequenten Umsetzung des Studiengangskonzeptes und - in einem umfassenden Konzept der Qualitätssicherung

### Kriterium 2: Bildungsziele des Studiengangskonzepts

Das Studiengangskonzept orientiert sich an wissenschafts- adäquaten fachlichen und überfachlichen Bildungszielen, die dem angestrebten Abschlussniveau adäquat sind. Die Bildungsziele beziehen sich vor allem auf die Bereiche - Wissenschaftliche Befähigung - Berufsbefähigung („Employability“, basierend unter anderem auf einer Berufsfeldanalyse) - Befähigung zur bürgerschaftlichen Teilhabe (Democratic citizenship) - Persönlichkeits- /persönliche Entwicklung

Bei der Definition von Bildungszielen greift die Hochschule auch auf Untersuchungen zum Absolventenverbleib zurück. (Gilt nicht für erstmalige Akkreditierungen)

### Kriterium 3: Konzeptionelle Einordnung des Studiengangs in das Studiensystem

Der Studiengang entspricht (1) den Anforderungen des Qualifikationsrahmens für deutsche Hochschulabschlüsse vom 21.04.2005 in der jeweils gültigen Fassung; (2) den Anforderungen der Ländergemeinsamen Strukturvorgaben gemäß § 9 Abs. 2 HRG für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen vom 10.10.2003 in der jeweils gültigen Fassung; (3) ggf. landesspezifischen Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen; (4) ggf. der verbindlichen Auslegung und Zusammenfassung von (1) bis (3) durch den Akkreditierungsrat. - Diesen Anforderungen entspricht der Studiengang jeweils insbesondere hinsichtlich - der Definition und typologischen Zuordnung des Studiengangs, - der Anwendung der den Qualifikationsstufen zugeordneten Deskriptoren, - der Anwendung von ECTS und Modularisierung, - der Outcome-Orientierung (Kompetenzorientierung). Die Einordnung umfasst auch die Definition der Zugangsvoraussetzungen und von Übergangswegen aus anderen Studiengangarten.

### Kriterium 4: Das Studiengangskonzept

- umfasst die Vermittlung von Fach- und fachübergreifendem Wissen, - umfasst die Vermittlung methodischer Kompetenzen, - umfasst die Vermittlung generischer Kompetenzen, - basiert auf pädagogischen/didaktischen Konzepten, - ist stimmig hinsichtlich des Aufbaus, - ist zielführend im Hinblick auf definierte Bildungsziele, - ist studierbar, insbesondere unter Berücksichtigung der erwarteten Eingangsqualifikation. Bei der Konzipierung des Studienganges berücksichtigt die Hochschule auch Evaluationsergebnisse inkl. Untersuchungen zu studentischer workload, Studienerfolg und Absolventenverbleib. (Gilt nicht für erstmalige Akkreditierungen.)

### Kriterien 5 - 9

Sie beziehen sich auf die Durchführung des Studiengangs, das Prüfungssystem, Transparenz und Dokumentation, Aufлагenerfüllung und Qualitätssicherung.

Quelle: <http://www.akkreditierungsrat.de>

## Konsequenzen für Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft

Ausbildungsstätten, Studiengänge etc.

C. Strawe

Die geschilderten Entwicklungen stellen Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft vor eine ganze Reihe von Problemen. Einige Antworten darauf - wie das Konzept der Drei Säulen für gute Schulen als Reaktion auf die Bildungsstandarddiskussion - wurden zuvor bereits dargestellt. Im Schulwesen dürfte auch das sogenannte Charter School Modell neue Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für frei-öffentliche Schulen bieten.\* Generell ist zu sagen, dass es hier immer auch um Grund- und Menschenrechte geht. So wie das Bundesverfassungsgericht in Bezug auf die Finanzierung festgestellt hat, dass ohne diese das Grundrecht auf Gründung von Freien Schulen ausgehöhlt würde, so muss analog auch für die Lehrerbildung gelten, dass ohne eine dem pädagogischen Profil einer Schule entsprechende Lehrerbildung die Freiheit der Gründung und Profilbildung ebenfalls ausgehöhlt würde. Freie Schulen können also auch insoweit durchaus selbstbewusst agieren. In gleicher Weise kann man auch für den Kindergartenbereich und andere Bereiche argumentieren.

Wie gezeigt wurde, ist der Denkweise, die PISA und Bologna zugrunde legt, die Idee eines freien Geisteslebens fremd. Sie geht von ihren eigenen dargestellten Prioritäten aus. Dies zu verkennen und zu glauben, hier werde eine Fülle an Gestaltungsmöglichkeiten geboten, die freie Bildungseinrichtungen nur ergreifen müssten, um sich endlich der allgemeinen politisch-gesellschaftlichen Anerkennung versichern zu können, ist naiv. Ebenso naiv - und letztlich Bestand und Weiterentwicklungsmöglichkeiten der Freiheit im Bildungswesens gefährdend - ist die Meinung, man könne auf jede Anerkennung pfeifen und Kompromisse seien nicht nur unnötig, sondern gewissermaßen ein Verrat an der Sache des freien Geisteslebens. Das würde dann R. Steiners Verhandlungsstrategie bei der Gründung der Waldorfschule ebenso desavouieren wie Humboldts Versuch, nicht nur die Grenzen der legitimen Wirksamkeit des Staates theoretisch zu bestimmen und zu begründen, warum die öffentliche Bildung außerhalb dieser Grenzen liege, sondern sich auch nicht zu entziehen, wo sich wie immer bescheidene Möglichkeiten des praktischen Wirkens für mehr Freiheit innerhalb dieser Grenzen boten. Dies soll auch im Rückblick auf die Auseinandersetzung um die staatliche Anerkennung von Studiengängen und Ausbildungen in dieser Zeitschrift noch einmal gesagt werden, in der zum Teil recht extreme Positionen vertreten wurden.\*\*

Der Wirklichkeit wird man nur mit einer differenzierten Betrachtungsweise gerecht. Das gilt auch insofern, als der quartäre Bildungsbereich der Fort- und Weiterbildung auch nach Bologna relativ frei bleibt und Gestaltungs-

\* Siehe Nathalia Maibauer: Educational Entrepreneurship. Schule als pädagogisch-unternehmerische Aufgabe unter Berücksichtigung des Charter School Modells. Universitätsverlag Karlsruhe 2006.

\*\* Vgl. den Artikel von Thomas Brunner zur Eurythmieausbildung im Heft im 1/2006 und die sich daran anschließende Kontroverse in den folgenden Heften.

möglichkeiten bietet, die schlicht ergriffen werden können, auch ohne irgendeine Form der gesellschaftlichen Anerkennung. Anders verhält es sich z.B. im Bereich der Lehrerausbildung der Waldorfschulen. Die Signale von staatlicher Seite lassen erwarten, dass eine völlige Verweigerung gegenüber einer Umformung der Studiengänge nach dem Bachelor-Master-Raster dazu führen würde, dass die Lehrerausbildung die Anerkennung verlieren würde, - mit der drohenden Perspektive der Nichtgewährung jeder Form der Unterrichtsgenehmigung für Lehrer, die diese und keine andere Ausbildung durchlaufen haben. Dies ist jedenfalls solange die Perspektive, wie es nicht eine massenhafte, mit allen demokratischen Mitteln und Instrumenten auf eine Veränderung der Gesetzgebungen hinwirkende Bewegung für ein freies Geistesleben in Europa gibt. Andererseits sind die Dinge - auch wenn die Absichten, die damit verfolgt werden, in eine eindeutige Richtung gehen - noch im Fluss: nicht alles ist klar geregelt. Später würde es weit schwerer sein, überhaupt einen Einfluss zu nehmen, während heute noch Gestaltungsmöglichkeiten vorhanden sind, zu deren Wahrnehmung es keine vernünftige Alternative gibt. In dieser Hinsicht gibt es verschiedene Versuche, die man im einzelnen unterschiedlich bewerten mag. Dazu gehört z.B. die Nutzung des Studienangebots der Universität Plymouth durch die „Initiative für Praxisforschung“ (ipf), um Ausbildungen mit anthroposophischem oder allgemein-alternativem Hintergrund abzusichern.\*

### Beispiel Lehrerausbildung

Die Rudolf Steinerhøyskolen in Oslo hat bereits vor einigen Jahren einen originellen und anspruchsvollen internationalen Studiengang implementiert, der mit dem Master of Education für Waldorfpädagogik abschließt. Die Alanus-Hochschule Alfter bietet ab Herbst dieses Jahres einen Master of Arts in Pädagogik an. Die Freie Hochschule Stuttgart hat vor Jahren bereits ihre Anerkennung als Pädagogische Hochschule vor Gericht erstritten - wobei das Gericht ausdrücklich das Kriterium der Gleichwertigkeit der Ausbildung betonte - gegenüber dem von Land Baden-Württemberg ins Feld geführten Kriterium der Gleichartigkeit als angebliche Voraussetzung der Anerkennung. Die Freie Hochschule für anthroposophische Pädagogik in Mannheim betreibt derzeit ebenfalls ihre Anerkennung als Pädagogische Hochschule. Gleichzeitig hat man an beiden Einrichtungen mit der Arbeit daran begonnen, den Bachelor-Master-Raster aufzugreifen, ohne Abstriche am Duktus des eigenen Studienangebots zu machen - was z.B. auch heißt, die Rolle der künstlerischen Arbeit im Studium nicht zu schmälern.

Dass dies nicht einfach ist, liegt auf der Hand. Berichten doch auch Verantwortliche der staatlichen Universitäten über den großen Aufwand der Umstellung\*\*. Modulhandbücher müssen erstellt werden, in denen alle Elemente des Studiums genau abgebildet sind, die jeweiligen Leistungspunkte müssen genau festgelegt werden, es

\* Vgl. Sebastian Jüngel: Dynamisches Bildungsangebot. Anthroposophische Ausbildungen im Bologna-Prozess. Und ders.: „Integrated Masters Programme“ der Universität Plymouth. In: Das Goetheanum Nr. 44, 27. Oktober 2006..

\*\* Bei dem Kasseler Seminar berichtete darüber in vielen Details Dr. Birgit Messerig-Funk, die an der Universität Trier maßgeblich bei der Umsetzung im Bereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften tätig ist.

gibt die Prüfung durch die Akkreditierungsagentur mit Begehung durch eine Gutachtergruppe und einer Reihe von Gesprächen; unter Umständen wird die Agentur Forderungen stellen, von denen die Akkreditierung des Studiengangs abhängig gemacht wird. In der gegenwärtigen Phase handelt es sich meist um formale Forderungen, etwa da, wo die „Studierbarkeit“ durch Überschneidungen oder fehlende räumliche Ausstattung nicht gegeben erscheint. Im Falle der Uni Trier handelt es sich um die Agentur AQAS e.V. (Agentur für Qualitätssicherung durch Akkreditierung von Studiengängen). AQAS ist als gemeinnütziger Verein verfasst, der von Mitgliedshochschulen, wissenschaftlichen Verbänden und wissenschaftlichen Gesellschaften getragen wird, bei dem aber auch das Land Rheinland-Pfalz mitspielt.

### Öffnungen bewirken

Man sieht an dieser Stelle, dass den Agenturen eine wichtige Rolle für den Prozess zukommt. Nicht die unwesentlichste Frage wird daher sein, wieweit Institutionen, die bereits große Erfahrungen in der Auditierung und Zertifizierung offener Prozesse haben und sich im Qualitätsmanagement konsequent Normierung und Reglementierung versagen, auch auf dem Feld der Akkreditierung tätig werden und den Status von Akkreditierungsagenturen erlangen können.\*\*\* Wie schon erwähnt, muss der Akkreditierung, die im übrigen regelmäßig zu erneuern ist, dann noch die ministerielle Genehmigung folgen. Dass unter den gegebenen Bedingungen die Systemakkreditierung - wenn sie nur nicht zusätzlich zur Programmakkreditierung zur Anwendung kommt - dieser vorzuziehen ist, liegt auf der Hand. Bei der Systemakkreditierung wiederum wäre es Sache der Hochschulen selbst, die Studiengänge im Rahmen eines eigenen Qualitätsmanagements zu akkreditieren. Damit dies ein wirklicher Fortschritt sein könnte, müsste gleichzeitig gewährleistet sein, dass eine Studieneinrichtung die volle Freiheit hat, das ihr gemäße Qualitätsmanagementverfahren zu wählen.

Es wäre überhaupt die falscheste Konsequenz, den Gedanken der Qualitätsentwicklung deshalb zu bekämpfen, weil es auch unangemessene und schlechte Verfahren gibt. Die Qualität der Zusammenarbeit zu entwickeln ist vielmehr integraler Bestandteil gerade einer richtig verstandenen Selbstverwaltung. Hierzu gehört auch die Selbstevaluation im Sinne der Entwicklung eines dynamischen Bewusstseins dessen, was man tut. Es geht um die ständige Weiterentwicklung der Qualität der Beziehungsdienstleistungen, die in Schulen, Behinderteneinrichtungen, Universitäten, Kindergärten oder Krankenhäusern erbracht werden. Wo Ärzte oder Kindergärtner vor lauter „Qualitätssicherung“ und Ausfüllen von Dokumentationsbögen von diesen Kernaufgaben abgezogen werden, ist dies erkennbar nicht gewährleistet. - Letztlich wird es ein Ringen darum sein, was Staat und Gesellschaft in der Moderne sind, ob die demokratische Gleichheit Gleichmacherei bedeutet oder die gleiche Freiheit für jeden Menschen. Dieses Ringen hat heute ein neues Stadium erreicht, dem wir uns gewachsen zeigen müssen.

\*\*\* Eine solche Institution wäre die Confidentia - Stiftung zur Förderung institutioneller Eigenverantwortlichkeit, die beispielsweise die Freie Hochschule Stuttgart - Seminar für Waldorfpädagogik - auf der Grundlage von „VVege zur Qualität“ zertifiziert hat.

# Betrachtungen und Berichte

## Eine neue Bewegung der Weltbürger: Retter der Welt?

*Wilhelm Neurohr*

Wer rettet und verbessert die Welt? Das ist die Leitfrage einer Artikelserie in einem bekannten deutschen Nachrichtenmagazin, mit der Feststellung: Nicht mehr die Politik, das staatliche Rechtsleben, sorgt für die Zukunftsgestaltung, sondern die vernetzte Zivilgesellschaft mit den kulturell Kreativen. Diese bekommt jetzt massive „Konkurrenz“ und vielleicht auch Verbündete von der Wirtschaft, die dafür nicht nur ihr professionelles Know-How einsetzen kann, sondern auch beträchtliche Geldmittel - sind doch die Umsätze mancher großer internationaler Konzerne größer als ganze Staatshaushalte. Der Traum von einer friedlichen und gerechten Welt bewegt anscheinend alle Ebenen der Weltgesellschaft und viele Weltbürger, doch die Motive und Ziele mögen sehr verschieden sein.

Es vergeht kein Tag, an dem nicht irgendwo in der Welt Menschen zusammensitzen, um lokale Strategien gegen soziale und ökologische Fehlentwicklungen zu beraten, gegen Armut, Hunger, Krankheit, Unmenschlichkeit oder Klimawandel. Jeder ist begabt, selber verantwortungsvoll zu leben und Verantwortung für die ganze Welt zu übernehmen, wenn man ihn nur lässt. Davon ist auch Muhammed Yunus überzeugt, der Friedensnobelpreisträger, Bankier und Kleinkreditgeber der Armen, der in der Artikelserie des „Spiegel“ „Die Retter der Welt“ häufig als Verfechter einer neuen Ethik und Weltmoral zitiert wird. Er ist auch überzeugt, dass die herrschenden Theorien des Kapitalismus falsch sind, weil diese den Unternehmer ausschließlich als „money maker“ definieren, statt ihn als Menschen und soziales Wesen zu begreifen, der genauso gut gemeinnützige Nonprofit-Unternehmen zugunsten der Dritten Welt managen könnte: Ein sozialer Unternehmer misst seinen Profit nicht in Bilanzsummen, sondern im Erreichen richtiger und nachhaltiger Ziele wie etwa Gesundheit, Bildung, saubere Umwelt.

### Neue Bündnisse im Interesse des Gemeinwohls

Wie realistisch aber ist es, dass die Wirtschaft Bündnisse eingeht mit der Gesellschaft und nicht nur Geschäfte mit ihr abschließen will? Und welchen Einfluss können die Bürger als Käufer oder Verbraucher ausüben? Gibt es

genügend Menschen, die so denken und handeln und sich in Netzwerken zusammenfinden mit der Erkenntnis: „Wer, wenn nicht wir; wann, wenn nicht jetzt?“ Offenbar werden es täglich mehr, die sich als Weltbürger der Rettung der bedrohten Erde und Menschheit verschrieben haben, seitdem klar geworden ist, dass die Staaten in der globalisierten Welt ratlos sind, die Vereinten Nationen auf den wesentlichen Politikfeldern zu spät kommen und die Selbstverpflichtungen von Industrie und Wirtschaft nicht länger glaubhaft erscheinen. Die „neuen Weltbürger“ fragen deshalb nicht mehr zuerst danach, wer zuständig ist oder wie und ob die Welt gerettet werden kann, sondern danach, was sie selber dazu beitragen können auf ihrem Platz, mit ihren Mitteln, auch ohne formelle Legitimation. Es wird sehr viele solcher Menschen brauchen.

Die nichtstaatliche und nichtkommerzielle Zivilgesellschaft ist als dritter Sektor aufgewacht, seitdem Bürger und Politiker nicht mehr an die Allmacht des allzuständigen Staates glauben und der UNO nicht mehr zugetraut wird, den Traum von einer gemeinsam in der Staatengemeinschaft zu erringenden, friedlichen und gerechten Welt zu verwirklichen. Nicanor Perlas, Träger des alternativen Nobelpreises, sieht schon seit längerem in dem Aufkommen der aktiven und vernetzten Zivilgesellschaft ein wichtiges Element der sozialen Dreigliederung in der Weltgesellschaft und spricht von „trisektoraler Partnerschaft“ zwischen Geschäftswelt, Politik und Zivilgesellschaft. Und „Der Spiegel“ schreibt in der zitierten Leitartikel-Serie von einer „frischen Lust auf Zukunft, die von der Gesellschaft und auch von der Wirtschaft ausgeht, nicht mehr von der Politik“.

Allerdings wäre es fatal, der Politik mit ihrem notwendigen Rechtsleben wegen des (bewussten und unbewussten, aber jedenfalls sehr besorgniserregenden) Verlustes von Demokratie auf allen Ebenen keine Funktion mehr zuzuweisen. Ebenso verhängnisvoll wäre es, stattdessen auf einzelne Sponsoren und Spender aus der Wirtschaft angewiesen zu sein, die private Milliardenvermögen einsetzen können und dabei allein bestimmen, wo damit in der Welt etwas Soziales geschehen soll.

### Die Weltzivilgesellschaft setzt sich und andere in Bewegung

Mit der Geburt einer Weltzivilgesellschaft, in der sich Manager, Politiker, Wissenschaftler und vernetzte Weltbürger vereinen, wird die Notwendigkeit einer Gliederung des sozialen Organismus in die Sphären von Rechtsleben, Wirtschaftsleben und kulturellem Geistesleben keineswegs obsolet. In der tatsächlichen Entwicklung hat sich aber stattdessen das Wirtschaftsleben sowohl der Politik als auch der Kultur bemächtigt und dominiert beide. Nur deshalb ist ja jetzt die „Rettung der Welt“ erforderlich geworden, um dieses Überhandnehmen der ökonomischen Macht gegenüber Rechts- und Kulturleben zum Wohle der Menschheit wieder zurecht zu rücken. Viele Menschen wollen nicht länger auf Rettungspläne und Lösungen „von oben“ hoffen, sondern selber „von unten“ etwas Konkretes unternehmen, und sei es, dass sie in der Lebenswelt der reichen Länder ihre eigenen Lebensweisen verändern



- nach der Erkenntnis: Auch die längste Reise beginnt mit einem ersten Schritt.

Die Menschheit weiß eigentlich, was zu tun ist, um Hunger, Armut und Krankheit auszurotten, aber es wollte ihr bisher nicht wirklich gelingen, - als sei die Welt verhext. Denn seit vielen Jahren werden die globalen Millenniumziele der UNO, auf die sich die Führer der Weltgesellschaft feierlich verständigt haben, verfehlt, obwohl das alles nicht sehr viel kosten würde - jedenfalls nicht mehr als die Militärausgaben des Pentagon von 1,5 Mrd. Dollar an einem einzigen Tag. Die privaten Geldvermögen der weltweit 950 Milliardäre belaufen sich auf insgesamt 3,5 Billionen Dollar. Bei 5% Verzinsung ergibt das Zinsen von 175 Mrd. Dollar jährlich. Dem gegenüber erscheinen die Finanzprobleme der Entwicklungshilfe nicht so groß, dass man den täglichen Hungertod von 30.000 Kindern in Kauf nehmen müsste.

### Die Superreichen wollen nicht abseits stehen: Soziales Investment und Bankwesen

Aber auch der „Geldadel“ ist erwacht und will nicht länger abseits stehen oder als Buhmann gelten. Immer mehr junge, aber auch erfolgreich alt gewordene Wirtschaftsmanager mit großem Privatvermögen, und ebenso Bankleute, wollen einen Beitrag leisten zur Schaffung eines gesellschaftlichen Mehrwertes. Sie haben erkannt, dass Geld allein nicht glücklich macht, dass man es weder essen noch mit ins Jenseits nehmen kann. Geld muss Soziales bewirken, so keimt die Erkenntnis der eigentlich heilsamen Funktion des Geldwesens. Denn Teilen macht alle reich.

Unter den Chefs der großen Konzerne und Banken entsteht Aufmerksamkeit auf die Menschenrechte und auf ihren Wert gegenüber dem bloßen Profitstreben. Man will Fehlentwicklungen nicht länger zusehen, die in weiten Teilen der Welt Armut, Hunger und Umweltzerstörung bewirkt haben, - wenn auch die eigene Rolle bei der Entstehung dieser Probleme zumeist verdrängt wird. Wenn von den angehäuften Profiten wenigstens anteilig etwas wieder zurückfließt für gemeinnützige oder umwelt- und lebensrettende Projekte, kann das nicht zurückgewiesen werden, auch wenn damit an Symptomen kuriert, statt an den Ursachen gearbeitet wird. Denn eine bessere Welt kann man nicht kaufen, sondern sie entsteht durch Änderung der Menschheitskultur in kleinen Schritten.

Ethisches Investment wie bei der GLS-Bank, die lange Zeit löblicher Außenseiter und Pionier im nachhaltigen und ethischen Bankwesen war, findet mehr und mehr Nachahmer. „Social Banking“ entsteht als Brücke zwischen Profit- und Non-Profit-Sektor; Sozialprojekte finden Finanzierung auch über Aktiengesellschaften. Lose Bürgerinitiativen, die von Amateuren getragen waren, werden in professionelle Organisationen verwandelt, die nicht mühsam Kleinspenden sammeln, sondern großes Geld vom Finanzmarkt holen. Jede neue Idee ist willkommen. Es geht nicht mehr um das Verteilen von Flugblättern in den Fußgängerzonen, durch Idealisten und „Gutmenschen“ sondern um durchgreifend wirksames Handeln.

### Handeln nach dem sozialen Hauptgesetz mit verändertem Geldwesen

Die Losung „Global denken und lokal handeln“ scheint nun bei vielen Akteuren angekommen zu sein. Sie gründen Stiftungen und thematisieren die Weltprobleme bis hin zum Klimawandel. Stand bislang fast ausschließlich das Profitstreben zum eigenen Nutzen im Vordergrund, so schimmert jetzt eine Ahnung von der Wirksamkeit des von R. Steiner beschriebenen Sozialen Hauptgesetzes durch, bei dem das Wohl der Anderen das Ausschlaggebende ist, als Sinn und Zweck eines brüderlichen Wirtschaftslebens. Dieser Wandel ist ein Verdienst der Zivilgesellschaft, die sich als Weltgewissen immer mehr Gehör verschafft und unbequem bleibt. Ihre Aktionen zeigen Wirkung und zeugen von geistiger Macht und sozialer Kraft. Sie hinterlassen bleibenden Eindruck und machen wach.

Ausgerechnet im Waldorf-Astoria Hotel in New York trafen sich kürzlich auf Initiative des Ex-Präsidenten der Vereinigten Staaten, Bill Clinton, und mit Unterstützung von Bill Gates und anderen, hochrangige Akteure, die an den Schaltheben von Wirtschaft und Politik Gelegenheit gehabt hätten, für die Menschheit Wesentliches zu bewirken. Immerhin wollen sie nun als Einzelpersonen in zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen versuchen, für das Gemeinwohl zu wirken. Ob alle Versammelten durchweg von ehrlichen sozialen Motiven bewegt sind, oder ob es vielleicht um Imagepflege, Gewissensberuhigung oder Steuerersparnisse geht, oder um ein Bestreben, die sichtbaren Schadenswirkungen der neoliberalen Wirtschaftsdeologie und der Globalisierung zurückzudrängen und damit der Kritik der Zivilgesellschaft und der Nichtregierungsorganisationen zu befeuern, sei dahingestellt.

Die Geister, die sie riefen, werden sie jedenfalls nicht mehr los, denn sie werden an ihren Taten gemessen. Niemand will abseits stehen bei der neuen Bewegung der Weltbürger, die wohl nicht mehr aufzuhalten ist. Die „Rettung der Welt“ rückt ein Stück näher.

### Sind die Pensionskassen-Renten in Gefahr?

#### Das Beispiel der Schweiz

*Michael Rist  
Johannes Kreyenbühl Akademie in  
Zusammenarbeit mit dem Konsumentenverein Zürich*

Der Umwandlungssatz, nach dem die Renten gemäß dem Bundesvorsorgegesetz (BVG) umgerechnet werden, beträgt heute 7,1 % bei Männern und 7,2 % bei Frauen. Er wird jedoch bis in das Jahr 2014 schrittweise auf 6,8 % gekürzt. Dies entspricht einer Verkleinerung der Rente um ca. 10 %. Nun schlug der Bundesrat eine Kürzung der Renten innerhalb von drei Jahren auf 6,4 % vor. Die Mehrheit der zuständigen

Ständeratskommission wollte diesen Abbau der Renten auf 6,4 % innerhalb von fünf Jahren vornehmen. Eine Senkung der Renten sei nötig, um die Renten längerfristig zu sichern, „denn je länger wir leben, desto tiefer muss der Umwandlungssatz sein“.

Die Kommissionsminderheit sprach sich dagegen für einen Abbau der Rente auf 6,4 % erst nach dem Jahr 2015 aus. Nun griff die Ständerätin Anita Fetz in die Debatte ein und zeigte auf, dass es heute den Finanzmärkten gut geht und deshalb gar kein Druck besteht, die Renten zu kürzen. Nur während der Börsenbaisse von 2000 - 2002 hätte man Sorge um die Renten haben können. Man könne aber nicht aus der damaligen Börsenbaisse ableiten, dass es die nächsten 20 - 30 Jahre ähnlich sei. Deshalb könne man auch nicht sagen, dass es in Zukunft ein finanzielles Desaster geben werde. „Wir wollen keine Rentenkürzung auf Vorrat.“ - Im Jahr 2010 könne ja das Parlament auf diese Frage wieder zurückkommen. So wurde die „Rentenklausurvorlage“ im Ständerat mit 22 zu 11 Stimmen abgelehnt. - Aber schon nach den Wahlen im Herbst könnten die Bürgerlichen auf die Rentenkürzung zurückkommen (Zürcher Tagesanzeiger vom 13. Juni 2007).

Für die mündigen Konsumentinnen und Konsumenten, die sich als Mitgestalter der Wirtschaft sehen, entsteht deshalb die Frage, wie sie solchen mehr oder weniger fragwürdigen Politikentscheidungen entgehen. Heute ist in der Schweiz jede und jeder durch seinen obligatorischen Pensionskassenbeitrag („Zweite Säule“) im Grunde genommen Kapitalbesitzer - wenn er dies auch zunächst nicht deutlich genug wahrnimmt -, da sein Kapital meist von den Banken verwaltet wird, an die die Pensionskassen es übergeben haben, oder von den Kassen selbst aufgrund eigener Anlagestrategien. Der nach Selbständigkeit strebende Pensionskassen-Einzahler hat nun drei Möglichkeiten:

Die erste besteht darin, sich einen Teil seines Pensionskassenvermögens für den Bau eines Eigenheims oder den Erwerb einer Eigentumswohnung auszahlen zu lassen, wobei dann anstelle der Mietzahlungen die Hypothekenabzahlung tritt. Wird die Hypothek bis zum Erreichen des Pensionsalters abbezahlt, so fällt nach der Pensionierung keine Miete mehr an, was von großem Vorteil ist. Allerdings ist dann bei einem Wohnsitzwechsel meist der Verkauf der Liegenschaft nötig, wobei aber nunmehr der Anstieg des Grundstückspreises zum eigenen Vorteil gereichen kann.

Die zweite Möglichkeit besteht darin, auf die Pensionskasse oder ihre Verwaltung dahingehenden Einfluss zu nehmen, dass sinnvolle Anlagen in nachhaltige Unternehmungen getätigt werden. Nach der jetzt zum Durchbruch kommenden Einsicht, dass die bisherigen Energiequellen wie Öl und Gas in absehbarer Zeit zur Neige gehen, sind dies vor allem Unternehmungen, die Klein-Wasserkraftanlagen, Windkraft- oder Sonnenenergieanlagen für Warmwasser oder Strom sowie Holzenergieanlagen herstellen oder betreiben.

Die dritte Möglichkeit besteht darin, anzustreben, dass die eigene Pensionskasse sich mit anderen Pensionskassen zusammenschließt, die bereits selbst öko- und sozialverträgliche Investitionen tätigen wie zum Bei-

spiel die ETHOS-Stiftung in Genf. Obwohl diese nur ein Tausendstel des schweizerischen Kapitalmarktes ausmacht, bewegt sie doch etwas in dieser Richtung (Tagesanzeiger-Magazin 12/2007, S. 36).

Heute gibt es zudem bereits den Verein ACTARES, „AktionärInnen für nachhaltiges Wirtschaften“. Dieser fragt: Auch Sie sind vermutlich AktionärIn, ohne es zu wissen? Man ist also nicht mehr allein, denn ACTARES

- sucht das Gespräch mit Unternehmen und verhandelt mit ihnen
- tritt auf an den Generalversammlungen mit Fragen und Forderungen
- trägt diese Anliegen in die Öffentlichkeit
- schafft Kontakte zwischen Unternehmen und Bevölkerung
- vernetzt sich mit ähnlichen Organisationen.

Es tut sich also einiges dank der Initiativen von vernünftigen und unerschrockenen Individualitäten im Kulturbereich der Pensionskassen und den Investitionen in öko- und sozialverträglichen Anliegen.\*

## Europa - wohin?

### Eine kritische Bilanz nach dem EU-Gipfel unter deutscher Ratspräsidentschaft

*Wilhelm Neurohr*

Die angekündigten „grundlegenden Reformen“ der EU in ihrem 50. Jubiläumjahr erweisen sich nach dem letzten EU-Gipfel unter deutscher Ratspräsidentschaft vom 21. bis 23. Juni eher als „faule Kompromisse“ denn als gepriesene „Wiederbelebung Europas“. Entgegen den allseitigen Lobeshymnen auf die deutsche EU-Ratspräsidentin Angela Merkel, die durch den portugiesischen Ministerpräsidenten José Sócrates abgelöst wurde, ist die Zukunft Europas ungewisser denn je und noch weiter von den Bürgerinnen und Bürgern entfernt als zuvor. Sie müssen sich im europäischen Verfassungsprozess vor den Kopf gestoßen fühlen und deshalb ihr Schicksal selber in die Hand nehmen, statt auf die abgehobene Europa-Politik der Staatschefs zu starren.

Europa ist in keiner guten Verfassung. Der viel beschworene „Geist Europas“ blieb auf der Strecke, denn die Frage, ob wir ein kulturelles oder kommerzielles Europa wollen, wurde gar nicht erst gestellt. Unbeantwortet bleibt die Frage: „Wer und was ist Europa und wohin will es?“ Der problematische und umstrittene Verfassungsvertragsentwurf „von oben“, der mehrheitlich von den Bürgerinnen und Bürgern in Frankreich und den Niederlanden 2005 abgelehnt wurde (Umfragen zufolge fände er auch in Deutschland keine Mehrheit bei den Menschen) und somit juristisch nicht umgesetzt werden konnte, sollte nach dem Willen Merkels und der meisten Staats- und Regierungschefs dennoch

\* Eine seit vielen Jahren öko- und sozialverträglich operierende alternative Pensionskasse in der Schweiz ist die PUK. Näheres unter <http://www.coopera-puk.ch> (Anm. der Redaktion).

mit möglichst unveränderten Inhalten schnellstmöglich „durchgeboxt“ werden - und sei es mit einem „juristischen Kunstgriff“ durch Umwandlung in einen bloßen „Reformvertrag“ unter Beibehaltung der strittigen Inhalte. Denn eine neue kritische Verfassungsdiskussion von unten im bevorstehenden Europawahljahr 2009 scheuten die 27 Staats- und Regierungschefs „wie der Teufel das Weihwasser“ - würde doch das neoliberale und militär-politische Fundament des „neuen Europa“ mit seinen Demokratiedefiziten und dem mangelnden Subsidiaritätsprinzip transparent und der massive Einfluss der Wirtschafts- und Rüstungslobbyisten allzu offenbar.

### **Verschleierung statt Transparenz: Europa in keiner guten Verfassung**

Doch Transparenz ist in der EU-Verschleierungsdiplomatie und bei den Heerscharen von Lobbyisten in Brüssel am wenigsten genehm. Dazu gehört es auch, die Europäische Union mit Europa einfach gleichzusetzen und im Unklaren zu lassen, ob denn nun Europa eine bloße Freihandelszone werden soll, ein föderalistisches Staatengebilde oder ein eigener Superstaat, als allzuständiger Einheitsstaat mit weitreichenden Kompetenzen - trotz ungeklärter demokratischer Legitimation, und wegen der Schwäche des Europaparlamentes ohne volle legislative Parlamentsfunktion. Vor diesem ungeklärten Hintergrund sind die machtpolitischen Streitereien auf dem letzten EU-Gipfel, mit Geschacher und Erpressung um die künftigen Beschluss- und Abstimmungsverfahren und die Einflüsse der Nationalstaaten mit ihren Egoismen erklärbar. Auch wurde aus dem EU-Vertrag so ziemlich alles gestrichen, was den Anschein eines föderalen Europas erweckt und alles betont, was eine europäische Freihandelszone stärkt.

Herausgekommen ist statt einer überarbeiteten EU-Verfassung mit europaweiter Bürgerbeteiligung ein bloßes Mandat für einen noch zu formulierenden Reformvertrag. Dieser soll bereits auf dem nächsten EU-Gipfel im Oktober verabschiedet werden. Die EU-Gipfelbeschlüsse müssen also erst noch in ein rechtlich bindendes Vertragswerk umformuliert werden. Für diesen Fahrplan hat das Europaparlament bereits am 11. Juli auch inhaltlich „grünes Licht“ gegeben und damit als demokratisch gewählte Vertretung der europäischen Bürger deren Willen missachtet.

Der frühere portugiesische Präsident, der Sozialist Mário Soares, befürchtet nun ein vollkommenes Durcheinander: „Das Europa, das wir jetzt haben, weiß nicht was es ist und was es will.“ Einigkeit besteht weiterhin lediglich darin, die so genannte „Lissabon-Strategie“ weiter zu verfolgen, wonach Europa der mächtigste und einflussreichste Binnenmarkt der Welt werden möchte im Zuge der (für die Verlierer tödlichen) Ideologie der Konkurrenzwirtschaft. Damit ist und bleibt Europa im Sinne des Bestseller-Buches von Jean Ziegler, dem globalisierungskritischen UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, ein Hauptbeteiligter am „Imperium der Schande“, direkt und indirekt mitverantwortlich für den täglichen Hungertod und das Elend von Millionen Menschen

in der Welt und für die Reichtums-Armuts-Schere auch in Europa selbst.

### **Identitätsstiftendes europäisches Sozialmodell gerät unter die Räder**

Auch nach dem Gipfel fehlt der EU ein schlüssiges und umfassendes Konzept in der Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik. Das mangelnde Engagement Europas für Afrika bleibt auch nach Ende der deutschen Ratspräsidentschaft ein Desaster; es blieb weit hinter den vorherigen Erwartungen und Ankündigungen zurück. Es ist zweifelhaft, ob ein nun für Dezember dieses Jahres angekündigter Gipfel der EU-Staaten mit den Staaten Afrikas den Durchbruch bringen wird.

Ausgeblendet wird inzwischen, dass mit der „Lissabon-Strategie“ zugleich auch das Europäische Sozialmodell als Kern der Gemeinschaft und wesentlicher Teil der europäischen Identität und „Sieg Europas nach dem Zweiten Weltkrieg über sich selbst“ (Mário Soares) erhalten und gestärkt werden sollte. In Wirklichkeit gerät dies jetzt unter die Räder der neoliberalen Wirtschafts-ideologie und -einflüsse und ihrer politischen Helfershelfer in der EU, denen es um die Eroberung und Beherrschung der Weltmärkte um jeden Preis geht. Alternativen finden kaum Gehör, obwohl sich sogar der Vorsitzende des EU-Konvents für die Grundrechtscharta, Ex-Bundespräsident und Ex-Verfassungsrichter Roman Herzog, um die demokratischen Strukturen in der EU mit deutlichen Worten öffentlich Sorgen macht.

Immerhin kann als Ergebnis des Juni-EU-Gipfels gemeldet werden, dass die Grundrechte-Charta, die Europas Bürgerinnen und Bürgern Freiheit, Gleichheit und Menschenrechte garantieren soll, trotz der Blockade des inzwischen ausgeschiedenen britischen Premiers und Bush-Getreuen Tony Blair, nunmehr Gültigkeit hat und lediglich in Großbritannien nicht wirksam wird. Bemerkenswert ist auch, dass endlich über mehr Rechte für das EU-Parlament und die nationalen Parlamente diskutiert wurde und das Europa-Parlament künftig gleichberechtigt mit dem europäischen Rat an den Haushaltsberatungen beteiligt wird, bei ansonsten bleibenden legislativen Demokratiedefiziten. Beschlossen wurde demgegenüber ein Bürokratieabbau in der EU, allerdings mehr mit Blick auf Verfahrenserleichterungen für die Industrie beispielsweise bei Umweltauflagen. Bei der positiv zu wertenden Deklaration der europäischen Klimaziele zur weltweiten Reduzierung der Treibhausgase um 20% bis 2020 gegenüber 1990 bleibt skeptisch abzuwarten, ob die Zielmarke durch den massiven Einfluss der Auto- und Energielobby bis dahin nicht wieder abgesenkt wird oder Theorie bleibt.

### **Dunkle Wolken über der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik**

Was die EU-Erweiterung anbelangt, sind Bulgarien und Rumänien zum 1. Januar 2007 neue Mitglieder geworden. Zur Energiesicherung Europas werden Nachbarschaftsverträge mit der Ukraine und Moldawien abgeschlossen. Mit Serbien wird ein Assoziationsab-

kommen angestrebt und die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sollen trotz zunehmender Widerstände aus den Mitgliedsstaaten fortgesetzt werden. Der neue portugiesische EU-Ratspräsident Sócrates möchte eine neue strategische Partnerschaft der EU mit Brasilien eröffnen, wie sie bereits mit USA, Russland, China und Indien besteht. Ausgeklammert wurde der aktuelle Streit zwischen USA und Russland über die amerikanische Raketenabwehrstationierung in Europa, bei der es um die Vormachtstellung und die Einflussicherung der USA in Europa geht, damit kein konkurrierendes Imperium mit Integration Russlands in Europa entsteht.

Ebenfalls ausgeklammert wurde auf dem EU-Gipfel die mit dem Verfassungs- bzw. Reformvertragsentwurf weiterhin vorgegebene Aufrüstungsverpflichtung der europäischen Staaten. Es scheint mittlerweile Konsens zu bestehen, die europäische Militärpolitik mit interventionistischen Einsätzen weltweit auszuweiten. Mit der Nato sollen militärische Interventionen erfolgen zur Sicherung von Energie, insbesondere von Öl- und Gasressourcen in Afrika, Asien und Nahost, wie schon im Sicherheitskonzept des deutschen Verteidigungsministers enthalten. Russland wiederum will es staatlichen Energiekonzernen ermöglichen, eine Privatarmee aufzubauen. Damit führt die neoliberale Konkurrenzpolitik endgültig zu Wirtschaftskriegen, die uns an Militäreinsätze für Wirtschaftsinteressen zur eigenen Wohlstandssicherung unter Missachtung von Menschenleben gewöhnen sollen. Die Rüstungslobby wird es freuen.

Nicht von ungefähr stiegen nach Angaben des schwedischen Friedensforschungsinstitutes SIPRI beispielsweise die deutschen Waffenexporte rasant innerhalb eines Jahres von 1,5 Mrd. Dollar 2005 auf 3,8 Mrd. Dollar 2006. Damit ist Deutschland als wirtschafts- und einwohnerstärkstes Land Europas drittgrößter Waffenexporteur der Welt, hinter USA und Russland und noch vor China, allen politischen Restriktionen und Menschenrechtserklärungen zum Trotz. Knapp 60 Jahre seit Bestehen der Bundesrepublik im Nachkriegsdeutschland und 17 Jahre nach der deutschen Vereinigung mit Ende des „kalten Krieges“ auf einem befriedeten europäischen Kontinent tragen wir also zu einem weltweiten Rüstungswettlauf nie da gewesenem Ausmaßes maßgeblich bei, der den Waffeneinsatz in weltweiten Kriegseinsätzen geradezu provoziert.

Das ist die dunkelste Wolke derzeit über Europa, in dem es mit der Legende aufzuräumen gilt, dass die Gründung der EU mit dem Vorläufer der europäischen Wirtschaftsunion (EWG) anfänglich als Akt der Friedenssicherung im Nachkriegseuropa motiviert war. In Wahrheit war dies in Zeiten des kalten Krieges und der europäischen Spaltung bereits mit der Gründung von OEEC und NATO, von EWG (und Europäischer Freihandelszone Efta mit der atlantischen Achse) als „Bollwerk“ gegen den Ostblock gedacht, der seinerseits die Wirtschaftsgemeinschaft RGW gegründet hatte und 1955 mit der Gründung des Warschauer Paktes reagierte. Das Europa der Kaufleute und die Liberalisierung der Kapital- und Warenströme im europäischen Binnenmarkt mögen zwar über die gemeinsamen Wirtschaftsinteressen und die flankierenden zwischenstaatlichen Abkommen und Zusammenschlüsse zur 60-jährigen Friedensphase in Europa beigetragen

haben. Mit der militärischen Zuspitzung des weltweiten wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes ohne Rücksicht auf die Verlierer und deren teilweise terroristischen Reaktionen ist Europa - zumal als Hauptexporteur von Waffen in Krisengebiete - jedoch dabei, seine Rolle als weltweite Friedensmacht aufzugeben, entgegen dem Willen der Bevölkerung. Dieser Entwicklung wird zur Legitimation auch noch ein verfassungsmäßiger Status eingeräumt, ohne die Menschen in Europa zu befragen.

### **Bürgerferne Zuschauerdemokratie: Dringender Handlungsbedarf für die Menschen in Europa**

Das allzu einhellige Lob für die deutsche EU-Ratspräsidentin Angela Merkel und ihre dramatischen, aber letztlich „erfolgreichen“ Auseinandersetzungen mit dem störrischen polnischen Präsidenten dürfen auch bei differenzierter Betrachtung nicht davon ablenken, dass auch der Juni-EU-Gipfel wieder einmal bedenkliche Weichenstellungen für Europa durch die Staatschefs von oben vorgenommen hat, deren Tragweite durch die Verschleierungspolitik und den Mainstream der berichtenden Medien vielfach verkannt wird. Die Bewegung, die in den festgefahrenen Verfassungs- und Erweiterungsprozess angeblich hineingekommen ist, bedeutet nichts anderes als eine Rückwärtsbewegung zum „Europa der Staatsmänner“ im Dienste der Wirtschaft unter der Staatsfrau Angela Merkel, unter Missachtung elementarer demokratischer Spielregeln, und ohne jeden Ansatz zur überfälligen Fortentwicklung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten. Die EU lebt von der Zuschauerdemokratie und Bürgerferne.

Die eigentlichen Ziele und Aufgaben Europas waren kein Thema: Etwa der besorgniserregende Zustand der Demokratie mit dem Abdriften in eine Art Wirtschaftsdiktatur. oder die massenhaften Wahlenthaltungen insbesondere bei Europawahlen sowie die Ausgrenzung der europäischen Bevölkerung bei grundlegenden Entscheidungsprozessen und die Verlagerung von Entscheidungsebenen auf demokratisch nicht legitimierte Weise. Die Volkssouveränität in der supranationalen EU ist ernsthaft in Gefahr. Gar nicht auf der Tagesordnung sind eine veränderte europäische Eigentumsordnung, eine neue Geldordnung oder eine Bodenrechtsreform sowie europaweite Bestrebungen für ein Grundeinkommen und für die Erhaltung und den Ausbau des europäischen Sozialmodells. Statt zu einem von Wirtschafts- und Staatseinflüssen freies Schul- und Hochschulwesen geht die Entwicklung gerade in die entgegen gesetzte Richtung, etwa mit der Ökonomisierung der immer abhängigeren Hochschulen oder mit den auf einseitige Wirtschaftsinteressen zugeschnittenen Bildungsanforderungen des Schulwesens.

Von einem gegliederte Staatswesen in Europa, dass sich im Sinne von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit/Geschwisterlichkeit unbürokratisch auf seine Kernaufgaben der Rechtsgestaltung und der sozialen Gerechtigkeit konzentriert und das Kultur- und Wirtschaftsleben den daran Beteiligten überlässt, sind wir weit entfernt. Die aktuelle Sinnkrise Europas, die ohne Vision und Bürgerbeteiligung angestrebte wirtschaftlich-

militärische Vormachtstellung in der Welt an Stelle eines Beitrages für eine humane Weltordnung des Miteinander statt Gegeneinander, ist durch die europäischen Staatsmänner und Bürokraten nicht zu bewältigen. Es ist auch gar nicht die Aufgabe und Zuständigkeit der Politik, den kulturellen Auftrag Europas und die Völkerverständigung und Menschenbegegnung und -vernetzung zu gestalten, auch wenn sie diesen Anspruch fälschlich erheben. Was aus unserem Europa und der gemeinsamen Zukunft wird, ist einzig und allein Angelegenheit der betroffenen und beteiligten Menschen, die ihr Europa von unten selber alternativ gestalten und ihren Regierungsvertretern und der Wirtschaftslobby Einhalt gebieten wollen.

Aber aufgepasst: Die jüngsten EU-Gipfelbeschlüsse zur Vernetzung der Strafregister und zum Personaldatenaustausch etc. können auch als Vorkehrung gegen Bürgerproteste dienen, und zur Verstärkung polizeilich-militärischer Maßnahmen bei Protesten gegen das abdriftende EU-Europa der Staatsmänner. Der G-8-Gipfel in Heiligendamm unter Merkels Vorsitz und die übertriebenen Sicherheitsbestrebungen ihres Innenministers Schäuble zu Lasten der Freiheit haben ja einen Vorgeschmack darauf gegeben, wie mit aufmüpfigen Bürgern umgegangen wird, die sich dem globalen wirtschaftlich-militärischen Komplex und ihrer politischen Helfer widersetzen. Die Mächtigen haben in Wirklichkeit Angst vor ihren Völkern. Das soll uns nicht davon abhalten, Europa im vorgenannten Sinne neu zu denken. Denn nur, wenn wir wissen, was wir selber wollen, wissen wir auch, wohin die gemeinsame Reise in Europa zukünftig geht. Wir müssen uns dann nur noch in Bewegung setzen...

## EU-Reformvertrag: derselbe oder die Gleiche?

*Ein Kommentar von Ronald Pabst*

Im Jahr 2004 beschlossen die europäischen Staats- und Regierungschefs, der EU eine neue Verfassung zu geben. In vier der mittlerweile 27 Mitglieder starken EU-Staatenfamilie durfte die Bevölkerung darüber abstimmen. Und es knallte: Denn Franzosen und Niederländer lehnten 2005 die Verfassung ab. Jetzt - nach einer Pause, die für „Beratung“, „Zuhören“ und „Nachdenken“ genutzt wurde - gibt es eine neue Lösung. Sie trägt den Namen „EU-Reformvertrag“. Dieser soll nun bis 2009 und - natürlich ohne Referendum - bestätigt werden.

„Das Verfassungsprojekt wurde abgebrochen“ sagt dazu Gordon Brown, Premierminister des Vereinten Königreichs.\* Sein Vorgänger Tony Blair hatte 2004 noch versprochen, ein Referendum über die EU-Verfassung abzuhalten. Mr. Brown sieht aber nun keine Notwendigkeit mehr, der britischen Bevölkerung ein Mitspracherecht in Sachen Europa zu geben.

\* Gordon Brown: „The constitutional project, as the document states, was abandoned.“ - Presse Konferenz, 9. Juli 2007.

Schön. Kein Verfassungsprojekt, kein Referendum. Dieser Logik könnte man ja noch folgen. Doch schon die deutsche Kanzlerin Angela Merkel tut es nicht: „Die Substanz der Verfassung ist erhalten. Das ist ein Fakt.“\*\*

Zwei Äußerungen, zwei gegensätzliche Meinungen zum Sachverhalt. So kommen wir nicht weiter. Wir kommen wohl nicht umhin, uns eine eigene Meinung zu bilden. Dazu müssen wir die beiden Texte vergleichen. Jeder umfasst 63.000 Worte (in der englischen Version). Zu unserem Glück hat das bereits jemand getan: Die Londoner Organisation Open Europe hat einen Vergleich veröffentlicht. Das Ergebnis ist schockierend. Der Text des neuen „Reformvertrages“ entspricht weitgehend dem in zwei Referenden abgelehnten EU-Verfassungsentwurf.\*\*\*

Somit bleibt auch die Notwendigkeit, eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung abzuhalten. Unser europaweites Netzwerk Democracy International wird sich wieder für faire Volksabstimmungen in jedem Land einsetzen. Eine Wiederaufnahme der European Referendum Campaign ist in Vorbereitung.

## Noch gilt: Europa nicht ohne uns!

*Claudine Nierth*

Frau Merkel erhält als Politikerin Bestnoten. Das politische Geschick hat man ihr nicht zugetraut. Ihr neues Ziel: Die EU-Verfassung, die an den Volksentscheiden in Frankreich und den Niederlanden gescheitert war, doch noch ins Ziel zu bringen. Dafür hat sie sich mit den Regierungschefs in Brüssel getroffen. Kurz vor der Sommerpause. Clever. Seither wird uns ein Skandal als großer Wurf verkauft. 95 Prozent der alten Verfassung bleiben unverändert. Reine Kosmetik und nichts ist geheilt: Europa hat ein Demokratiedefizit. Der Brüsseler Zentralismus, der immer mehr Macht von den Ländern abzieht, ist ungebrochen. Und Volksentscheide sind nicht vorgesehen. Merkels Pragmatismus mag die Medien beeindruckten, an den Bürgern geht er vorbei. Meilenweit.

Aber in den Ländern wächst - trotz Sommerpause - der Protest. Zuerst melden sich die Dänen, die Iren, dann die Franzosen, die Engländer. Sie wollen über Europa selbst entscheiden. In Deutschland ist der Protest unsere Aufgabe, die Aufgabe von Mehr Demokratie. Auf nach Brüssel! Unsere Kampagne für Volksentscheide über die EU-Verfassung verlangt nach einer Neuauflage. Jetzt heißt es: Organisieren, ein Büro einrichten, Aktionen planen. Das ist unser neues Spendenprojekt. Bitte helfen Sie uns. 20.000 Euro brauchen wir für den Start in eine neue EU-Kampagne. Gemessen an der Aufgabe ist das nicht viel. Gemessen an unseren finanziellen

\*\* Angela Merkel: „The substance of the Constitution is preserved. That is a fact.“ - Telegraph, 29. Juni 2007.

\*\*\* <https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdfarchiv/di//2007-09-openeurope-comparative.pdf>

Möglichkeiten ist das zu viel. Deshalb die Bitte: Helfen Sie mit! Mit 10 oder 20 oder 50 Euro Spende holen wir uns die Bürgerrechte zurück. Die Staatschefs wollen die Verfassung durchpeitschen. Wir müssen schnell sein - und vor allem schnell in Brüssel sein! Europa kann uns nicht egal sein. Mehr als 80 Prozent aller Gesetze, die uns betreffen, werden in Brüssel gemacht.

Näheres unter [www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de). Spenden: Kto. 885 81 05, BFS München - BLZ 700 205 00

## Dreigliedrige Aufgabenverteilung

Zur Grundeinkommensdebatte\*

Anton Kimpfler

Im Jahre 1935 hat Roman Boos erstmalig sein „Studienmaterial zur Sozialwissenschaft“ herausgegeben. Er gehörte mit Emil Molt und Hans Kühn zu jener Abordnung aus Stuttgart, die mit Rudolf Steiner am 27. Januar 1919 in Dornach sprach.<sup>1</sup> Dabei wurde auch gefragt, wer eine geistige Leistung bezahlt, wenn die Ausgaben besteuert werden. Die Antwort lautete: Der sie empfängt. Wer geistig schafft, bekommt eine Entschädigung für die Leistung, nicht für die Arbeit. Der andere bezahlt.“

Eine weitere Frage lautete, ob es nicht richtig wäre, eine Schule durch eine wirtschaftliche Treuhandorganisation zu finanzieren. Darauf Rudolf Steiner: „Nur dann, wenn sich herausstellt, dass eine Klasse oder ein Stand nicht bezahlt. Es müsste immer so gehalten werden, dass buchmäßig der Einzelne bezahlen müsste.“

Der Lehrerstand selber würde „sich verpflichten, aus seinen Erträgen die zur Schule gehörenden Dinge und Einrichtungen zu unterhalten. Er muss darüber freie Verfügung haben.“ Der Staat habe „die Aufgabe, das Geistesleben von allem Zwang zu entbinden. Es unterhält sich selbst. Auch wirtschaftlich.“

Dem fügte sich noch eine Frage in bezug auf die Festsetzung des Existenzminimums an, Dazu betonte Rudolf Steiner, ganz anders als das heute zu simpel als garantiertes Grundeinkommen propagiert wird: „Diese Festsetzung ist eine der kompliziertesten Sachen. Sie ergibt sich erst aus dem ganzen Wirtschaftsorganismus heraus. Es ist dazu nötig, dass sich innerhalb eines Territoriums sämtliche Wirtschafts-Organisationen verständigen. Das Existenzminimum ist nicht auf eine Formel zu bringen. Es ergibt sich als Resultat.“

\* Diese Gespräche dienten der Vorbereitung der im Frühjahr 1919 beginnenden Volksbewegung für die Dreigliederung des sozialen Organismus. Vgl. Roman Boos (Hrsg.): R. Steiner, Sozialwissenschaftliche Texte. Studienmaterial zur Sozialwissenschaft. Freiburg i.Br., o.J.

## Indizierungsantrag abgelehnt

Detlev Hardorp

Das Bundesfamilienministerium hatte einen Antrag bei der Bundesindizierungsstelle gestellt, zwei Bände mit Nachschriften von Vorträgen Rudolf Steiners auf den Index für jugendgefährdende Schriften zu stellen. Die Bundesindizierungsstelle hat nun am 6. September 2007 den Indizierungsantrag abgelehnt. Zugleich hat sich der betroffene Verlag selbstverpflichtet, eine kritische Ausgabe der beiden Bände herauszugeben. Das ist ausgesprochen sinnvoll. Denn man kann dem heutigen Leser nicht ohne Weiteres zumuten, beim Lesen der Vortragsnachschriften Steiners klar zu unterscheiden zwischen dem damaligen Zeitgeist und den Vorstellungen seiner Zuhörer, an die Steiner häufig anknüpfte und die er oft so referierte, als wären es seine eigenen, und dem, was er dann anthroposophisch daraus machte. Nicht alles, was Steiner sagte, ist reine Anthroposophie. Und nicht alles in der Anthroposophie ist für Waldorfpädagogik relevant. Eine kritische Ausgabe hilft dem Leser, Inhalte treffend zu orten und einzuordnen. Sie ist überfällig und sollte über die beiden Bände hinausgehen.

### Zum Hintergrund

„Ein Bürger hatte uns gegenüber seine Sorge zum Ausdruck gebracht, dass dies jugendgefährdende Schriften seien,“ sagt Marc Kinert, Sprecher des Familienministeriums. „Wir waren deshalb gesetzlich verpflichtet, einen Prüfauftrag an die Bundesprüfstelle zu stellen.“ Mit dem Auftrag wurden vom Ministerium zwei Gutachten an die Bundesprüfstelle weitergeleitet. Pikant: Einer der beiden Gutachter, Andreas Lichte, wurde vor Jahren vom Arbeitsamt an das Berliner Waldorflehrer-Seminar vermittelt, wo er unzufrieden war; seitdem beschäftigt er sich ausgiebig damit, via Presse und Politik Steiner und die Waldorfschulen schlecht zu machen. Das zweite Gutachten stammt von einer Doktorandin der Humboldt-Universität: Jana Husmann-Kastein ist dabei, eine Doktorarbeit zu schreiben, die einmal mehr Steiner als kruden esoterischen Rassen-Ideologen brandmarken soll. Beide zusammen haben bereits vor einem Jahr eine gegen die Spiritualität Steiners gerichtete Tagung an der Humboldt Universität organisiert ([www.waldorf.net/html/aktuell/humboldt/index.html](http://www.waldorf.net/html/aktuell/humboldt/index.html)), nachdem ihr Versuch gescheitert war, die fast identische Tagung mit der Evangelischen Landeskirche zu veranstalten; die Landeskirche sagte die Veranstaltung ab, weil die Organisatoren nicht bereit waren, auch Vertretern der Waldorfpädagogik Raum zur Erwiderung auf dem Podium einzuräumen.

Lichte und Husmann-Kastein ist es jetzt offenbar gelungen, ihre Anti-Steiner-Kampagne vor die Tore des Familienministeriums zu tragen; als „besorgte Bürger“ haben sie ihre „Expertisen“ gleich mitgeliefert. Zugleich haben sie ihr vermeintliches Expertenwissen auch etlichen Presse-Vertretern angedient, mit dem Erfolg, dass seit Monaten Negativschlagzeilen durch die

Medien geistern. Letztes Beispiel ist der SPIEGEL, der in seiner ersten Septemberausgabe die Thesen Lichte und Husmann-Kasteins ungeprüft wiedergibt und leider genau wie beinahe alle anderen Journalisten auf eine abgleichende Recherche verzichtet hat.

Wer die Originaltexte Steiners nicht kennt, dem erscheinen die Vorwürfe plausibel, zumal stets selektiv zitiert wird, was Steiners Intentionen oft völlig verzerrt. Durch ständige Wiederholungen einzelner Sätze in der Presse wird der (falsche) Eindruck zementiert, dass Steiner die Idee gehegt haben soll, dass „die weiße Menschenrasse höherwertiger“ sei als andere. Tatsächlich war Steiner der Auffassung, dass jedes menschliche Individuum „eine Gattung für sich“ sei, vom „Ich“ als Allerheiligstem, sich selbst bestimmenden Wesenskern ausgehend. Darüber hinaus meinte er allerdings auch zu beobachten, dass verschiedene Völker nicht identische Konstitutionen besitzen, dass sie sich also sozusagen typologisch voneinander unterscheiden. Dabei aber blieben ihm völkische Stereotypen fremd und eine Abwertung von Individuen oder ganzen Ethnien, wie man sie heute in seinen Äußerungen wahrnehmen mag, lag nicht in seiner Absicht - eine Einschätzung, die gerade auch die jüngst erschienene, nicht eben steinerfreundliche Publikation von Helmut Zander über „Anthroposophie in Deutschland“ untermauert (siehe auch [www.waldorf.net/html/aktuell/presserklaerung\\_070901.htm](http://www.waldorf.net/html/aktuell/presserklaerung_070901.htm)).

Steiner war auch weder der Auffassung, dass er nicht irren könne, noch dass der „Geistesschatz ihm exklusiv zur Verfügung“ stünde, wie der SPIEGEL über die Anthroposophie ganz allgemein behauptet und mit einem Zitat Steiners zu belegen scheint: „Schon der Einwand, ich kann auch irren, ist störender Unglaube.“ Das Steiner-Zitat samt Interpretation stammt auch vom „besorgten Bürger und Familienministeriumsgutachter“ Andreas Lichte, von dem es der SPIEGEL offensichtlich unkritisch übernommen hat. Der Rudolf Steiner Verlag ließ der Indizierungsstelle bereits im April ein umfangreiches Gutachten zukommen, das auf alle Thesen von Lichte und Husmann-Kastein minutiös eingeht und falsche Behauptungen und Schlussfolgerungen ausräumt, einschließlich des sinnentstellenden Missbrauchs dieses Steiner-Zitates. Aus dem Gutachten:

„Sieht man sich diese Textstelle im Zusammenhang an, wird deutlich, dass sie sich nicht auf eine Forderung bezieht, die Steiner in Bezug auf sein Werk oder auf die Haltung seiner „Anhänger“ gegenüber diesem Werk stellt, sondern auf die Haltung des Geistesschülers gegenüber Wahrheit und Irrtum. Steiner schreibt: „Man kann nicht sagen: was nützen mir alle Vorsätze, rein den Gesetzen des Wahren zu folgen, wenn ich mich vielleicht über dieses Wahre irre? Es kommt auf das Streben, auf die Gesinnung an. Selbst der Irrende hat in dem Streben nach dem Wahren eine Kraft, die ihn von der unrichtigen Bahn ablenkt. Ist er im Irrtum, so ergreift ihn diese Kraft und führt ihn die Wege zum Rechten. Schon der Einwand: ich kann auch irren, ist störender Unglaube. Er zeigt, dass der Mensch kein Vertrauen hat in die Kraft des Wahren.“ (GA 9, Ausgabe 1978, S. 186)

Quelle: <http://www.waldorf.net/html/aktuell/indexierungsverfahren.htm>. Dr. Detlef Hardorp ist bildungspolitischer Sprecher der Waldorfschulen in Berlin-Brandenburg.

## Engagement und Bewusstsein

### Trainingswoche für kulturell kreative Jugendliche

*Adrian Wagner*

Vom 22. bis 27. Juli 07 trafen sich in Stuttgart, im Kultur und Jugendzentrum Forum 3, 35 junge Menschen aus Deutschland, Norwegen, Frankreich, USA und England mit Nicanor Perlas, Alternativer Nobelpreisträger von den Philippinen. Das Thema für 5 Tage lautete Engagement und Bewusstsein.

Der rote Faden durch die Woche wurde in Form eines Lemniskaten-Prozesses gespannt, und von Nicanor Perlas angeleitet. Ziel der Woche war es die Teilnehmer mit dem nötigen „Rüstzeug“ zu versehen, um im Einklang mit dem eigenen Selbst in der Welt gestalterisch tätig zu werden. Am Montag stand das Schwerpunktthema Vertrauen im Vordergrund, welches eine solide Basis in der Gruppe schuf, um sich am Dienstag dem Thema Schattenarbeit zu nähern. Ohne eine bewusste Integration des eigenen Schattens, so Perlas, kann die Zivilgesellschaft den Herausforderungen des 21. Jahrhundert nicht standhalten. Weiterhin hänge der Erfolg von Initiativen mehr und mehr daran, aus welchem Bewusstsein heraus man sich engagiert. Die eigenen Impulse in der Welt zu verwirklichen erfordert, neben der Integration der Schatten, auch eine besondere Qualität des Herzens. Dies war Thema am Mittwoch, an dem praktische Hilfestellung und Übungen angeboten wurden, um die „Herz-Intelligenz“ zu trainieren. Dass Optimismus nicht angeboren ist, sondern ebenfalls eine erlernbare Intelligenz darstellt, wurde am Donnerstag anhand der intuitiven Pädagogik erfahrbar, ganz im Sinne der Multiple-Intelligenz-Theorie, die eines der theoretischen Gerüste der Woche darstellte.

Ganz praktisches Engagement fand dann am Abend auf einer Farm statt, wo neben dem Unkraut jäten, auch ein Lagerfeuer und Lieder auf dem Programm standen. Gerade die offene und innovative Struktur der Woche ermöglichte es, auf die speziellen Fragen der Teilnehmer einzugehen. Künstlerische Prozesse, intensive Lerngruppen, World Cafés und Open-Space-Technologie schufen Raum, um über ein rein intellektuelles Verstehen hinaus zu wachsen. Ziel war es, die Wahrnehmung zu stärken und ein Gespür für das Zukünftige zu entwickeln. Wann bin ich bei mir selbst? Was ist meine Aufgabe? Was verspreche ich mir zu tun? Das waren Abschlussfragen im „Journeling“ am Freitag Vormittag. Nicanor Perlas zeigte sich beeindruckt: „So eingespannt in eine Trainingswoche war ich bisher noch nie, vor allem das Potenzial der Jugendlichen fasziniert mich.“

## Streit im Turm: Das Erbe der 68er

Bei „Streit im Turm“ diskutierten Christoph Strawe, einst Gründungsvorsitzender des „Marxistischen Studentenbundes MSB Spartakus“, heute Initiative Netzwerk Dreigliederung, und Gerd Langguth, damals Bundesvorsitzender des „Rings Christlich-Demokratischer Studenten“ und heute Politologie-Professor. Der stellvertretende Chefredakteur des Kölner Stadtanzeigers Joachim Frank moderierte.

„Streit im Turm“ wird über das vor sechs Monaten gegründete Internet-Fernsehen des „Kölner Stadt-Anzeiger“ ausgestrahlt. Kurzfassungen der Debatten erschienen in Zeitschriften des Verlagshauses M.DuMont Schauberg, darunter in in der Frankfurter Rundschau, bei deren Verlag M.Dumont seit letztem Jahr Mehrheitsgesellschafter ist. Das Video des Streitgesprächs findet man unter [www.ksta.tv](http://www.ksta.tv).

Schwerpunkt der Attac-Aktivitäten bilden. Die Monopolstellung und enge Verflechtung der Verschmutzerindustrien mit der Politik verhindert nach Ansicht von Attac eine echte Energiewende in Deutschland hin zu einer dezentralen und klimafreundlichen Stromerzeugung.

Mit der Kampagne „Stop EPAs“ setzt sich Attac gegen die von der Europäischen Union angestrebten regionalen Wirtschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements) mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik und Pazifik) ein. Die Abkommen würden einen tiefen Einschnitt in die demokratische Selbstbestimmung der AKP-Staaten bedeuten und die Armut dort dramatisch verschärfen.

Gemeinsam mit weiteren Organisationen rief Attac zu der für den 15. September in Berlin geplanten Demonstration „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ auf.

Quelle: Pressemitteilung von Attac Deutschland.

## Das hat Folgen: 800 Menschen bei Attac- Sommerakademie in Fulda

Rund 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten die sechste Attac-Sommerakademie in Fulda. „Das wird Folgen haben“, lautete das Motto der zentralen Bildungsveranstaltung des globalisierungskritischen Netzwerkes. In rund 50 Vormittagsseminaren, 90 Workshops, bei 15 großen Podiumsdiskussionen und vielen phantasievollen Aktionen beschäftigten sich die Attac-Aktiven mit den Ursachen und Auswirkungen der Globalisierung, entwickelten Alternativen weiter und bestimmten neue Positionen.

Im Zentrum stand die Frage nach den Folgen der breiten Proteste gegen den G8-Gipfel für die globalisierungskritische Bewegung. Einen Höhepunkt mit mehr als 500 Zuhörerinnen und Zuhörern bildete dabei die Podiumsdiskussion mit Heiner Geißler und weiteren Attac-Vertretern zu „Alternativen zum Neoliberalismus - Perspektiven für Attac“.

In die Sommerakademie integriert war der Attac-Ratschlag am Sonntag, bei dem sich die Aktiven auf die Themen der kommenden Monate verständigten. Besonderes Gewicht wird weiterhin die Kampagne gegen die Privatisierung der Deutschen Bahn haben. Attac gehört zu den Initiatoren und zentralen Akteuren des Bündnisses „Bahn für Alle“, das seit Frühjahr 2006 gegen den Ausverkauf der Bahn kämpft. Ziel der Kampagne ist eine verbesserte Bahn in öffentlicher Hand. Vor der anstehenden endgültigen Entscheidung über das Schicksal der Bahn will Attac den Druck auf die politisch Verantwortlichen noch verstärken.

Die Forderung nach Zerschlagung und demokratischer Kontrolle der vier großen Energiekonzerne E.On, Vattenfall, EnBW und RWE wird einen weiteren wichtigen

## Flash Mob gegen Bahnprivatisierung in mehr als 50 Bahnhöfen

In bundesweit mehr als 50 Bahnhöfen haben am 8. September insgesamt mehr als 2000 Menschen gegen die geplante Bahnprivatisierung protestiert. Unter anderem in den Hauptbahnhöfen von Berlin, Hamburg, Frankfurt, Leipzig und München haben je bis zu 250 Menschen pünktlich um fünf vor zwölf für zwei Minuten mit Trillerpfeifen, Topfdeckeln und Trommeln Alarm vor der drohenden Privatisierung geschlagen, teilte das Bündnis „Bahn für Alle“ mit. Dann zeigten die Protestierer Schilder mit der Aufschrift „183 = 13“, die sie anschließend zerrissen. Der Protest folgte einem seit Tagen im Internet kursierenden Aufruf zu einem Flash Mob gegen die Bahnprivatisierung. Auch in kleinen Bahnhöfen wie Dillenburg (Hessen), Plauen (Sachsen), Bamberg (Bayern) und Fürstenberg (Brandenburg) kamen jeweils etwa zehn Demonstranten zusammen. An vielen Bahnhöfen waren Polizei und Sicherheitsdienste präsent, griffen aber nicht ein.

„183 gleich 13, das geht gegen den gesunden Menschenverstand. Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee, SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Struck und Unions-Fraktionschef Volker Kauder können offenbar nicht rechnen“, sagte Bernhard Knierim vom globalisierungskritischen Netzwerk Attac, einer der 13 Organisationen, die im Bündnis „Bahn für Alle“ gegen die Bahnprivatisierung kämpfen. „Laut amtlicher Statistik hat die Deutsche Bahn AG heute ein Vermögen von 183 Milliarden Euro. Davon soll die Hälfte verkauft werden, doch mehr als 6,5 Milliarden Euro kommen dafür nicht rein“, erklärte Knierim. „So kommt die Lügengleichung 183 = 13 heraus. Das ist die Formel für Verschleuderung von öffentlichem Eigentum.“



Das Privatisierungsgesetz soll in der dritten September-Woche in den Bundestag eingebracht werden und sieht vor, dass private Investoren auch den Besitz am Schienennetz erwerben können und die Gewinne daraus im privatisierten Bahnkonzern bleiben. „Zusätzlich soll der Bund weiter jährlich um die acht Milliarden Euro für den Bahnverkehr bereit stellen, aber seinen Einfluss weitgehend einbüßen“, sagte Knierim.

„Auch mit dem Volksaktien-Modell wird die Hälfte des Bahnvermögens zum Schleuderpreis verkauft“, sagte Monika Lege von Robin Wood, einer weiteren Trägerorganisation von „Bahn für Alle“. „Allerdings werden dann auch die Käufer betrogen, denn die Bahn als öffentliches Unternehmen gehört längst allen Bürgerinnen und Bürgern.“ Die Bahn müsse in öffentlicher Hand verbessert werden, statt sie Renditeinteressen zu unterwerfen. Dies fordern auch immer mehr Sozialdemokraten.

Der Aufruf zum Flash Mob gegen die Bahnprivatisierung kursierte seit Tagen per Mail, SMS und in Internetforen. Flash Mobs („Flash“ für „blitzartig“, „Mob“ für „Menschen-Menge“) sind kurzzeitige Ansammlungen von Menschen zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort, die eine kollektive Handlung ausführen und dann wieder verschwinden. Die Sonderform Smart Mob ist mit politischen Forderungen verbunden.

Quelle: Pressemitteilung Bündnis „Bahn für Alle“. „Bahn für alle“ ist ein Bündnis von 13 Organisationen aus Globalisierungskritikern, Umweltschutzverbänden und Gewerkschaften, das sich für eine verbesserte Bahn in öffentlicher Hand einsetzt. Träger des Bündnisses sind Attac, Bahn von unten, BUND, Bürgerbahn statt Börsenbahn, Eurosolar, Grüne Jugend, Grüne Liga, Linksjugend Solid, NaturFreunde Deutschlands, Robin Wood, Umkehr, VCD Brandenburg und Verdi. Informationen im Internet: [www.DeineBahn.de](http://www.DeineBahn.de)

## Biokraftstoffe zu optimistisch eingeschätzt

**Effizienzmaßnahmen bringen mehr als verstärkter Einsatz von Biodiesel & Co.**

Unrealistisch? Bis zum Jahr 2020 soll jeder fünfte getankte Liter aus Biokraftstoffen stammen. Anlässlich der Vorstellung des SRU-Sondergutachtens „Klimaschutz durch Biomasse“ hat der Naturschutzbund Deutschlands NABU die Erwartungen an so genannte Biokraftstoffe als zu optimistisch bezeichnet. Vor dem Hintergrund der Klimaschutzbemühungen verplanen Bundesregierung und EU-Kommission die Potenziale von nachwachsenden Rohstoffen im Strom-, Wärme- und Kraftstoffmarkt gleich mehrfach. Bis zum Jahr 2020 soll der Anteil an Biokraftstoffen von heute einem auf dann zehn Prozent in ganz Europa gesteigert werden. Deutschland will sogar Biokraftstoff-Anteile von bis zu 20 Prozent erreichen.

„Die Festsetzung dieser gewaltigen Anteile ist unrealistisch, wenn man gleichzeitig auch im Wärme- und Strombereich auf hohe Biomasseanteile setzt. Darüber hinaus vermissen wir neben Maßnahmen zur Steigerung von Effizienz im Verkehrsbereich strenge Umweltauflagen zur Herstellung von Biokraftstoffen“, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. Die Bundesregierung setzt besonders auf Biokraftstoffe der so genannten „Zweiten Generation“. Bislang ist aber nicht absehbar, wann diese überhaupt für den Markt produziert werden können. Die Annahme, dass bis zum Jahr 2020 mehr als jeder fünfte getankte Liter aus Biokraftstoffen stammen soll, ist nur dann realistisch, wenn insgesamt deutlich weniger Kraftstoff verbraucht wird. Im Verkehrsbereich drückt sich die Bundesregierung jedoch vor notwendigen Effizienzrahmenbedingungen, sowohl bei Vorgaben für Pkw-Neufahrzeuge als auch bei der Entwicklung eines klimaverträglicheren Güterverkehrs. Insbesondere im Verkehrssektor ist der effektivste Klimaschutz durch Effizienzsteigerungen an den Fahrzeugen sowie durch Vermeidung und Verlagerung von Transporten zu erreichen.

Der NABU warnt hinsichtlich des jüngsten Taktierens Brasiliens davor, das Heil im Import von Biokraftstoffen aus Drittländern zu suchen. „Während Präsident Lula da Silva in Brüssel Brasilien als zukünftige Quelle des europäischen Kraftstoffbedarfs anpries, hat seine Delegation auf der Vorbereitungsstagung zur Konvention über biologische Vielfalt in Paris alle Forderungen nach Zertifizierungsstandards und Kohlendioxid-Bilanzen von Biokraftstoffen blockiert. Von Bio kann hier keine Rede mehr sein“, kritisierte Miller. Beim Anbau der Agrotreibstoffe in Brasilien, Indonesien und Malaysia und der damit oft einhergehenden großflächigen Zerstörung von Regenwäldern und Feuchtgebieten wird mehr Kohlendioxid freigesetzt als beim Einsatz der Kraftstoffe eingespart wird. „Da wird der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben“, warnte Miller.

Quelle: Pressemitteilung Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V. vom 12. Juli 2007. Kontakt: NABU, Charitéstraße 3, 10117 Berlin, Tel. 030.284 984 - 0, [NABU@NABU.de](mailto:NABU@NABU.de), [www.NABU.de](http://www.NABU.de). Kritik am Biosprit gab es übrigens auch bei der Internationalen Wasserkonferenz in Stockholm. Dort warnten Experten, es gebe zu wenig Süßwasser, um so viel Agrosprit zu produzieren wie derzeit vorgesehen (taz vom 13.8.2007).

# Termine und Initiativen

## 2. Sozialforum in Deutschland in Cottbus

Vom 18. bis 21. Oktober 2007

Unter dem Motto „Die bessere Welt gemeinsam gestalten“ kommen Menschen aus dem ganzen Land zusammen, um Positionen zu diskutieren und gemeinsame Strategien zu entwickeln. „Eingeladen sind alle, die sich auf die Suche nach einer gerechten, friedlichen und ökologischen Gesellschaft machen wollen“, schreiben die Veranstalter.

Das Sozialforum hat die Schwerpunktthemen: „Arbeitswelt und Menschenwürde“, „Ökologische und soziale Verantwortung“, „Politik des Friedens“, „Ein anderes Europa ist möglich“, „Die Lausitz in Europa“, „Soziale Frage und Rechtsextremismus“, „Globale soziale Rechte: Teilhabe und Wiederaneignung“, „Anders leben für eine lebenswerte Welt“, „Wie weiter nach Heiligendamm...?“

Angekündigt ist unter anderem auch eine Veranstaltung „Perspektiven für den Prozess des Weltsozialforums“ mit dem Begründer des Weltsozialforums Chico Whitaker und Peter Wahl, die von Ulrich Morgenthaler organisiert und moderiert wird (s.u.). Christoph Strawe steuert einen Workshop zum Thema „Das Ringen um ein freies Bildungswesen - eine Aufgabe zivilgesellschaftlichen Engagements“ bei. Weitere Informationen: [www.sozialforum2007.de](http://www.sozialforum2007.de)

## Perspektiven des Weltsozialforums

Konferenz beim 2. Sozialforum in Deutschland

2008 wird es kein Weltsozialforum geben, sondern am 26. Januar einen globalen Aktionstag unter dem Motto „Weltweite Allianzen für Alternativen“. Erst 2009 soll - voraussichtlich in der Amazonas-Region - das nächste Weltsozialforum abgehalten werden. Welche Perspektiven sind mit diesen Entschlüssen verbunden und was genau ist geplant? Seit dem ersten Weltsozialforum 2001 versteht sich dieses Forum als ein Treffpunkt der internationalen Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für eine andere Welt. Wo steht dieser Kampf heute? Wird das Weltsozialforum seinem Auftrag als Begegnungsplattform noch gerecht und ist dieser noch zeitgemäß? Wie könnte das Weltsozialforum weiter entwickelt werden, um einen möglichst aktuellen Beitrag zu leisten? Informationen und Diskussion zu offenen Fragen, Widersprüchen und den sich bietenden Chancen. Im

Rahmen der Veranstaltung in Cottbus zu diesen Themen wird Chico Whitaker auch sein kürzlich auf Deutsch erschienenen Buch vorstellen: „Das Weltsozialforum - Offener Raum für eine andere Welt“.

## Beuys und die heutige Zukunft - oder: Worum geht's hier eigentlich?

Vortrag und Seminar mit Johannes Stüttgen

Der Bildhauer und Aktionskünstler Joseph Beuys hat Werke geschaffen, die provozieren, anecken und aufwachen lassen. In einer Zeit, in der gleichzeitig Willenslähmung, Scheinaktionismus und Orientierungslosigkeit herrschen und in der man sich fragt: Sind wir von allen guten Geistern verlassen? ist Beuys ein Wegbereiter. Er weist Lösungswege auf, ohne die die anstehenden Aufgaben wie z.B. die „Arbeits-Einkommenslosigkeit“, „Politikverdrossenheit“, ein „übermächtiges Geldwesen“ oder die „Klimaproblematik“ nicht wirklich angegangen werden können. Klar ist nur: die Zukunft hat begonnen - sie ist jetzt - ob wir wollen oder nicht. Was das aber mit den Werken von Joseph Beuys und dem Erweiterten Kunstbegriff zu tun hat, ist Gegenstand des Vortrags und Seminars von Johannes Stüttgen.

Vortrag: Termin: Freitag, 7. Dezember 2007, 20.00 Uhr.  
Ort: VHS Bochum, Willy-Brandt-Platz 2-6, Clubraum.  
Kosten: EUR 10,-. Seminar: Samstag, 8. Dezember 2007, 10.00 - 12.15 Uhr und 14.00 - 16.15 Uhr, VHS Bochum, Willy-Brandt-Platz 2-6, Clubraum, Kosten je EUR 10,-. Anmeldung zu den Seminaren: 0234 - 9101555.  
Weitere Infos: Peter Romahn, Tel: 0177 - 2332213

## Veranstaltungen im Forum 3 Stuttgart

**Privatisierung in Deutschland - eine Bilanz. Was können Bürger gegen die Verschuldung ihrer Kommunen tun?**

Vortrag und Gespräch mit Werner Rügemer, freier Journalist und Lehrbeauftragter der Uni Köln, Vorsitzender von Business Crime Control e.V. und Mitglied von Transparency International. Veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Stuttgarter Wasserforum. Freitag, 12. Oktober, 20.00 Uhr, Kosten: EUR 6,-/erm. 4,- SchülerInnen 2,-

**Vom schwierigen Umgang mit der Macht - Herrschaftsmacht oder Befreiungsmacht?**

Vortrag und Gespräch mit Chico Whitaker, Mitglied des Organisationskomitees des Weltsozialforums und Träger des Alternativen Nobelpreises, São Paulo/Brasilien. Englisch mit Übersetzung. Veranstaltet in Zusammenar-

beit mit DEAB Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, ZEB Zentrum für entwicklungsbezogene Bildung der Evangelischen Landeskirche Württemberg, Initiative Colibri, Initiative Netzwerk Dreigliederung und Attac-Stuttgart. Montag, 15. Oktober, 20.00 Uhr, Kosten: EUR 2,-

### **Wer bedroht Russland - Putin oder der Westen? - Russland als Kampfplatz geostrategischer Interessen**

Vortrag und Gespräch mit Kai Ehlers, Publizist, Russlandforscher, Verein Nowostroika zur Förderung des Ost-West-Dialogs, Hamburg. Veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Pforte Verlag und GlobalChange.

Freitag, 9. November, 20.00 Uhr, Kosten: EUR 6,-/erm. 4,- SchülerInnen 2,-. Seminar bis Samstag 18.00. Kosten 65,-/40,-. Anmeldung bis 2.11. beim Forum 3, Gymnasiumstraße 21, 70173 Stuttgart.

### **Das Ereignis und der Andere - Geisteswissenschaft und Postmodernismus im Gespräch**

Zwei Vorträge und Gespräch mit Dr. Jesaiah Ben-Aharon, Harduf, Israel. Mit den Bezeichnungen „das Ereignis“ und „der Andere“ haben Postmodernisten wie Emmanuel Lévinas und Gilles Deleuze auf Grunderfahrungen unseres Bewusstseins verwiesen, die wir jedoch leicht vergessen. Nach Lévinas ist die Begegnung mit dem Anderen fundamental für unser Welt- und Selbstverhältnis. Denn erst meine Andersartigkeit im Vergleich zum Anderen macht mich zu einem Ich. In dieser Begegnung mit dem Anderen verbirgt sich das Ereignis. Doch wenn es denn einen Zeugen hat, verwandelt es sich, während es geschieht, in ein Erinnerungsbild. Diesen Ereigniszeugen in uns möchte Jesaiah Ben-Aharon ansprechen und aufwecken.

Freitag, 30. November, 20.00 Uhr, Samstag, 1. Dezember, 20.00 Uhr, Kosten je Vortrag: EUR 7,-/erm. 5,- SchülerInnen 2,-. Seminar: Fr, 17.00 - So, 13.00, Kosten EUR 140,-/90,-. Anmeldung bis 23.11. beim Forum 3, Gymnasiumstraße 21, 70173 Stuttgart.

### **Demokratie oder Faschismus? - Zur Theorie und Praxis des oligarchischen Neokonservatismus**

Vortrag und Gespräch mit Markus Osterrieder, Historiker, München. Freitag, 7. Dezember, 20.00 Uhr. Kosten: EUR 6,-/erm. 4,- SchülerInnen 2,-

## **J. Ben-Aharon in Wien**

Der Vortrag „Israel und Palästina im Zusammenprall der Zivilisationen“ findet am Freitag, 12. Oktober, um 19.00 Uhr im Kardinal-König-Haus (Kardinal-König-Platz 3, 1130 Wien) statt und nicht, wie früher angekündigt, in der Diplomatischen Akademie. - Am Samstag, 13. Oktober, 15.00 bis 20.00 Uhr, hält J. Ben-Aharon im

Lokal der Österreichischen Anthroposophischen Landesgesellschaft (Tilgnerstr. 3, 1050 Wien) ein Seminar zum Thema „Der spirituelle Verlauf des 20. Jahrhunderts und Michaels Pläne für das 21.“

## **Bantam-Mais - ideenreich gegen Gentechnik**

Die Idee ist einfach und alle, die einen Garten, Acker oder Balkon haben, können mitmachen. Wir pflanzen samenfesten Süßmais, aus dem wir auch Saatgut gewinnen. Deshalb haben wir das Recht, genau zu erfahren, wer in unserer Nachbarschaft Gentechnikmais anbaut. Unser Mais muss dann vor möglichem Pollenflug und gentechnischer Verunreinigung geschützt werden. Die Bantam-Mais Aktion ist auf eine große Resonanz gestoßen. Wo wächst der Bantam-Mais in diesem Jahr? Wie viele Menschen machen ihren Garten zur gentechnikfreien Zone? Wir erstellen jetzt die Goldene Bantam Karte von Deutschland. Helfen Sie mit, indem Sie jetzt Ihren Bantam-Standort bei uns melden. Helfen Sie mit, Bantam bekannt und beliebt zu machen: weitersagen, Karten verteilen, Postkarten verschicken, Saatgut bestellen, verteilen und anbauen. Die Vielfalt macht's - von Garten zu Garten, von Mund zu Mund.

Das Verwaltungsgericht Augsburg hat entschieden, dass Saatgut von MON 810 keine Zulassung als Lebensmittel hat und deshalb nicht „verkehrs- und verzehrfähig“ ist. Der von einem Imker beklagte Gentechnik-Anbauer müsse den Mais vor der Blüte abernten oder alle männlichen Blüten (Fahnen) abschneiden. Wenn Sie Bantam anbauen und in Ihrer Nachbarschaft MON 810 angebaut wird, können Sie möglicherweise Ähnliches verlangen. Der Verkauf von Saatgut des Gentechnikmais MON 810 (Monsanto) wurde jetzt vom Bundesamt für Verbraucherschutz verboten. Nur wenn die Firma einen detaillierten Plan zur Verfolgung der Umweltauswirkungen vorlegt, kann MON 810 weiter angebaut werden. Was ist mit dem Saatgut, das diese Saison angebaut wird?

Die Aktion Bantam-Mais wird dieses Jahr bereits von mehr als 40 Organisationen und Betrieben getragen. Sie wird organisiert von, „Save Our Seeds“ in der Zukunftsstiftung Landwirtschaft. „Save our Seeds“ ist eine Initiative zur Reinhaltung von gentechnikfreiem Saatgut, die von 350 Organisationen in ganz Europa getragen wird. Sie kooperiert mit dem Informationsdienst Gentechnik, einer Informationsplattform von gentechnikkritischen Organisationen. Fachlich unterstützt wird die Aktion besonders von der Interessengemeinschaft gentechnikfreie Saatgutarbeit, einem internationalen Zusammenschluss von Saatgutunternehmen, Erhaltungs- und Züchtungsorganisationen. Sie setzen auf Methoden, die einem ganzheitlichen Pflanzenbild entsprechen und den Einsatz von Gentechnik ablehnen.

Anschrift: Marienstraße 19-20, 10117 Berlin, Tel.: 030 - 24 04 71 46, Fax: 030 - 27 59 03 12, E-Mail: info@bantam-mais.de. Internet: www.bantam-mais.de. Dort findet man auch Bezugsquellen für Saatgut.

## Gentech-Zulassungsverfahren: Heimspiel der Industrie

Vortrag von Werner Müller, Global2000,  
Wuppertal, 21. November 2007, 19.30 Uhr

Die gemeinsame Veranstaltung von Attac, Naturfreunden und weiteren Organisationen in Wuppertal findet in der börse, Wolkenburg 100, statt. In dem Vortrag wird es um Folgendes gehen: In Europa ist die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) die wichtigste Instanz für die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen. Sie ignoriert bei diesen Zulassungsprozessen regelmäßig gesundheitliche Risiken aus den Studien, die von den antragstellenden Firmen vorgelegt werden, obwohl nur Kurzzeitversuche durchgeführt werden. Die EFSA vernachlässigt wesentliche Prinzipien der Wissenschaft und ignoriert die gesetzlich vorgegebene Einbeziehung von Langzeituntersuchungen (24 Monate Tests).

aktuellen Entwicklungen im Bereich der Demokratie. Das ursprünglich nur in Belgien erhältliche Buch ist nun in sechs Sprachen erschienen. In der deutschen Ausgabe schildert Gerald Häfner die aktuelle Situation in Deutschland. Man kann das Buch auf der Webseite von Mehr Demokratie gratis herunterladen: [www.mehr-demokratie.de/buch-direkte-demokratie.html](http://www.mehr-demokratie.de/buch-direkte-demokratie.html).

Die Wahl ist das zentrale Element einer modernen Demokratie. Trotzdem gibt es nur wenig Forschung über die Frage, wie sich bestimmte Arten des Wahlrechts in der Praxis auswirken. Dr. Klaus Hofmann hat nun für Mehr Demokratie eine vergleichende Studie erstellt. Diese vergleicht die unterschiedlichen Systeme bei Kommunalwahlen in NRW, Hessen und Niedersachsen. Es zeigt sich, dass die unterschiedliche Gestaltung des Wahlrechts deutlichen Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der Räte hat. <http://mehr-demokratie.de/studie-wahlrecht.html>

## Was ist an der Zeit?

3. bis 7. Oktober 2007 am Goetheanum

Vier Tage Gespräch, zwanzig Beitragende und eine Frage „Was ist an der Zeit?“ Es gibt vier Abendvorträge, an drei Nachmittagen stellen sich Initiativen vor und drei Vormittage findet man sich zum Kolloquium zur Frage nach dem Wissenschaftsbegriff von Rudolf Steiner zusammen. Der Rest der Tage verzichtet auf gemeinsames Programm, doch bietet er Einblicke in verschiedene Arbeitsstätten am und ums Goetheanum, Möglichkeiten zu Kaffee und Torte im Rudolf Steiner Archiv und grundsätzliche Offenheit zum Gespräch. Vorträge: Stefan Brotbeck: Zeiträtsel „Ich“ - Schöpfung aus dem Nichts // Johannes Kiersch: Esoterik heute - Wo ist Rudolf Steiners Esoterik geblieben? // Thomas Brunner: Handlungsfähigkeit - Jenseits von Utopie und Politik // Joachim Daniel: Wahrheit und Macht - Aristokratie und Demokratie im Erkenntnisleben. Weitere Beitragende: Gottfried Stockmar, Bodo von Plato, Roland Halfen, Walter Kugler, Renatus Ziegler, Lydia Fechner, Christiane Haid, Robin Schmidt, Steffen Hartmann, Florian Lück, Valentin Vollmer, Benjamin Hohlmann, Benjamin Kolass, Hildegard Backhaus, Kerstin Decker, Katharina Ludwig, Christian Ahrens, Clara Steinkellner, Mirja Cordes u.a. Ausführliche Informationen auch zur Anmeldung (möglichst bald wegen drohender Bettenknappheit) finden sich auf der Webseite <http://www.anderzeit.com>.

## Publikationen zur direkten Demokratie und zum Wahlrecht

Ein wichtiges Buch über direkte Demokratie wurde jetzt einem internationalen Leserkreis zugänglich gemacht. Die Autoren Jos Verhulst und Arjen Nijboer zeigen die

## Bedingungslos und existenzsichernd: Das Grundeinkommen als Menschenrecht!

2. deutschsprachiger  
Grundeinkommenskongress  
Fr, 5. - So, 7. Oktober in Basel

Vom 07. - 09. 10. 2005 fand in Wien der 1. deutschsprachige Grundeinkommens-Kongress mit großem Erfolg statt. Die Verbindungen, die damals entstanden sind, führten dahin, dass nun zwei Jahre später der 2. Grundeinkommens-Kongress in der Universität Basel veranstaltet werden kann. Ziel ist, dass eine länderübergreifende, öffentlichkeitswirksame und wissenschaftlich fundierte Debatte über Fragen des Grundeinkommens gefördert wird. Akteure für das Grundeinkommen sollen sich vernetzen können, Interessierte sollten sich in dieser Materie kundig machen und SkeptikerInnen zu Wort melden können.

Unter einem Grundeinkommen verstehen die Organisatoren, dass es existenzsichernd ist, im Sinne der Sicherung einer gesellschaftlichen Teilhabe, - einen individuellen Rechtsanspruch darstellt, - bedingungslos ist (ohne Bedürftigkeitsprüfung, ohne Arbeitsnachweis und ohne Arbeitsverpflichtung) - und an alle Menschen in einer Gesellschaft ausbezahlt wird. Das bedingungslose existenzsichernde Grundeinkommen ersetzt nicht den Sozialstaat.

Die Themenschwerpunkte für den Kongress sind: Das Grundeinkommen als Menschenrecht. Debatte um den Arbeitsbegriff und das Menschenbild in Bezug auf das Grundeinkommen. Soziale Sicherungssysteme der Vergesellschaftung - Schatten- und Sonnenseiten, von Erwerbsarbeit im Zentrum zu einem künftigen Gemeinwesens, in dem die Erwerbsarbeit nicht mehr im Zentrum steht. Wie könnte die Form der Vergesellschaftung ohne Erwerbsarbeit-Zentrierung gedacht

werden? Ebene der europäischen Sicherungssysteme und Wohlfahrtsregimes. Wie können sie in Richtung Grundeinkommen entwickelt werden? Kann ein Grundeinkommen entwickelt werden, das über den verschiedenen Wohlfahrtsregimes steht?

Entwicklung im Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik - Kritik dieser Entwicklung. Workfare / Prekäre Arbeit / Armutsarbeit (Working poor) / Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse. Was ist aus dieser Entwicklung ableitbar für die Einführung des Grundeinkommens? Finanzierungsmodelle von Grundeinkommen. (Die gesonderte Situation der Frauen soll als Gender-Thema bei allen Workshops und Diskussionen aufgenommen werden.)

Die OrganisatorInnen des Grundeinkommen-Kongresses sind das Netzwerk Grundeinkommen Deutschland, [www.grundeinkommen.info](http://www.grundeinkommen.info), Attac Deutschland, [www.attac.de/arbeitsgruppen](http://www.attac.de/arbeitsgruppen), das Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt, Österreich, [www.grundeinkommen.at](http://www.grundeinkommen.at), die Inhaltsgruppe Grundeinkommen von Attac Österreich, <http://attac.at.2563.html>, B.I.E.N. Schweiz und Attac Schweiz, [www.schweiz.attac.org/Das-Grundeinkommen](http://www.schweiz.attac.org/Das-Grundeinkommen).

Ort: Universität Basel (Kollegienhaus), Petersplatz 1, CH-4003 Basel. BGE-Kongress-Programm, Anmeldemöglichkeit und weitere Informationen: [www.grundeinkommen2007.org](http://www.grundeinkommen2007.org).

## Studiengang Sozialentwicklung

**Erstes Jahr erfolgreich abgeschlossen -  
ein zweiter Durchgang soll im nächsten  
Februar beginnen**

*Christoph Strawe*

24 TeilnehmerInnen hatten sich am 1. Oktober letzten Jahres in der Studienstätte Unterlengenhardt zur Eröffnung des neuen berufsbegleitenden Studiengangs Sozialentwicklung eingefunden. Studiert wird die soziale Dreigliederung als Weg zu Verständnis und Gestaltung sozialer Prozesse - wobei das Ziel eine „Sozialqualifizierung“ ist, wie sie heute immer dringender gebraucht wird.

In diesem Monat beginnt nun das zweite Studienjahr, mit dem dann im September des nächsten Jahres der erste Durchgang sein Ende findet. Der Zuspruch, den wir von den TeilnehmerInnen erfahren haben, die Erfahrungen, die wir in der gemeinsamen Arbeit mit ihnen und im neu gebildeten Team gemacht haben, haben uns ermutigt, einen zweiten Durchgang anzubieten, der im Februar 2008 starten soll.

Das bisherige Echo lässt hoffen, dass er zustande kommt, wenn wir auch im Moment von der Mindestteilnehmerzahl von 15 noch ein gutes Stück weit entfernt sind. Wir freuen uns natürlich besonders, wenn Menschen über die Zeitschrift „Sozialimpulse“ zu dieser Arbeit stoßen oder dazu angeregt werden, andere auf sie hinzuweisen.

An dieser Stelle möchten wir noch einmal die wesentlichen Informationen über den zweiten Durchgang für unsere Leser zusammenstellen. Einen Überblick über Themen und Termine finden Sie weiter unten. Vor allem aber möchten wir auch einen Einblick in die bisherige Arbeit geben und Themen und Arbeitsformen der bisherigen Veranstaltungen kurz vorstellen.

### Einblicke in den Arbeitsablauf

Bei der Arbeitswoche „Grundlagen und Aktualität der Dreigliederung des sozialen Organismus“ stand - nach der Einführung und dem Kennenlernen der TeilnehmerInnen - jeden Tag ein Thema im Mittelpunkt: Methodische Grundlagen der sozialen Dreigliederung (Symptomatologie, Sozialorganik, Bildbegriffe) // Die Durchlässigkeit für das Individuelle. Freiheit und Selbstverwaltung als Entwicklungsbedingungen einer erneuerten Kultur // Die Gestaltung des Füreinander. Die notwendige Umgestaltung der Ökonomie im Zeitalter der Globalisierung // Die Ordnung des Miteinander. Lebensbedingungen modernen Rechts // Die Neugestaltung der Beziehung zwischen Geistes-, Rechts- und Wirtschaftsleben (Organbildung, Finanzierung usw.).

Dazu gab es jeweils Impulsreferate aus dem Kreis der Verantwortlichen für den Studiengang - mit Aussprache. Dem folgte eine Arbeit in kleinen Gruppen, bei der konkrete Aufgabenstellungen zum Tagesthema behandelt wurden. Am Nachmittag - nach Malübungen - wurden Fallbeispiele behandelt und methodisch verarbeitet, die aus den Praxisfeldern der TeilnehmerInnen bzw. der Einrichtungen, in denen sie arbeiten, kommen.

Am Tagesbeginn stand jeweils die Betrachtung eines konkreten Zeitphänomens. Diese Zeitbetrachtungen wurden dann bei den Wochenendseminaren von TeilnehmerInnen übernommen und damit zur Übung gemacht. Hochspannend auch die Abende, an denen TeilnehmerInnen sich selbst und ihre Arbeit ausführlich vorstellen können. Zwischen den Seminaren arbeiten die TeilnehmerInnen im Selbststudium und in kleinen Gruppen, die z.B. über Telefonkonferenzen Kontakt halten, und helfen sich gegenseitig. Am Schluss der einzelnen Veranstaltungen werden - neben einem kurzen Rückblick - immer Aufgabenstellungen für die jeweilige Anschlussveranstaltung besprochen.

Beispielhaft für die Wochenenden sei hier das Programm des Wochenendseminars „Fragen der Preisbildung in der Wirtschaft und in der Kultursphäre, Preis und Lohn“ geschildert:

Freitag, 10.00 - 11.30: Begrüßung, Arbeit an den Aufgabenstellungen, Austausch in den fünf Gruppen, die schon in der Vorbereitung zusammengearbeitet hatten und im Plenum // 11.45: Entwicklungslinien der Lohn-Preis-Frage (Referat, Bearbeitung durch die TeilnehmerInnen - in Gruppen) // 13.15: Mittagspause // 14.00: Formenzeichnen // 14.45 - 16.45: Die Kardinalfrage des Wirtschaftslebens: Grundsätzliches zur Frage von Preis und Einkommen (Referat, Bearbeitung in Gruppen) // 16.45 - 18.45: Fallbeispiel assoziativer Preisbestimmung: Demetervermarktung Lagergemüse und Obst in der Schweiz // 19.45: Vorstellung zweier TeilnehmerInnen und ihrer praktischen Anwendungserfahrungen.

Samstag, 08.30: Zeitbetrachtung (in diesem Fall ging es um die Klimadebatte) // 09.00 - 10.30: Kann man Preise festlegen? Prozesse der Preis- und Einkommensbildung im Wirtschaftsleben (Referat und Bearbeitung durch die TeilnehmerInnen) // 11.00 - 12.30: Was ist uns Kultur wert? Prozesse der Preis- und Einkommensbildung in der Nichtökonomie (Referat, Bearbeitung in Gruppen). Nach der Mittagspause 13.30 Formen zeichnen // 14.15 - 15.45: Bearbeitung offener Fragen // Kaffeepause // 16.00 - 17.00: Rückblick, neue Aufgabenstellungen und Schlussgespräch.

Das Seminar fand wie alle Wochenendseminare im Anthroposophischen Zentrums Kassel statt. Zu erwähnen ist, dass wegen der guten ICE-Anbindung für viele die Anreise am Freitag und die Abreise am Samstag möglich ist.

### Die Verantwortlichen, GastreferentInnen

Die Verantwortlichen für den Studiengang sind Udo Herrmannstorfer (Dornach), Prof. Dr. Harald Spehl (Trier/Mainz), Mag. Friedrich Platzer (Wien), Dr. Michael Ross (Berlin) und Dr. Christoph Strawe (Stuttgart). Dazu kommen bei einzelnen Veranstaltungen Gäste, die vor allem aus ihrem Praxisfeld beitragen, wobei diese Fallbeispiele von den TeilnehmerInnen dann methodisch durchgearbeitet werden. So berichtet beispielsweise Christian Czesla über die Erfahrungen des Verbundes Freie Unternehmensinitiativen und über die in der Region Freiburg neu gegründete Regionalwert AG. Susanne Küffer von Demeter Schweiz präsentierte das schon erwähnte Fallbeispiel assoziativer Preisbestimmung: Fair Economy - Demeter - Vermarktung Lagergemüse und Obst in der Schweiz. Bernhard Mollenhauer brachte seine Erfahrung als Gesellschafter der Conrad Mollenhauer GmbH mit der Entwicklung der Eigentumsformen an Unternehmen ein. Auch Karl Huober (HUOBER-BREZEL GmbH & Co KG) teilte seine unternehmerischen Erfahrungen. Einen wichtigen Beitrag zum Gelingen leistete die Malerin Barbara Bamert, selbst Teilnehmerin des Studiengangs, mit den gemeinsamen Übungen zum Malen und Formenzeichnen.

### Für wen ist der Studiengang ausgelegt?

- Menschen, die in Einrichtungen Verantwortung tragen, müssen sich mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auseinandersetzen und auf diese Einfluss zu nehmen versuchen, wenn nicht von außen der innere Impuls behindert und unterdrückt werden soll. Außerdem verlangen Aufgaben in der Führung von Einrichtungen heute nicht nur entsprechende fachliche Kompetenzen, sondern zugleich eine erweiterte Sozialkompetenz. Für beides braucht es ein Studium der sozialen Dreigliederung, das nicht nur das allgemeine Verständnis vertieft, sondern die Gestaltungsfähigkeiten erweitert, also „sozialqualifizierend“ ist.

- Auf der anderen Seite brauchen Menschen, die sich in sozialen Bewegungen, NGOs und Netzwerken als AktivistInnen betätigen, nicht nur ein tiefergehendes allgemeines Verständnis der nötigen gesellschaftlichen Umgestaltungen, sondern auch das Gespür für die Probleme, die bei der Umsetzung allgemeiner Leitlinien für eine andere Welt in die konkrete Praxis entsprechender Einrichtungen auftreten.

- Eine dritte Gruppe sind Menschen, die allgemein Interesse an der Dreigliederung haben bzw. in die skizzierten Verantwortlichkeiten hineinwachsen wollen und dafür eine qualifizierte Vorbereitung suchen, während derer sie einstweilen ihre bisherige Berufs- oder auch Studententätigkeit fortsetzen wollen.

## Termine des 2. Durchgangs:

### 1. Studienjahr

Arbeitswoche (10. bis 16. Februar 2008): Grundlagen und Aktualität der Dreigliederung des sozialen Organismus

Wochenendseminar (11./12. April 2008): Grundlagen und Bedeutung der Selbstverwaltung im sozialen Organismus

Wochenendseminar (6./7. Juni 2008): Von der Organisation zum Organismus (Gliederung, soziale Lebensprozesse und Organbildung, Salutogenese im Sozialen)

Wochenendseminar (19./20. September 2008): Grundlagen und Praxis des assoziativen Wirtschaftens

Wochenendseminar (7./8. November 2008): Fragen der Preisbildung in der Wirtschaft und in der Kultursphäre, Preis und Lohn

Wochenendseminar (9./10. Januar 2009): Die Bedeutung des Eigentums für die individuelle und soziale Entwicklung

### 2. Studienjahr

Arbeitswoche (15. bis 21. Februar 2009): Sozialgestaltung und Menschenverständnis - Das Soziale als Übungsfeld menschlicher Entwicklung

Wochenendseminar (3./4. April 2009): Die Neuordnung des Geldwesens

Wochenendseminar (29./30. Mai 2009): Individualität und Staat: Der Vertrag als Quelle modernen Rechts

Wochenendseminar (18./19. September 2009): Individualität und Staat: Der Rechtsstaat als Schutz- und Förderraum

Wochenendseminar (6./7. November 2009): In Entwicklungen denken (Nachhaltige Entwicklung)

Wochenendseminar (8./9. Januar 2010): Vom Ganzen her wollen (Arbeit, soziale Sicherung)

4/5. Februar 2010: Abschließende Intervision der TeilnehmerInnen

### Weitere Informationen

zu Kosten und Anmeldung finden Sie auf der S. 40.



# Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung  
des sozialen Organismus  
Fortbildungsseminare für Tätige

## Der Kampf um die Beherrschung der Zeit:

## Entwicklung im Spannungsfeld von luziferischen und ahrima- nischen Kräften

**Seminar, Fr, 26. bis So, 28. Okt. 07**

Rudolf Steiner Haus, Hügelstr. 67, Frankfurt/M

Mitveranstalter: Anthroposophische Gesellschaft  
Frankfurt/M, Goethe-Zweig. Vorträge: Udo Herrmannstorfer, Dr. Christoph Strawe, Prof. Harald Spehl. Rezitationen: Ulla Herrmannstorfer

### **Freitag, 26.10.07**

19.30: Öffnung des Tagungsbüros // 20.00:  
Die Entwicklung des Menschen - ihre Förderung und  
Hemmung durch luziferische und ahrimanische Kräfte  
(Vortrag U. Herrmannstorfer, mit Aussprache)

### **Samstag, 27.10.07**

9.30 - 11.00: Fortschritt zwischen Verführung  
und Verspätung: Beschleunigungs- und Beharrungs-  
tendenzen in Erziehung, Arbeitswelt, Technik und  
anderen Bereichen (Vortrag H. Spehl, Rezitation)  
// 11.30 - 13.00: Gesprächsarbeit // 15.00  
- 16.30: Sozialzeit zwischen Arbeitszeit und Freizeit:  
Die Wiedergewinnung der Mitte (Beträge aller Refe-  
renten, Rezitation) // 17.00 - 18.30: Gesprächsar-  
beit // 20.00: Vom Zeitmanagement zur Zeitsouve-  
ranität: Individuelle Zeitgestaltung als Entwicklungs-  
grundlage (Vortrag C. Strawe, mit Aussprache)

## Organisatorisches

Frühzeitige Anmeldung erleichtert uns die Organi-  
sation und verhindert, dass Veranstaltungen aus-  
fallen müssen. Sie erhalten rechtzeitig vor Beginn  
der Veranstaltung eine Teilnahmebestätigung und  
weitere Informationen. Teilnahmegebühr möglichst  
jeweils vor Beginn des Seminars überweisen an:  
Institut für soziale Gegenwartsfragen, Kontonummer  
1238 6000, GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 4306  
0967. (Bitte Name und Veranstaltung vermerken).  
Teilnehmer aus dem Ausland können zur Vermei-  
dung hoher Überweisungsgebühren bei Tagungs-  
beginn bar bezahlen. Kurzfristige Anmeldung und  
Zahlung der Teilnahmegebühr bei Tagungsbeginn  
ansonsten bitte nur im Einzelfall nach Rücksprache.  
Ermäßigungen sind im begründeten Einzelfall mög-  
lich, bedürfen jedoch ebenfalls der Rücksprache.

## Anmeldung

Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart,  
Haußmannstraße 44a,  
D-70188 Stuttgart  
Tel: (+49) 0711 / 23 68 950,  
Fax: (+49) 0711 / 23 60 218,  
E-Mail: [Institut@sozialimpulse,](mailto:Institut@sozialimpulse.de)  
Internet: [www.sozialimpulse.de](http://www.sozialimpulse.de)

### **Sonntag, 28.10.07**

9.00 - 10.30: Die Globalisierung - Feld des  
Kampfes um die Beherrschung der Zeit. Das  
Erscheinen des Christus zwischen Luzifer und  
Ahriman (Vortrag Udo Herrmannstorfer, Rezitation)  
// 11.00 - 12.30: Abschlussgespräch: Was heißt  
gegenwartsgemäßes Handeln?

Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und Verpflegung)  
EUR 140,-, Verpflegung zusätzlich 20,- EUR. Infos über  
Unterbringungsmöglichkeiten unter [www.sozialimpulse.  
de/Texte\\_html/Anweg\\_Frankfurt.htm](http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/Anweg_Frankfurt.htm)

# Studiengang Sozialentwicklung

**Soziale Dreigliederung als Weg zu  
Verständnis und Gestaltung sozialer  
Prozesse - Sozialqualifizierende  
berufsbegleitende Ausbildung**

**Februar 2008 bis Februar 2010.**  
Termine und Themen siehe S. 38.

Mit Udo Herrmannstorfer, Mag. Friedrich Platzer, Dr.  
Michael Ross, Prof. Harald Spehl und Dr. Christoph  
Strawe u.a.

Träger: Institut für soziale Gegenwartsfragen  
e.V. Stuttgart in Verbindung mit dem Institut für  
zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung  
Dornach/Schweiz.

## Warum ein Studiengang Sozialentwicklung?

Wer die soziale Welt verändern will, muss sie  
erkennen - und das heißt vor allem die menschliche  
Relevanz aller sozialen Fragen verstehen. Daher  
bedarf es einer Sozialwissenschaft, die theoretisch  
und praktisch zugleich ist und die auf einer empirisch  
begründeten Anschauung des Menschen aufbaut.  
Eine solche Sozialwissenschaft ist die anthroposo-  
phisch orientierte. Ihre Essenz ist die Sozialgestaltung  
aus der Anschauung des Menschen als eines der  
Freiheit und Verantwortung fähigen geistig-seelisch-  
leiblichen Wesens. Der Arbeitsansatz der Drei-  
gliederung des sozialen Organismus ist in diesem  
Menschenverständnis begründet. Der Studiengang  
will einen Ort schaffen, wo ein gründliches Studi-  
um alternativer und anthroposophisch orientierter  
Sozialwissenschaft möglich ist. Das Studienangebot  
richtet sich besonders an Verantwortungsträger in  
alternativen Einrichtungen und zivilgesellschaftliche  
AktivistInnen, aber auch an allgemein Interessierte.

## Organisatorisches

**Ort:** Die Arbeitswochen und die Intervisionstage fin-  
den in der Studienstätte Unterlengenhardt statt, die  
Wochenendseminare im Anthroposophischen Zen-  
trum Kassel. Detailänderungen bleiben vorbehalten.

**Studiengebühren:** Die Kursgebühren betragen  
EUR 1.500 pro Studienjahr. Hinzu kommen  
Kosten für eine - preisgünstige - Unterbringung  
und Verpflegung. Näheres auf Anfrage.

**Teilnahme und Anmeldung:** Die Teilnahme be-  
darf der Bestätigung durch die Veranstalter. Der  
verbindlichen Anmeldung soll ein Kurzlebenslauf  
beigefügt sein. **Anmeldeunterlagen und weitere In-  
formationen:** Institut für soziale Gegenwartsfragen,  
Haußmannstr. 44 a, 70188 Stuttgart, Tel. 0711  
/ 23 68 950, Fax 23 60 218, E-Mail: Institut@  
sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de,  
www.sozialimpulse.de/studiengang.htm

Eine neue Chance  
für die soziale  
Dreigliederung?  
Was müssen wir tun  
und worauf müssen  
wir uns vorbereiten?

**Arbeitstreffen für  
Dreigliederungs-Netzwerker**

**Samstag, 8. Dezember 2007**  
11.00 - 18.00 Uhr

**Forum 3**  
**Gymnasiumstraße 21**  
**70173 Stuttgart**

Das Treffen soll Gelegenheit zum Austausch über  
die Zeittage - in sozialer und in geistiger Hinsicht  
- und über die Aufgaben der Dreigliederungsarbeit  
bieten.

Dabei soll es nicht nur um Erfahrungsaustausch,  
um Einschätzung und Bilanz gegenwärtiger Aktivi-  
täten gehen, sondern auch um die Frage, welche  
Konstellation sich historisch 100 Jahre nach der  
Dreigliederungsbewegung von 1919 herausge-  
bildet haben könnte und wie wir uns auf diese  
Konstellation vorbereiten können.

Auch geht es wieder um nächste Schritte, darunter  
um die Sicherung der Arbeit in finanzieller Hinsicht  
(Etat 2008).

Eingeladen sind alle Interessierten, die sich mit Ini-  
tiative Netzwerk Dreigliederung verbunden fühlen.

### Zeitplan:

11.00 - 12.45: 1. Arbeitsabschnitt  
12.45 - 14.15: Mittagspause  
14.15 - 15.45: 2. Arbeitsabschnitt  
16.15 - 18.00: 3. Arbeitsabschnitt.

### Anmeldung:

Initiative Netzwerk Dreigliederung  
Haußmannstr. 44 a (voraussichtlich ab Ende Oktober  
Libanonstr. 3), 70188 Stuttgart  
Tel.: (+49) 0711 / 23 68 950  
Fax: (+49) 0711 / 23 60 218  
E-Mail: Netzwerk@sozialimpulse.de  
Internet: www.sozialimpulse.de